

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

**Deutsche Wirtschaft
im Frühjahr 2021**

Abgeschlossen am 18. März 2021

© Angela Husfeldt / ifw_Kiel

Nr. 77 (2021 | Q1)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler,
Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Saskia Meuchelböck*

INHALTSVERZEICHNIS

Erholung vor zweitem Anlauf

Das Finanzierungsumfeld bleibt günstig	11
Finanzpolitik weiter im Corona-Modus	13
Lage bei den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich	15
Industrielles Exportgeschäft stützt Konjunktur im Shutdown	16
Zweite Welle führt zur W-Konjunktur bei der heimischen Absorption	20
Sondereffekte prägen Verbraucherpreisinflation	28
Effektivverdienste stark von Kurzarbeit beeinflusst	30
Erholung der Erwerbstätigkeit braucht Zeit	31
Strukturelle Budgetdefizite auch nach Ende der Corona-Krise.....	35
Risiken und Wirtschaftspolitik	38
Literatur	44
Tabellenanhang.....	46

ERHOLUNG VOR ZWEITEM ANLAUF

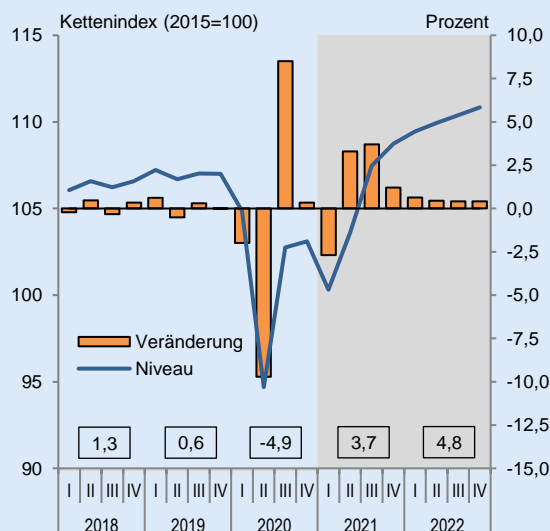
Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Saskia Meuchelböck

Die zweite Welle der Corona-Pandemie hat die Erholung in Deutschland unterbrochen. Für das erste Quartal zeichnet sich sogar ein recht deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung ab. Mit dem Fortschreiten der Impfkampagne dürfte die wirtschaftliche Belastung durch die Pandemie jedoch nachlassen und die Erholung sich in hohem Tempo fortsetzen. Anders als im vergangenen Jahr konzentrieren sich die wirtschaftlichen Einbußen derzeit deutlich stärker auf die konsumnahen Dienstleistungsbranchen. Auch wenn die privaten Konsumausgaben dadurch wohl vorübergehend noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als zu Beginn der Pandemie, sind die gesamtwirtschaftlichen Folgen ungleich geringer. Maßgeblich ist, dass sich das Exportgeschäft weiter erholt. Da es zudem für viele Unternehmen aufgrund der Verfügbarkeit wirksamer Impfstoffe eine Perspektive auf nachhaltige Entspannung gibt, wird es wohl zu keinen größeren Rückgängen bei den Investitionen kommen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt nach dem Rückgang von 4,9 Prozent im Jahr 2020 mit Zuwachsraten von 3,7 Prozent im laufenden und 4,8 Prozent im kommenden Jahr kräftig anziehen. Die Erholung am Arbeitsmarkt wird etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Im Durchschnitt des laufenden Jahres wird die Erwerbstätigkeit voraussichtlich noch nicht höher ausfallen als im Jahr 2020, erst im Verlauf des Jahres 2022 wird sie wieder spürbar steigen. Die Inflationsrate dürfte im laufenden Jahr deutlich über 2 Prozent liegen. Dazu tragen jedoch wesentlich temporäre Faktoren bei, so dass die Teuerungsrate im kommenden Jahr wohl wieder zurückgehen wird. Nicht zuletzt hinterlässt die Pandemie auch in den öffentlichen Haushalten sichtbare Spuren. Das Budgetdefizit wird angesichts der pandemiebedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen im laufenden Jahr voraussichtlich noch einmal deutlich über 4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen, bevor es im Jahr 2022 auf 1,3 Prozent zurückgeht und dann rein struktureller Natur ist. Der Schuldenstand wird dann wieder knapp unter 70 Prozent liegen.

Extreme unterjährige Schwankungen und eine historische Schwäche der Binnenwirtschaft kennzeichnen das Pandemiejahr 2020.

Nachdem die Wirtschaftsleistung als Reaktion auf den Corona-Schock im ersten Halbjahr 2020 um 6,8 Prozent eingebrochen war, zog sie im zweiten Halbjahr mit 3,2 Prozent bereits wieder deutlich an. Besonders ausgeprägt war der Swing im Exportgeschäft, das nach einem Minus von 13,3 Prozent ein Plus von 6,9 Prozent verzeichnete. Im Gesamtjahr schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 4,9 Prozent (Abbildung 1). Wie nie zuvor ist die binnenwirtschaftliche Aktivität gesunken, allen voran der private Konsum, der mit einem historischen Einbruch um 6,3 Prozent hervorsteicht und so – anders als in früheren Krisen – kein stabilisierender Faktor war, sondern maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Schwäche beitrug. Infolge von Infektionsschutzmaßnahmen waren zahlreiche kontaktintensive Geschäftsmodelle vor allem in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen blockiert, so dass

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Kasten 1: Zum Einfluss der Corona-Pandemie auf den privaten Verbrauch (S.6)

Kasten 2: Hochfrequenzdaten aus der Schifffahrt als Indikator für den deutschen Außenhandel (S.21)

Kasten 3: Prognosen des Ifw Kiel und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2020 (S. 42)

die privaten Haushalte ihre gewohnten Ausgaben nicht tätigen konnten. Im Ergebnis schoss die Sparquote in die Höhe, und Kaufkraft von schätzungsweise 110 Milliarden Euro wurde im Gesamtjahr zurückgestaut. Ermöglicht wurde dies auch dadurch, dass der Staat über das Abgaben-Transfer-System die privat verfügbaren Einkommen massiv stabilisierte. Diese nahmen um 0,7 Prozent zu (die Masseneinkommen sogar um 2,6 Prozent), obwohl die Wirtschaftsleistung nominal um 3,4 Prozent einbrach. Angesichts der Schwere der Krise blieb das Muster der investiven Komponenten eher unauffällig. Während die maßgeblich vom Wohnungsbau getragenen Bauinvestitionen weiter expandierten, zeigten die Ausrüstungsinvestitionen das bekannte Muster eines weitgehenden Gleichlaufs mit der Exporttätigkeit.

Im Zuge der zweiten Pandemiewelle wurde die gesamtwirtschaftliche Erholung im Winterhalbjahr 2020/2021 zurückgeworfen, zugleich hat sich der Konjunkturverlauf zwischen Industrie und konsumnahen Dienstleistern deutlich gespreizt. Mit den erneuten Shutdown-Maßnahmen ab November 2020 kam der gesamtwirtschaftliche Erholungsprozess

zum Erliegen. Hinter dem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozent im Schlussquartal verbergen sich indes gegenläufige Kräfte (Tabelle 1). So blieb die Industriekonjunktur vor allem dank eines steigenden Auslandsgeschäfts aufwärtsgerichtet und dürfte dies ausweislich der Frühindikatoren über den Jahreswechsel hinaus bleiben (Abbildung 2). Demgegenüber ging das Geschäft der konsumnahen Dienstleistungsbereiche im vierten Quartal des Jahres 2020 wieder zurück; im laufenden Quartal, in dem praktisch durchgängig Shutdown-Maßnahmen in Kraft blieben, wird es wohl nochmals deutlich schwächer ausgefallen sein (Kasten 1). Im Ergebnis dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahresauftaktquartal deutlich um 2,7 Prozent nachgegeben haben. Verwendungsseitig zeigt sich im Winterhalbjahr 2020/2021 ein ähnlich kräftiger Einbruch der privaten Konsumausgaben wie während der ersten Pandemiewelle. Die fortschreitende Erholung der Weltwirtschaft stützt aber die Industriekonjunktur in Deutschland, so dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität in deutlich geringerem Maße betroffen ist als im vergangenen Frühjahr.

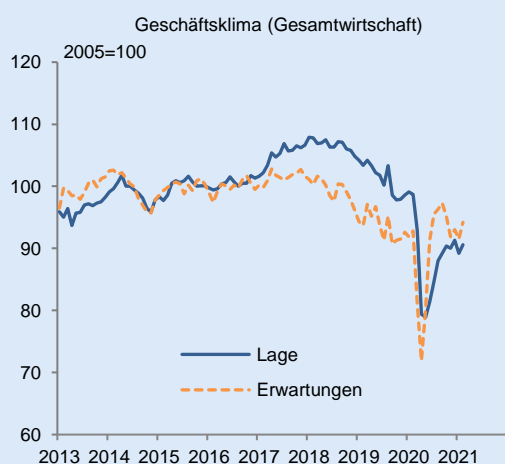
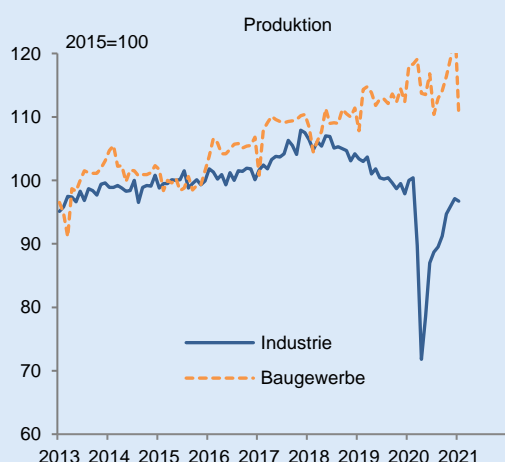
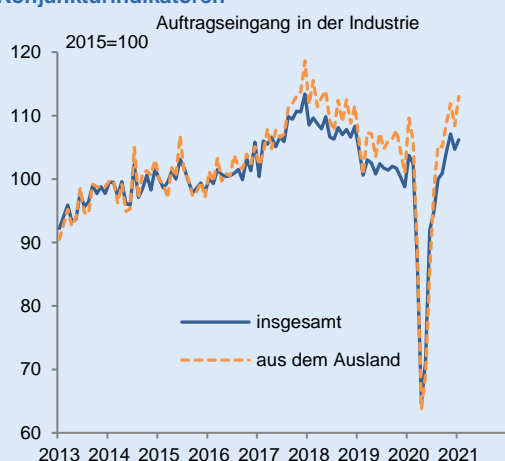
Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,5	0,3	-2,7	3,3	3,7	1,2	0,6	0,5	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	-2,3	-11,0	10,8	-3,3	-10,0	8,5	9,0	2,0	1,0	0,8	0,6	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,6	2,1	0,6	-0,5	2,2	-0,1	-0,2	-0,4	-0,2	-0,2	0,4	0,6
Ausrüstungsinvestitionen	-6,9	-15,1	15,9	-0,1	-0,5	3,0	3,5	2,0	1,5	1,3	1,0	1,0
Bauinvestitionen	4,3	-4,3	-1,3	1,8	-1,9	2,1	1,8	0,8	0,6	0,5	0,4	0,4
Sonstige Anlagen	-4,1	0,6	1,9	0,6	0,5	0,5	0,7	0,7	0,9	0,9	0,7	0,7
Vorratsveränderungen	0,0	0,0	-2,0	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,4	-7,1	4,7	-0,3	-5,2	4,8	5,2	1,3	0,7	0,6	0,5	0,5
Ausfuhr	-3,3	-20,4	18,0	4,5	2,6	2,7	3,0	1,6	1,1	0,9	0,9	0,9
Einfuhr	-2,0	-15,9	9,0	3,7	-2,4	6,2	6,4	1,8	1,3	1,2	1,2	1,2
Außenbeitrag	-0,7	-2,9	3,9	0,6	2,1	-1,1	-1,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	45.319	44.658	44.568	44.590	44.558	44.608	44.758	45.008	45.258	45.438	45.578	45.678
Arbeitslose	2.275	2.814	2.902	2.816	2.752	2.747	2.687	2.587	2.512	2.458	2.416	2.386

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

Für diese Prognose ist unterstellt, dass die wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch die Corona-Pandemie im Verlauf des Sommerhalbjahrs nach und nach entfallen. Konkret nehmen wir an, dass die öffentlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz – insbesondere die Geschäftsschließungen in den Bereichen des Einzelhandels und des Gastgewerbes – im Verlauf des zweiten Quartals weiter gelockert werden und zur Jahresmitte in etwa wieder dem Stand vom Oktober des vergangenen Jahres entsprechen. Voraussetzung dafür ist, dass mit dem zunehmenden Impfschutz der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen die Zahl der schweren Krankheitsverläufe weiter zurückgeht. Zu weiteren Lockerungen könnte es in diesem Fall auch dann kommen, wenn die Fallzahlen steigen. Zur Eindämmung der Pandemie könnten zudem umfangreichere Testmöglichkeiten sowie die mildere Witterung beitragen. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich das Wirtschaftsgeschehen mit dem erhöhten Impfschutz mehr und mehr normalisieren und die wirtschaftliche Aktivität im vierten Quartal nicht mehr unmittelbar durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt werden.

Mit der sukzessiven Rückführung der pandemiebedingten Einschränkungen prägt die zweite Phase des Erholungsprozesses den weiteren Prognosezeitraum. Das laufende Jahr wird nach dem Rücksetzer im ersten Quartal maßgeblich durch das kräftige Wiederanziehen der privaten Konsumaktivitäten geprägt werden, die zuvor aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen unterblieben waren. Sobald das Infektionsgeschehen gebannt ist, dürfte die Auslastung der kontaktintensiven konsumnahen Wirtschaftsbereiche rasch anziehen. Hierfür sprechen Nachholbedarfe als auch der hohe Bestand an Kaufkraft, den die privaten Haushalte zuvor zurückgehalten hatten. Damit vollzieht sich im Quartalsverlauf der privaten Konsumausgaben eine ausgeprägte W-Formation, in der sich die erste und zweite Infektionswelle und die sie begleitenden Shutdown-Maßnahmen widerspiegeln. Während das Jahresergebnis des privaten Konsums infolge des schwachen Auftaktquartals nahezu stagnieren dürfte, zeigt sich in der Verlaufsrate von 6 Prozent das hohe Expansions-tempo im weiteren Jahresverlauf. Anziehende Investitionen und ein ausgeweiteter

Kasten 1:**Zum Einfluss der Corona-Pandemie auf den privaten Verbrauch**

Die zweite Corona-Welle und die damit verbundenen Maßnahmen zum Infektionsschutz dämpfen die Konjunktur in Deutschland vor allem über eine Reduktion der privaten Konsumausgaben. Die verfügbaren Frühindikatoren können nur sehr eingeschränkt Auskunft über den voraussichtlichen Verlauf der privaten Konsumausgaben liefern, da der quantitative Zusammenhang nicht immer sehr eng ist und die Konsumaktivität maßgeblich von den Maßnahmen zum Infektionsschutz – insbesondere den zahlreichen Geschäftsschließungen im Einzelhandel, Gastgewerbe und anderen Dienstleistungsbranchen – und somit auch vom weiteren Pandemieverlauf abhängt. Viele der derzeit geltenden Maßnahmen sind bereits im vierten Quartal umgesetzt worden und sind zudem mit den Maßnahmen während der ersten Corona-Welle vergleichbar. Grundsätzlich dürften deshalb die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr eine nützliche Richtschnur für die aktuelle Entwicklung der privaten Konsumausgaben sein. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden die voraussichtliche Entwicklung der privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr abgeleitet werden.

In der ersten Corona-Welle gingen die Ausgaben vor allem für jene Verwendungszwecke der privaten Konsumausgaben zurück, die unmittelbar von Geschäftsschließungen betroffen waren. So lagen die Ausgaben für die Sparten „Bekleidung und Schuhe“ (kurz: Bekleidung), „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (Verkehr) sowie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (Freizeit) im zweiten Quartal rund 25 Prozent unter ihrem Vorkrisenniveau. Bei den „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (Gastgewerbe) brachen die Ausgaben sogar um mehr als 50 Prozent ein. Auch im vierten Quartal des Jahres 2020 konzentrierten sich die Rückgänge vor allem auf diese Konsumzwecke. Bei der Sparte „Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt“ (Einrichtungsgegenstände) kam es dagegen trotz der Geschäftsschließungen zu keinen größeren Rückgängen. Es liegt nahe, dass es auch im ersten Quartal vor allem bei diesen Konsumzwecken zu Einbußen kommt; wobei die vorliegenden monatlichen Umsatzzahlen darauf hindeuten, dass es im ersten Quartal auch bei den Einrichtungsgegenständen zu einem Rückschlag gekommen ist.

Das laufende Quartal ist jedoch in größerem Umfang von den Shutdown-Maßnahmen betroffen als die das zweite oder das vierte Quartal im Jahr 2020. So konzentrierten sich die Maßnahmen im zweiten Quartal des Jahres 2020 vor allem auf den April, während sie in der zweiten Welle bereits seit Anfang November bzw. Mitte Dezember (Teile des Einzelhandels) Bestand haben und mit Lockerungen erst im Verlauf des März vorsichtig begonnen wurde. Um diesen unterschiedlichen zeitlichen Mustern Rechnung zu tragen, werden für die besonders betroffenen Sparten aus den auf Quartalsdatenbasis vorliegenden Konsumausgaben zunächst mittels geeigneter erklärender Variablen – insbesondere von monatlich vorliegenden Umsatzzahlen – monatliche Verläufe für das vergangene Jahr konstruiert. Darauf aufbauend wird der monatliche Verlauf in diesen Sparten unter Berücksichtigung der Entwicklung vom vergangenen Frühjahr und vierten Quartal, vorliegender Frühindikatoren sowie der dieser Prognose zugrundeliegenden Annahmen bezüglich des weiteren Pandemieverlaufs fortgeschrieben.

Die Transformation der Quartalsdaten auf Monatsdaten erfolgt mittels der sogenannten Chow-Lin-Interpolation (Chow und Lin 1971), die es erlaubt, monatlich vorliegende erklärende Variablen zu berücksichtigen.^a Dabei werden je nach Sparte monatliche Umsatzzahlen sowie zum Teil Unternehmensbefragungen herangezogen:

- Bekleidung: Einzelhandelsumsätze mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren
- Verkehr: Umsätze mit Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur
- Freizeit: Einzelhandelsumsätze mit Kommunikations- und Informationstechnik; Unternehmenszuversicht in der Reisebranche
- Gastgewerbe: Umsätze im Gastgewerbe
- Einrichtungsgegenstände: Einzelhandelsumsätze mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf

Die monatlichen Indikatoren decken die Konsumzwecke zwar nicht immer vollständig ab. So enthält die Sparte Verkehr unter anderem Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen und Kraftstoffe. Allerdings weisen diese Indikatoren kontemporär in Regressionen einen recht hohen Erklärungsgehalt für die jeweiligen Konsumzwecke auf, so dass sie grundsätzlich für die Interpolation nützlich sind (Tabelle K1-1).

Tabelle K1-1

Zusammenhang zwischen Konsumzwecken und monatlichen Indikatoren

	Verwendungszweck der privaten Konsumausgaben				
	Bekleidung	Verkehr	Freizeit	Gastgewerbe	Einrichtung
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	0.58 (0.02)				
Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur		0.68 (0.03)			
Kommunikations- und Informationstechnik			0.56 (0.11)		
Unternehmenszuversicht Reisebranche			0.06 (0.02)		
Gastgewerbe				0.92 (0.01)	
Möbel, Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte und Baubedarf					0.53 (0.09)
Schätzzeitraum	1994-2020	1994-2020	2005-2020	1994-2020	1994-2020
adjustiertes R ²	0,86	0,83	0,42	0,99	0,45

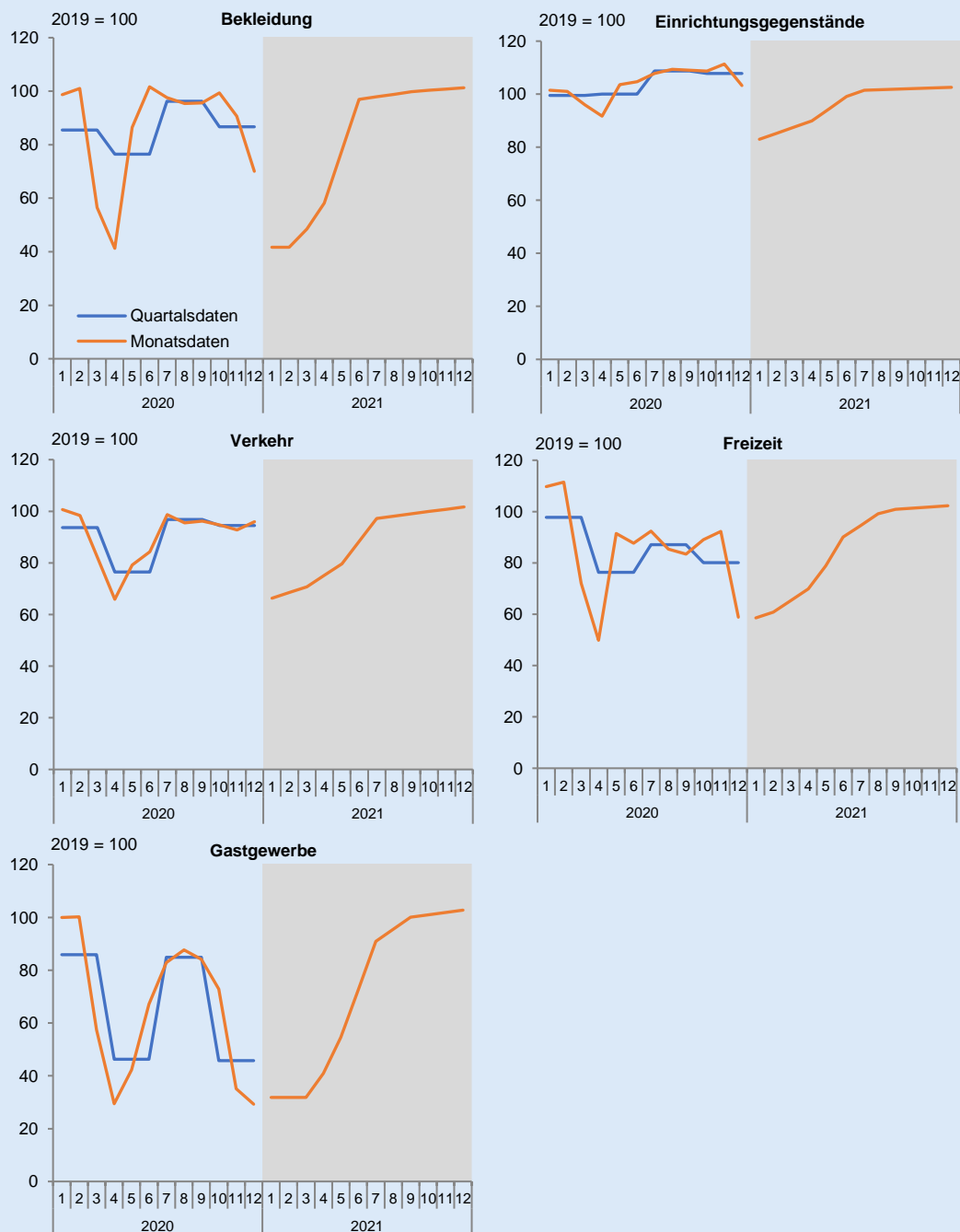
Heteroskedastie-robuste Standardfehler in Klammern. Die Ergebnisse von Regressionen der Zuwachsrates gegenüber dem Vorquartal des jeweiligen Verwendungszwecks auf die kontemporäre Zuwachsrates der jeweiligen Umsätze bzw. des Niveaus der Unternehmenszuversicht. Die Regressionen enthalten zudem jeweils eine Konstante. Alle Parameter sind auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

Ausweislich der aus der Transformation resultierenden monatlichen Verläufe haben die Konsumausgaben im vergangenen Jahr in allen Sparten ihren Tiefpunkt im April erreicht, nachdem sie bereits im März deutlich zurückgegangen waren. Demzufolge lagen die Ausgaben für das Gastgewerbe im April um 70 Prozent unter ihrem Vorkrisenniveau, für Bekleidung sowie Freizeit um etwa 50 Prozent, für Verkehr um 35 Prozent sowie für Einrichtungsgegenstände um 10 Prozent (Abbildung K1-1). Über alle Konsumzwecke hinweg erholten sich die Ausgaben in den Folgemonaten wieder deutlich und näherten sich ihrem Vorkrisenniveau rasch wieder an oder überschritten es sogar. Lediglich die Ausgaben für Freizeit und Gastgewerbe verharren auch im vergangenen Sommer noch deutlich unter den vor der Pandemie verzeichneten Niveaus.

Im Januar und Februar des laufenden Jahres dürften die Konsumausgaben in den meisten Sparten in etwa wieder auf ihren Tiefpunkt vom vergangenen April zurückgefallen sein. Dafür sprechen auch die für den Januar vorliegenden monatlichen Umsatzzahlen. Für noch geringere Niveaus als im April 2020 spricht, dass einige der Shutdown-Maßnahmen im Zuge der ersten Welle bereits gegen Ende April gelockert worden waren, während sie im Januar und Februar durchgehend galten. Für etwas höhere Ausgabenniveaus spricht dagegen, dass der Internet- und Versandhandel bei vielen Unternehmen und Kunden nun bereits umfassender etabliert ist als noch vor Beginn der Pandemie. Zudem dürften sich mit der klaren Perspektive auf ein nachhaltiges Zurückdrängen der Pandemie nun weniger Haushalte mit größeren Anschaffungen zurückhalten als noch im Frühjahr des vergangenen Jahres als die Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf größer war. Einfluss auf die kurzfristige Entwicklung zum Jahreswechsel dürfte zudem die temporäre Mehrwertsteuersenkung, die zum Jahresausklang auslief, gehabt haben. Erfahrungsgemäß wirken sich Mehrwertsteueränderungen vor allem bei größeren Anschaffungen wie Einrichtungsgegenständen oder Pkws aus. Angesichts der bis zum Januar vorliegenden monatlichen Umsatzzahlen gehen wir davon aus, dass es bei diesen Konsumzwecken zu Vorzieheffekten gekommen ist und die Ausgaben insbesondere im Januar zusätzlich gedämpft wurden.^b

Abbildung K1-1:
Monatliche Entwicklung der Konsumausgaben

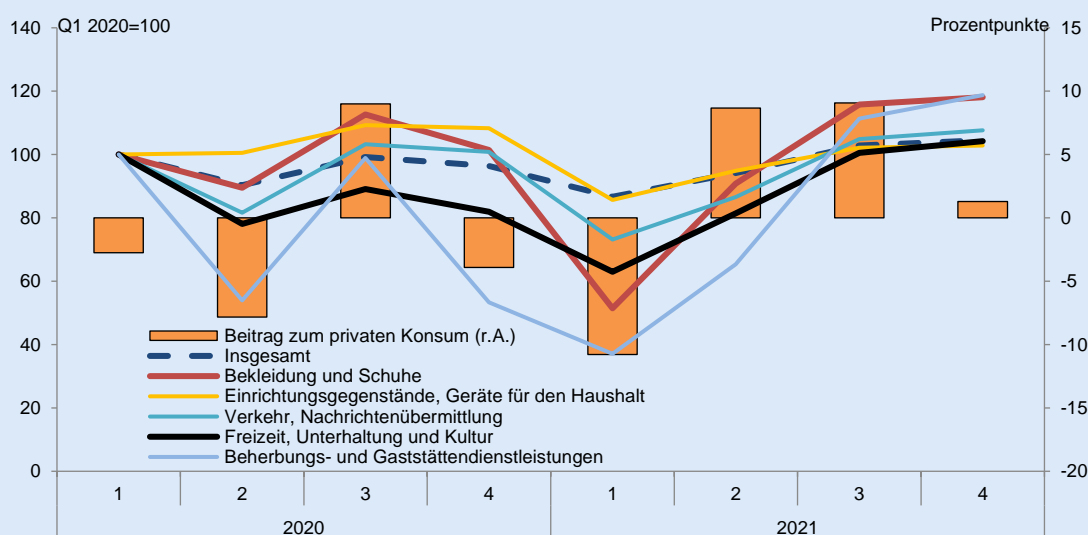


Monatsdaten.
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Für die Prognose unterstellen wir, dass die Shutdown-Maßnahmen ausgehend vom März weiter sukzessive gelockert werden und zur Jahresmitte in etwa wieder denen entsprechen, die vor der zweiten Welle galten. Demzufolge würden die Ausgaben für die besonders betroffenen Konsumzwecke dann in etwa zum Niveau vom Oktober des vergangenen Jahres aufschließen. Die bisher vorgenommenen Lockerungen lassen darauf schließen, dass die Erholung in den eng mit dem Einzelhandel verwobenen Konsumzwecken etwas früher einsetzt als bei Reiseaktivitäten oder dem Gastgewerbe. Mit der fortschreitenden Impfkampagne dürfte sich die Erholung fortsetzen und die Konsumausgaben in der zweiten

Jahreshälfte wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen (Abbildung K1-2). Unter Berücksichtigung der jeweiligen Anteile dieser Konsumzwecke an den Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt - im vierten Quartal 2020 machten sie rund 40 Prozent an den gesamten Konsumausgaben aus - dürften sie zusammengekommen im ersten Quartal einen negativen Beitrag zur Zuwachsrate der privaten Konsumausgaben von knapp 11 Prozentpunkten liefern.^c In der ab dem zweiten Quartal einsetzenden Erholung werden die Beiträge voraussichtlich bei rund 9 Prozentpunkten (zweites und drittes Quartal) sowie etwas mehr als 1 Prozentpunkt (viertes Quartal) liegen

Abbildung K1-2
Monatliche Entwicklung der durch die zweite Welle besonders betroffenen Konsumzwecke



Quartalsdaten. Beitrag der hier aufgeführten Konsumzwecke zum Zuwachs der privaten Konsumausgaben.

^a Die Methode von Chow und Lin (1971) ist insbesondere geeignet, wenn die zu interpolierende Variable und die erklärenden Variablen kointegriert sind. Andere Methoden, die für stationäre Variablen geeignet sind, führen jedoch zu ähnlichen Ergebnissen.

^b Die Einzelhandelsumsätze für Einrichtungsgegenstände sind bereits im Dezember merklich zurückgegangen, lagen aber zwischen Juli und November deutlich über ihrem Vorkrisenniveau. Im Januar sind die Umsätze nochmals spürbar gesunken und lagen deutlich unter dem Niveau vom April 2020. Im Kfz-Handel sind die Umsätze trotz der Geschäftsschließungen im Dezember deutlich gestiegen. Die Kfz-Neuzulassungen deuten auf einen spürbaren Rückgang im Januar und Februar hin.

^c Die Beiträge zur Zuwachsrate der gesamten privaten Konsumausgaben werden mittels der jeweiligen Anteile an den gesamten privaten Konsumausgaben im Vorquartal approximiert unter der Annahme, dass es zu keinen Relativpreisänderungen kommt. Für die Auswirkungen auf die privaten Konsumausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Konsumausgaben nach Verwendungszwecken gemäß dem Inlandskonzept erhoben werden, während den gesamten privaten Konsumausgaben das Inländerkonzept zugrunde liegt. Die Zuwachsraten der Konsumausgaben nach dem Inlandskonzept wiesen im Verlauf der Corona-Pandemie wohl auch aufgrund der zeitweise verhängten Reisebeschränkungen eine etwas größere Schwankungsbreite auf als die nach dem Inländerkonzept. Dies spricht dafür, dass die hier abgeleiteten Beiträge zu den gesamten privaten Konsumausgaben absolut gesehen jeweils etwas größer ausfallen werden.

Staatsverbrauch (insbesondere für Güter zur Pandemiebekämpfung) lassen die heimische Absorption insgesamt in diesem Jahr um 1,4 Prozent steigen. Bei den Exporten rechnen wir im Zuge der sich weiter aufhellenden Weltkonjunktur mit einem kräftigen Jahresplus von 12,8 Prozent. Dort hat das Bild einer rechtschiefen V-Formation, das wir auch schon in den vorangegangenen Prognosen gezeichnet haben, weiterhin Bestand. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um 3,7 Prozent und im kommenden Jahr um 4,8 Prozent zulegen. Die hohe Rate für das Jahr 2022 ist aber im Wesentlichen dem Überhang aus dem laufenden Jahr geschuldet, in dem die Expansionsmusik am lautesten spielt (Tabelle 2). Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung dürfte im dritten Quartal des laufenden Jahres überschritten werden. Damit sind die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise freilich bei weitem noch nicht ausgestanden. So liegt die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal des laufenden Jahres immer noch schätzungsweise 1,4 Prozent unter dem Niveau, das ohne die Pandemie zu erwarten gewesen wäre.

unter dem Vorkrisenniveau. Das Arbeitsvolumen, das noch deutlich drastischer eingebrochen war und sich im vergangenen Herbst teilweise erholte, reagierte stark rückläufig auf den zweiten Shutdown und dürfte im ersten Quartal über 7 Prozent vom Vorkrisenniveau entfernt sein, wobei die Vorkrisenvergleiche am Arbeitsmarkt die Folgen der Corona-Krise angesichts der zuvor bestehenden Aufwärtstrends deutlich unterzeichnen. Dass das massiv eingeschränkte Arbeitsvolumen nicht stärker auf die Beschäftigtenzahlen durchschlug, ist maßgeblich dem Instrument des Kurzarbeitergeldes zu verdanken. Zwar dürfte das Wiederanspringen der Erholung ab dem zweiten Quartal auch den Arbeitsmarkt beleben. Die Vorkrisenniveaus kommen dort aber erst etwa ein halbes Jahr später in Sicht. Die Arbeitslosigkeit bleibt mit Quoten von 5,9 Prozent (2021) und 5,3 Prozent (2022) insgesamt vergleichsweise niedrig, auch weil der Stellenverlust nur zu einem geringen Teil in der registrierten Arbeitslosigkeit aufscheint (Tabelle 3). Das Defizit in den öffentlichen Haushalten dürfte gegenüber dem hohen Wert aus dem Vorjahr (4,2 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung) im laufenden Jahr mit 4,6 Prozent nochmals etwas höher ausfallen. Erst im kommenden Jahr sinkt es im Zuge der konjunkturellen Erholung und wegfallender pandemiebedingter Ausgaben auf 1,3 Prozent. Das Defizit im kommenden Jahr, in dem Maßnahmen wirken, die auf das im Jahr 2020 verabschiedete „Zukunftspaket“ zurückgehen, ist im Wesentlichen struktureller Natur.

Tabelle: 2
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes

	2019	2020	2021	2022
Ursprungswerte	0,6	-4,9	3,7	4,8
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	0,4	0,0	-0,1
kalenderbereinigt	0,6	-5,3	3,6	4,9
Statistischer Überhang	0,2	0,0	1,7	3,5
Verlaufsrate	0,4	-3,6	5,5	1,9

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Am Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Kassen macht sich die Corona-Krise im gesamten Prognosezeitraum deutlich bemerkbar. Im Zuge der ersten Infektionswelle ist die Beschäftigung so stark eingebrochen wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Seitdem hat sich die Zahl der Erwerbstätigen kaum erholt und liegt immer noch eine Dreiviertelmillion (1,7 Prozent)

Tabelle 3:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	-4,9	3,7	4,8
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	2,2	1,6	1,4	1,6
Verbraucherpreise	1,4	0,5	2,3	1,8
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	-0,0	-0,2	2,2	0,6
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	45.268	44.782	44.731	45.486
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,0	5,9	5,9	5,3
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,2	-4,6	-1,3
Schuldenstand	59,5	71,7	72,4	68,8
Leistungsbilanz	7,1	7,1	8,3	6,8

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Das Finanzierungsumfeld bleibt günstig

Die Europäische Zentralbank wird ihren geldpolitischen Kurs auf absehbare Zeit halten.

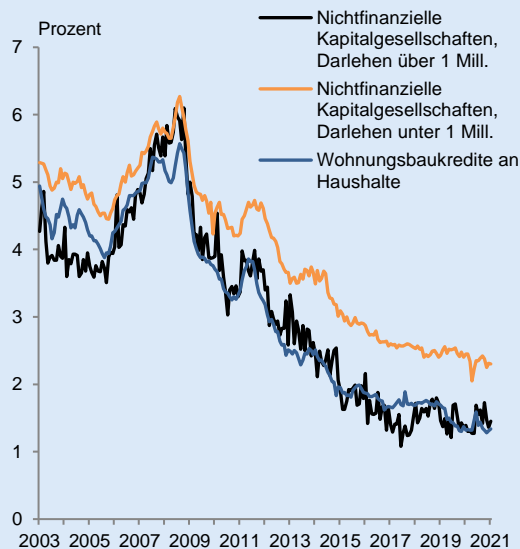
Die Leitzinsen dürften bis Ende des Prognosezeitraums auf ihren niedrigen Niveaus verbleiben (Einlagesatz: -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz: 0 Prozent, Spitzenrefinanzierungssatz: 0,25 Prozent). Auch die dritte Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) und die Nettokäufe im Rahmen des Anleihekaufprogramms APP (in Höhe von monatlich 20 Mrd. Euro) werden wohl unverändert durchgeführt. Die Käufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogramms (PEPP), das einen sehr flexiblen Rahmen für Interventionen absteckt, sollen in den kommenden Monaten noch einmal forciert werden, um die Finanzierungsbedingungen in allen Marktsegmenten günstig zu halten.

Die Finanzierungskosten steigen von sehr niedrigem Niveau nur unwesentlich.

Zwar berichtet die Umfrage unter Geschäftsbanken (Bank Lending Survey), dass die Kreditrichtlinien für Unternehmenskredite vor allem aufgrund einer geänderten Risikoeinschätzung seit Ausbruch der Corona-Krise zuletzt erneut gestrafft wurden und auch noch weiter gestrafft werden sollen. Gleichzeitig hielten die Darlehenszinsen aber in etwa ihre niedrigen Niveaus: im Januar schlugen für kleinere Unternehmenskredite mit

Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahren 2,3 Prozent, für größere 1,5 Prozent und für Wohnungsbaukredite 1,3 Prozent zu Buche (Abbildung 3). An den Kapitalmärkten erreichten die Renditen auf Unternehmensanleihen zum Jahreswechsel einen historischen Tiefststand, auf dem sie zuletzt in etwa verharrten: im Februar beliefen sie sich für Papiere mit mittleren Restlaufzeiten von über drei Jahren auf 0,9 Prozent. Gleichzeitig stabilisierte sich der Zinsabstand gegenüber Bundesanleihen mit ähnlicher Laufzeit, der in der Anfangsphase der Corona-Krise auf 4 Prozentpunkte heraufgeschneit war, bei 1,3 Prozentpunkten (Abbildung 4). Gleichwohl vollzog sich im ersten Quartal eine Umkehr von fallenden hin zu steigenden Zinsen, die insbesondere bei den längerfristigen Bundesanleihen ablesbar war: die Renditen bei Papieren mit zehnjähriger Laufzeit, die drei Monate zuvor noch mit -0,6 Prozent rentierten, warfen zuletzt -0,3 Prozent ab (Tabelle 4). Hierzu dürften auch die jüngst gestiegenen Inflationserwartungen beigetragen haben. Wir rechnen passend zur aktuellen Zinsstrukturkurve damit, dass diese Renditen bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter leicht steigen werden auf dann -0,1 Prozent.

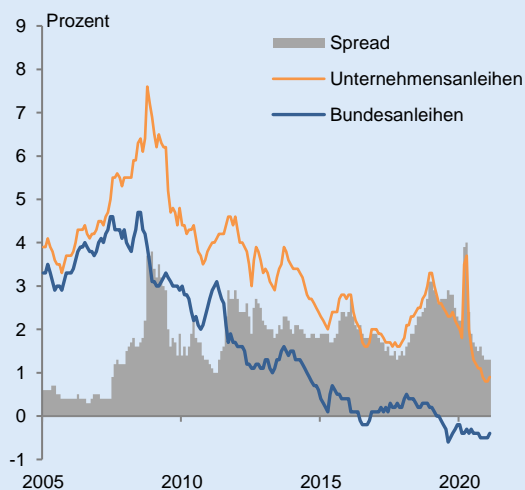
Abbildung 3:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

Abbildung 4:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur

	2019				2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	0,1	-0,1	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,6	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
US-Dollar/Euro	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,10	1,17	1,19	1,21	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	89,7	89,7	89,5	88,9	88,9	90,4	90,9	90,9	90,8	91,0	91,1	91,1	91,0	90,8	90,6	90,4
Exportmärkte	0,7	0,5	0,4	0,3	-3,0	-9,2	9,9	0,0	0,2	1,8	2,1	1,2	0,8	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	63,2	68,9	61,9	63,4	50,5	29,4	43,0	44,3	62,0	69,2	69,6	69,9	70,3	70,6	71,0	71,3

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

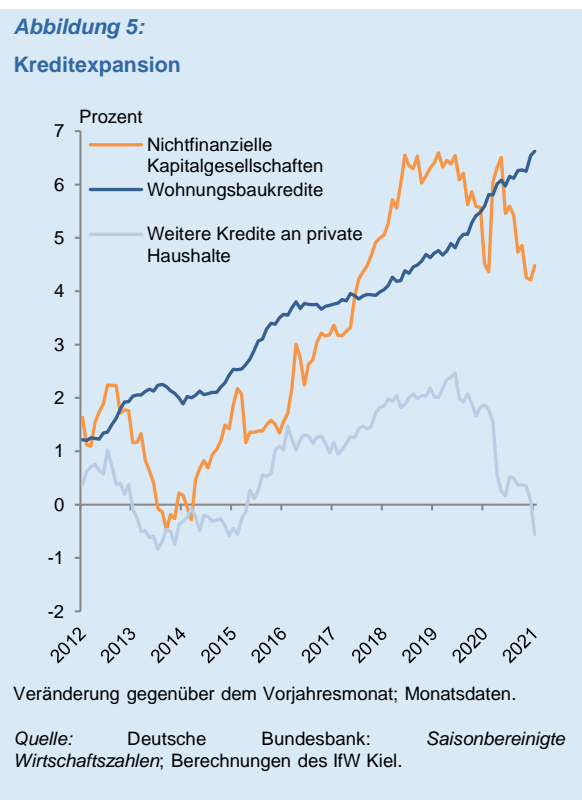
Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Kreditexpansion setzte sich mit etwas verminderten Raten fort. Insgesamt war das Volumen der Kredite an den nichtfinanziellen Sektor im Januar 4,6 Prozent höher als noch vor Jahresfrist. Damit war die Zuwachsrate zwar etwas geringer als zu Beginn der Corona-Krise, allerdings übertraf sie weiterhin deutlich die jüngsten Expansionsraten des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Weiter fortgesetzt hat sich der Trend steigender Zuwachsraten bei den Wohnungsbaukrediten, die im Januar ein Plus von

6,6 Prozent verzeichneten (Abbildung 5). Nachgelassen hatte in den vergangenen Monaten dagegen vor allem der Zuwachs bei den Unternehmenskrediten. Hierzu hat wohl beigetragen, dass gerade zu Beginn der Corona-Krise der Bedarf an Überbrückungskrediten stark zugenommen hatte, inzwischen die zusätzliche Kreditaufnahme aus diesem Motiv aber nachgelassen haben dürfte. Trotzdem lagen die Unternehmenskredite im Januar mit 4,5 Prozent immer noch deutlich über dem Wert des Vorjahresmonats.

Auch die Finanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen über die Kapitalmärkte expandierte trotz einer Verringerung der Raten weiterhin kräftig: im Januar lag das Volumen der im Umlauf befindlichen inländischen Inhaberschuldverschreibungen 10,5 Prozent über dem Wert vor einem Jahr.

Abbildung 5:
Kreditexpansion



Finanzpolitik weiter im Corona-Modus

Der Umfang der Corona-Hilfen steigt im Jahr 2021. Viele der Maßnahmen, die bereits im vergangenen Jahr ergriffen wurden, laufen in gleicher Weise oder modifiziert im Jahr 2021 weiter. Insbesondere Zuschüsse für Unternehmen, die im Jahr 2020 vor allem als Soforthilfen flossen, stellen einen bedeutenden Ausgabenposten dar. Der Wegfall der Soforthilfen wird im Jahr 2021 durch die sogenannten November- und Dezemberhilfen, die vor allem im Jahr 2021 ausgereicht werden, und zusätzliche Überbrückungshilfen mehr als kompensiert. Ebenso werden weiterhin durch die Corona-Situation finanziell belastete Krankenhäuser unterstützt und der Kinderbonus,

wenn auch mit geringerem Umfang, nochmals aufgelegt.

Höheren Tarifen bei indirekten Steuern stehen niedrigere Einkommensteuersätze und der Teilwegfall des Solidaritätszuschlags gegenüber. Zum Jahreswechsel lief die temporäre Mehrwertsteuersenkung aus und die CO₂-Abgabe auf fossile Kraftstoffe trat in Kraft. Zudem hat die Möglichkeit, die Zahlung der Einfuhrumsatzsteuer zeitlich zu verschieben, bereits im Jahr 2020 den Großteil des erwarteten Effekts gezeigt, so dass für das gesamte Jahr 2021 die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr wieder höher ausfallen werden. Gastronomen können hingegen weiterhin den niedrigeren Mehrwertsteuersatz auf Speisen ansetzen. Zu Jahresbeginn wurde zudem der Solidaritätszuschlag für einen Großteil der Einkommensteuerzahler abgeschafft und die Einkommensteuertarife gesenkt. Zu einer vorübergehenden Entlastung der Unternehmen führen die zeitlich begrenzte Wiedereinführung von degressiven Abschreibungsregeln und die Ausweitung der Möglichkeit von Verlustrückträgen. Erhöht wird die Abgabenbelastung dadurch, dass viele gesetzliche Krankenkassen zu Jahresbeginn ihre Zusatzbeiträge angehoben haben, obwohl der Bund im Rahmen der Sozialgarantie 2021 einen weiterhin erhöhten Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds und zusätzliche Zahlungen an die Soziale Pflegeversicherung leistet.

Die Ausgaben zur Pandemiebekämpfung nehmen im Jahr 2021 weiter zu. Bereits im Jahr 2020 hat der Staat Ausgaben für Schutzausrüstungen und Tests getätigt und dabei auch Lagerbestände erhöht. Im laufenden Jahr entfallen zwar einige Ausgaben, doch kommen Zahlungen für Schnelltests, Masken und die Impfkampagne hinzu. Derzeit lassen sich die zusätzlichen Ausgaben noch nicht sicher quantifizieren. Wir rechnen mit Ausgaben von rund 10 Mrd. Euro für das Jahr 2021. Die Ausgaben des Staates legen im laufenden Jahr außerdem infolge der mit dem „Zukunftspaket“ angeschobenen Projekte, wie der Wasserstoffstrategie, in Bereichen zu, die nicht direkt von der Pandemie betroffen sind (Boysen-Hogrefe 2021). Diese Ausgaben werden überwiegend in den Folgejahren bestehen bleiben oder weiter zulegen. Auch die Grundrente wurde dauerhaft eingeführt, und die Ausgaben werden wegen einer zunehmenden

Zahl Anspruchsberechtigter mit der Zeit steigen. In der Summe rechnen wir mit einer Budgetbelastung der finanzpolitischen Maßnahmen von rund 37 Mrd. Euro (Tabelle 5). Berücksichtigt man automatische Reaktionen, liegt der Betrag

mit 33 Mrd. Euro etwas niedriger (0,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Tabelle 5:

Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen^a

	2021	2022
Einnahmen^b		
2. Familienentlastungsgesetz	-3,8	-4,4
Reduktion des Solidaritätszuschlags	-9,2	-1,4
Steuerliche Förderung der E-Mobilität	-0,3	-0,5
Einführung CO2 Abgabe	7,7	1,3
Steuerliche Forschungsförderung (inkl. "Zukunftspaket")	-1,7	-0,4
Temporäre Absenkung der MWSt.-Sätze Gastronomie	-1,2	-0,8
Temporäre Absenkung der MWSt.-Sätze allgemein	13,3	3,3
Verschiebung des Zahltermins der EUST	3,0	1
Zeitweise Einführung der Degressiven AfA	-2,4	-3,5
Erhöhter Verlustrücktrag (drittes Corona-Steuerrecht)	-0,4	0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-0,1	-1,6
Anhebung Zusatzbeitrag in der GKV	2,5	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Soforthilfen von Bund und Ländern	18,0	0,0
Hilfen für Kunst und Kultur	-1,0	1,5
November-, Dezember und Überbrückungshilfen I bis III	-30,0	30,0
Kinderbonus	2,0	2,2
Pflegebonus	0,0	0,5
Einsparungen durch geringeren MWSt.-Sätze	-1,2	-0,3
Zuschuss des Bundes zur Gemeindeverkehrsfinanzierung	1,0	0,0
Kindergeldanhebung	-3,2	0,0
Ausbau des Schienennetzes inkl. "Zukunftspaket"	-0,5	0,0
Kita-Ausbau und Ganztagsbetreuung	-1,8	0,0
Zuschuss EEG-Umlage aus CO2-Abgabe	-5,4	-1,4
Zusätzliche Ausgaben des EKF laut Klimapakets	-2,9	-1,1
Kaufbonus E-Mobilität	-0,6	0,0
Entwicklungspolitik / Humanitäre Hilfe	0,1	0,5
Förderung von Azubis	0,0	0,3
Zuschuss EEG-Umlage Corona-Krise	-5,4	3,0
Investive Ausgaben im Zuge des "Zukunftspakets"	-4,6	-1,3
Erleichterter Zugang zur Grundsicherung	-0,1	0,4
Sozialgarantie 2021	-0,5	8,0
Subvention des Gesundheitssektors während Corona	4,0	8,0
Kauf von Schutzausrüstung etc.	1,5	2,5
Abgabe von FFP2 Masken, Schnelltests und Impfkampagne	-10,5	9,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Ausweitung der Kurzarbeit	0,0	5,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,3	-0,3
Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz	-0,4	-0,3
Weitere Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Pflege ^c	-1,3	0,0
Anpassung der Renten Ost und Erwerbsminderungsrente	-0,5	-0,5
Grundrente	-1,3	0,0
Zwischensumme	-37,4	58,8
Automatische Reaktionen		
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	6,0	7,0
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-1,2	-1,3
Summe	-32,6	64,5
In Relation zum BIP	-0,9	1,8

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

^c Terminservice- und Versorgungsgesetz, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Konzertierte Aktion Pflege.

Quellen: Bundesfinanzministerium, Bundesgesundheitsministerium, Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Berechnungen und Schätzungen des Ifw Kiel.

Im Jahr 2022 entfällt ein Großteil der Corona-bedingten Maßnahmen. Die Unternehmenshilfen dürften kaum noch geleistet werden und Ausgaben für Impfungen und Tests werden wohl in deutlich geringerem Ausmaß entstehen. Impulse kommen von einzelnen steuerlichen Maßnahmen wie dem zweiten Familienentlastungsgesetz und degressiver Abschreibungsregeln. In der Summe beträgt die Budgetentlastung durch finanzpolitische Maßnahmen fast 59 Mrd. Euro und ist damit deutlich restriktiv. Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen ergeben sich knapp 65 Mrd. Euro (1,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Allerdings bleiben auch viele Maßnahmen, die in den Jahren 2020 und 2021 ergriffen wurden, z.B. die Grundrente, bestehen, so dass die expansive Budgetwirkung der beiden Krisenjahre durch die restriktive Budgetwirkung des Jahres 2022 bei weitem nicht ausgeglichen wird. Das Ausmaß finanzpolitischer Maßnahmen für das kommende Jahr lässt sich allerdings nur mit großer Unsicherheit abschätzen, da nach der Bundestagswahl im September und der dann folgenden Regierungsbildung mit zusätzlichen Projekten zu rechnen ist.

Der Bund erhält in den kommenden Jahren Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union. Basierend auf den jüngsten Konjunkturprognosen der Europäischen Kommission stünden Deutschland aus der im Rahmen des Programms „Next Generation EU“ aufgelegten Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) bis zum Jahr 2026 Zuschüsse in Höhe von knapp 24 Mrd. Euro zu, von denen gut 15 Mrd. in den Jahren 2021 und 2022 beantragt werden müssen. Da es Verzögerungen zwischen Beantragung und tatsächlicher Mittelbereitstellung geben dürfte, rechnen wir für das Budget in Abgrenzung der VGR mit einer geringen Entlastung von rund 2 Mrd. Euro für das Jahr 2021 und von 6 Mrd. Euro für das Jahr 2022. In der Darstellung der finanzpolitischen Maßnahmen bleibt dies unberücksichtigt, da wir davon ausgehen, dass die finanzpolitischen Pläne der Bundesregierung von diesen Zuschüssen wenig beeinflusst werden. Maßnahmen, die im Deutschen Aufbau- und Resilienzplan dargelegt sind (BMF 2021), wären vermutlich auch ohne diese Unterstützung so oder in ähnlicher Weise ergriffen worden, nicht zuletzt weil in den Jahren 2021 und

vermutlich auch 2022 die Budgetbeschränkungen durch die Schuldenbremse nicht direkt bindend sein werden und die Finanzierungsbedingungen des Bundes weiterhin hervorragend sind. In den Folgejahren, wenn die Schuldenbremse wieder greift, dürften die Zuschüsse aus Brüssel allerdings Wirkung entfalten, da dadurch zusätzliche Ausgaben oder Mindereinnahmen erlaubt sind.

Lage bei den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich

Die Industrie ist von der zweiten Welle der Corona-Pandemie weitgehend verschont geblieben. Im Zuge der ersten Welle im vergangenen Frühjahr war es aufgrund der damaligen Shutdown-Maßnahmen, Störungen der Lieferketten und der schwachen Weltkonjunktur zu einem starken Einbruch der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe gekommen, der mit über 18 Prozent im zweiten Quartal 2020 noch massiver war als während der Finanzkrise Anfang des Jahres 2009. Das Verarbeitende Gewerbe trug damit knapp zwei Fünftel zum Rückgang der Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal bei. Im Winterhalbjahr hingegen war die Industrie von dem Wiederaufflammen der Pandemie und dem erneuten Shutdown nur wenig beeinträchtigt. Angesichts der vergleichsweise robusten globalen Konjunktur stieg ihre Bruttowertschöpfung im vierten Quartal um 6,7 Prozent und lieferte somit einen Expansionsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 1,2 Prozentpunkten (Tabelle 6). Auch im ersten Quartal des laufenden Jahres dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe relativ kräftig expandiert sein, auch wenn akute Lieferengpässe bei Halbleitern die Aktivität in der Automobilindustrie vorübergehend gedämpft haben dürften. Dafür sprechen nicht zuletzt die in der Tendenz weiter aufwärtsgerichteten Auftragseingänge und der kräftige Anstieg des Geschäftsklimas im Februar.

Bei der wirtschaftlichen Aktivität der Dienstleister zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Während die unternehmensnahen Dienstleister von dem erneuten Shutdown nur wenig betroffen

Tabelle 6:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2020		2021			
	III	IV	I	II	III	IV
Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent						
Bruttoinlandsprodukt	8,5	0,3	-2,7	3,3	3,7	1,2
Bruttowertschöpfung	8,5	-0,1	-2,7	3,3	3,7	1,2
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	12,8	6,4	1,5	1,6	1,8	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	13,9	6,7	1,6	1,7	1,9	0,8
Baugewerbe	-3,2	5,2	-3,1	0,6	0,5	0,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	13,3	-4,4	-11,9	8,6	9,8	2,8
Information und Kommunikation	3,4	0,3	-0,5	0,7	0,9	0,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	-0,5	-0,3	0,3	0,4	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,5	-0,2	-0,6	0,5	0,6	0,3
Unternehmensdienstleister	4,9	-0,5	1,2	2,8	3,6	1,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	9,6	-3,2	-4,4	3,6	4,0	0,9
Sonstige Dienstleister	17,4	-13,5	-5,2	10,6	9,7	4,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

 Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

sind und von der robusten Dynamik in der Industrie profitieren, werden die konsumnahen Dienstleister erheblich beeinträchtigt. Nachdem bereits im Vorquartal ein Rückgang von 4,4 Prozent verzeichnet worden war, dürfte die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr im ersten Quartal 2021 nochmals um rund 12 Prozent zurückgegangen sein. So sind die Einzelhandelsumsätze merklich gesunken und die Einschätzung der Geschäftslage hat sich weiter verschlechtert. Auch die Bruttowertschöpfung bei den Öffentlichen Dienstleistern und insbesondere bei den Sonstigen Dienstleistern dürfte nach dem merklichen Einbruch im Schlussquartal zu Jahresbeginn erneut nachgegeben haben und im ersten Quartal ein ähnlich niedriges Wertschöpfungsniveau aufweisen wie im ersten Shutdown. Wir erwarten, dass die wirtschaftliche Aktivität im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und bei den Sonstigen Dienstleistern erst zum Jahresende wieder das Vorkrisenniveau erreichen wird. Dagegen dürften die meisten anderen Wirtschaftsbereiche bereits im dritten Quartal wieder auf Vorkrisenniveau liegen bzw. im Falle des Baugewerbes dieses leicht übertreffen.

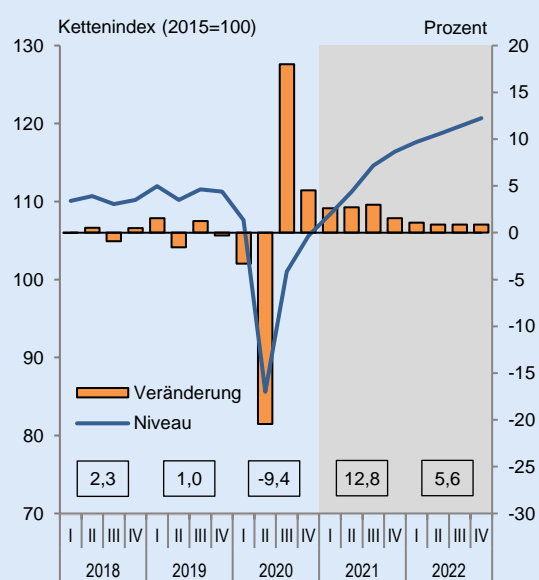
Industrielles Exportgeschäft stützt Konjunktur im Shutdown

Der Außenhandel expandiert im Zuge der Erholung der globalen Wirtschaft schwungvoll. Die Exporte legten nach ihrem Rückprall im

dritten Quartal auch zum Jahresende lebhaft zu. Dazu trugen die Warenlieferungen in alle Absatzregionen bei. Besonders das Exportgeschäft mit China und den Vereinigten Staaten expandierte kräftig. Einer noch rascheren Erholung stand bislang das weiterhin gedämpfte Investitionsgütergeschäft in den deutschen Absatzmärkten entgegen (Gern et al. 2021); die Exporte dieser Güter lagen im Schlussquartal noch rund 8 Prozent unter ihrem Vorjahresniveau, während die Warenausfuhren insgesamt noch etwa 3 Prozent darunter lagen. Insgesamt beläuft sich der Rückgang der Exporte im Jahr 2020 auf 9,4 Prozent und war damit weniger ausgeprägt als während der Globalen Finanzkrise. Während der Rückgang im Jahr 2009 (-14,3 Prozent) fast ausschließlich auf den Warenexport zurückzuführen war, gingen aufgrund der Reisebeschränkungen zur Eindämmung der Pandemie im Jahr 2020 auch die Dienstleistungsausfuhren massiv zurück. Im weiteren Verlauf werden die Exporte ihren Erholungskurs fortsetzen (Abbildung 6). Auch die Einfuhren stiegen im Schlussquartal deutlich, wenngleich die Dynamik im Vergleich zum dritten Quartal abnahm. Die Dienstleistungseinfuhren gingen aufgrund einer neuerlichen Verschärfung der Reiseverkehrsbeschränkungen nach einer zwischenzeitlichen Aufwärtsbewegung im Sommer sogar erneut zurück. Insgesamt war der Rückgang der Importe im Jahr 2020 mit 8,5 Prozent geringer als der der Exporte und von ähnlicher Größenordnung wie während der Globalen Finanzkrise (2009: -9,7 Prozent). Infolge des höheren Anteils des Reiseverkehrs an den Importen war er noch stärker auf den

Einbruch des internationalen Dienstleistungshandels zurückzuführen als bei den Exporten. Im Prognosezeitraum werden die Einfuhren nach einem Shutdown-bedingten Rücksetzer zu Jahresbeginn im Zuge der Aufhebung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und der damit verbundenen Belebung des Binnenkonjunktur und des internationalen Tourismus mit kräftigen, im weiteren Verlauf abnehmenden Raten expandieren (Abbildung 7).

Abbildung 6:
Exporte

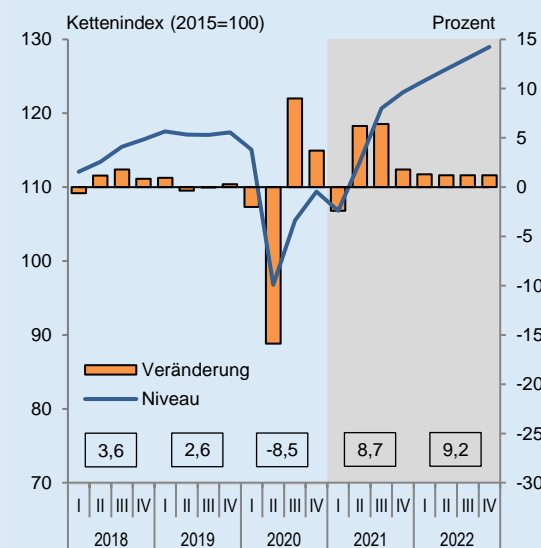


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Exporte brachen im vergangenen Jahr in alle Absatzregionen außer nach China ein. Der Rückgang der Exporte in den Euroraum war dabei noch etwas stärker als in die übrige Welt. Maßgeblich war, dass sich die Ausfuhren nach China rasch von ihrem Einbruch im Frühjahr des vergangenen Jahres erholten und so auf Jahresbasis ihr Vorjahresniveau wieder erreichten; ihr Anteil an den gesamten Warenausfuhren stieg auf über 8 Prozent. Das wichtigste Bestimmungsland für die deutsche Exporte blieben die Vereinigten Staaten, auch wenn die Lieferungen dorthin stark zurückgingen. Ebenso deutlich sanken die Exporte nach Russland sowie in die öl-exportierenden Länder. Die Lieferungen in das

Abbildung 7:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

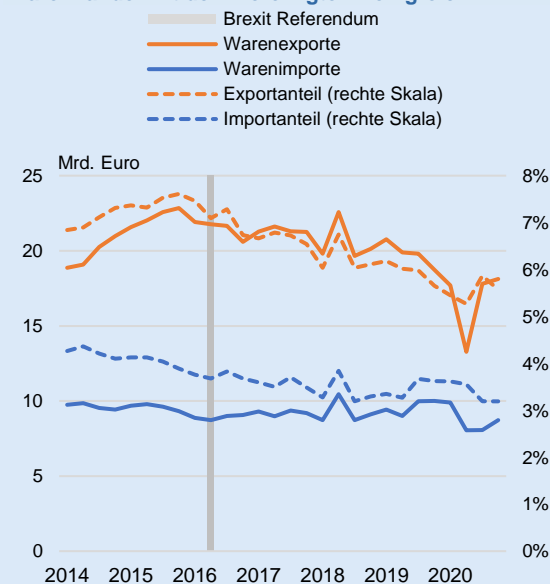
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Vereinigtes Königreich gingen ebenfalls drastisch zurück. Der Anteil des Landes an den deutschen Warenexporten sank seit dem Brexit-Votum um rund 2 Prozentpunkte auf nunmehr 5,6 Prozent (Abbildung 8). Angesichts des Austritts aus der Europäischen Union zum Ende des vergangenen Jahres ist nicht damit zu rechnen, dass sich dieser Trend umkehrt, wengleich der drastische Einbruch des Warenhandels mit dem Vereinigten Königreich im Januar auf Sonderfaktoren zurückzuführen sein dürfte. So kam es wohl angesichts möglicher Verwerfungen im Zuge des Austritts zu Vorzieheffekten im Warenhandel – in den Verhandlungen um ein Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurde erst in der zweiten Dezemberhälfte eine Einigung erzielt, und selbst mit Abschluss des Abkommens erhöht sich die Bürokratiebelastung für Firmen. Darüber hinaus belasteten wohl pandemiebedingte Nachfrageeinbußen und verschärfte Grenzkontrollen den bilateralen Handel zum Jahresauftakt.

Zu Jahresbeginn trotzte der Warenexport der Pandemie. Die wirtschaftliche Erholung in einigen wichtigen Absatzländern, vor allem in Europa, wurde zwar aufgrund der zweiten Welle der

Pandemie vorübergehend unterbrochen. Jedoch sind im Wesentlichen Dienstleistungsbereiche von den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung betroffen, während sich die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe sogar fortgesetzt hat. Dies spiegelt sich in den Frühindikatoren für die Warenexporte wider (Abbildung 9). So deuten die Monatswerte im Spezialhandel auf einen robusten Anstieg hin. Ebenso lagen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Januar merklich über dem Durchschnitt des Vorquartals. Sie haben auch ihr Vorjahresniveau bereits überschritten; ohne die Berücksichtigung der Großaufträge sogar um reichlich 9 Prozent. Darüber hinaus haben sich die ifo Exporterwartungen von ihrem kurzzeitigen Rücksetzer im Schlussquartal des vergangenen Jahres erholt und erreichten im Februar den höchsten Stand seit Ende des Jahres 2018. Schließlich zeigen auch Hochfrequenzdaten aus der Schifffahrt, anders als während des Shutdowns im Frühjahr des vergangenen Jahres, keinen deutlichen Rückgang des Warenhandels an (Kasten 2). Die Dienstleistungsexporte dürften dagegen aufgrund verschärfter Reiseverkehrsbeschränkungen zur Verzögerung des Eintrags der Coronavirus-Mutationen im laufenden Quartal dämpfend wirken.

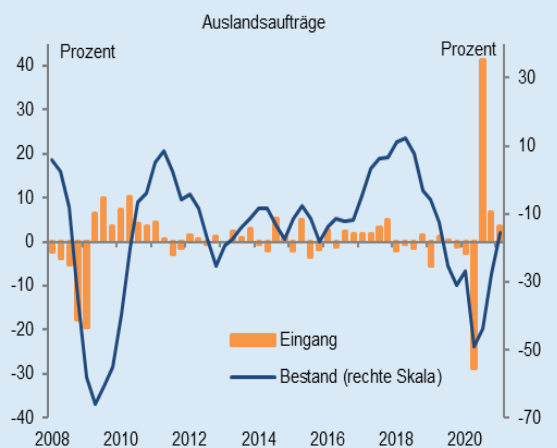
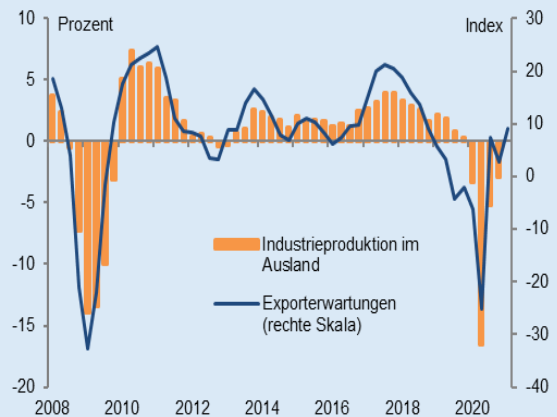
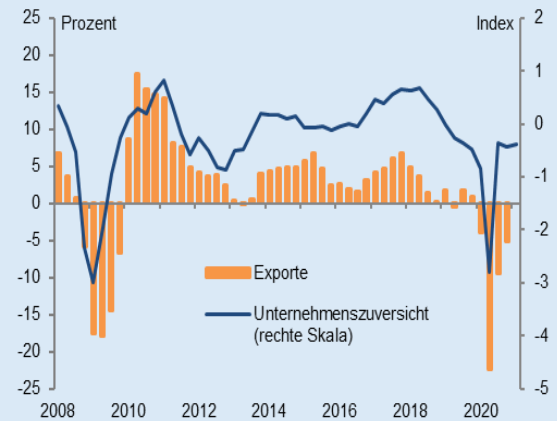
Abbildung 8:
Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich



Quartalsdaten, saisonbereinigt. Letzter Wert: 4. Quartal 2020. Nominaler Warenhandel Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 9:
Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragsingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragsingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

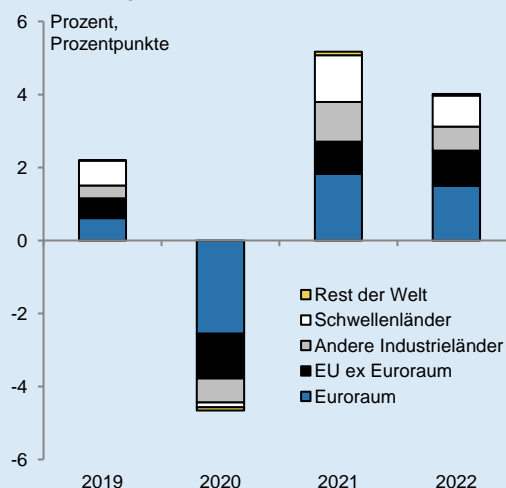
Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

Im weiteren Prognosezeitraum setzt sich die Erholung der Ausfuhren fort. Angesichts der fortschreitenden Erholung der Industrie in den Exportmärkten und der lebhaften Entwicklung des internationalen Warenhandels wird das Exportgeschäft aufwärtsgerichtet bleiben. Der Expansionsbeitrag des Euroraums zum exportgewichteten Bruttoinlandsprodukt ist zwar aufgrund der verzögert einsetzenden Erholung im laufenden Jahr wohl nicht ausreichend, um den Einbruch des vergangenen Jahres wettzumachen (Boysen-Hogrefe et al. 2021). Die anderen Industrieländer – vor allem getrieben von den Vereinigten Staaten – und die Schwellenländer werden aber kräftig expandieren (Abbildung 10). Von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind dagegen keine Impulse zu erwarten. Sie dürfte sich mit der Abwertung des effektiven Wechselkurses zu Jahresbeginn geringfügig verbessert haben;¹ auf Jahressicht ergibt sich dennoch eine Verschlechterung, die zu einem Gutteil auf das höhere Niveau zum Ende des vergangenen Jahres zurückzuführen ist (Abbildung 11). Die Dienstleistungsexporte werden ab dem Frühjahr im Zuge der schrittweisen Rücknahme der pandemiebedingten Einschränkungen ebenfalls steigen. Insgesamt rechnen wir damit, dass die Exporte im kommenden Jahr um 12,8 Prozent zulegen werden. Nach diesem Aufholprozess steigen die Exporte wieder mit mäßigeren Raten; für das Jahr 2022 ergibt sich eine Zuwachsrate von 5,6 Prozent.

Nach einem vorübergehenden Rücksetzer entwickeln sich die Importe lebhaft. Für das erste Quartal deuten die Monatswerte im Spezialhandel auf einen deutlichen Rückgang der Importe hin. Grund dafür sind nicht zuletzt die Shutdown-Maßnahmen, die vor allem die Einfuhr von Konsumgütern dämpfen dürften. Mit der wieder einsetzenden Erholung der Binnenkonjunktur werden die Importe im Sommerhalbjahr wieder kräftig zulegen, dann aber an Tempo einbüßen, im Einklang mit der Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen, des privaten Konsums und der Nachfrage nach Vorleistungsgütern für das Exportgeschäft. Auch die Dienstleistungsimporte dürften sich ab dem zweiten Quartal erholen. Alles in allem lässt der Erholungsprozess die

Importe mit 8,7 Prozent im Jahr 2021 und 9,2 Prozent im Jahr 2022 so stark steigen wie seit zehn Jahren nicht mehr, wobei die Rate für das kommende Jahr maßgeblich durch den statistischen Überhang bedingt ist.

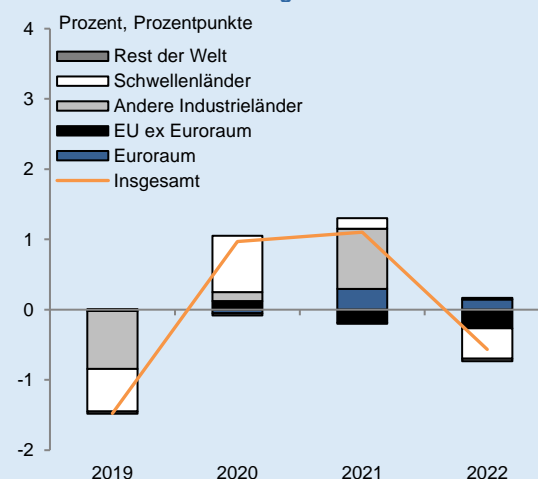
Abbildung 10:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

Abbildung 11:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 60 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2020*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

¹ Einer stärkeren Verbesserung wirkte der Anstieg der Verbraucherpreise zu Jahresbeginn entgegen. Dieser war allerdings auch auf die Mehrwertsteuererhöhung

zu Jahresbeginn zurückzuführen, die für das Exportgeschäft nicht relevant ist.

Die Terms of Trade verschlechtern sich. Bereits im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres nahmen die Importpreise nicht zuletzt aufgrund der Erholung des Ölpreises deutlich stärker zu als die Exportpreise. Im laufenden Quartal dürften sich die Terms of Trade erneut verschlechtern haben. So deuten die monatlichen Außenhandelspreise darauf hin, dass sich die Importe im Zuge der weiteren Ölpreissteigerung erneut stärker verteuert haben als die Exporte. Im weiteren Verlauf werden sich die Terms of Trade gegeben unserer Wechselkurs- und Ölpreisannahmen im laufenden Jahr weiter verschlechtern, jedoch mit abnehmender Dynamik. Im Jahr 2022 dürften sie in etwa unverändert bleiben. Insgesamt rechnen wir mit einer Verschlechterung der Terms of Trade um 2,1 Prozent im laufenden Jahr und 0,3 Prozent im Jahr 2022.

Der Leistungsbilanzüberschuss wird im laufenden Jahr deutlich steigen, sich dann aber wieder zurückbilden. Im Jahr 2020 verblieb er nahezu unverändert bei rund 7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, da zwar das nominale Bruttoinlandsprodukt zurückging, aber der Rückgang der nominalen Warenexporte den der nominalen Warenimporte per Saldo überstieg. Zuvor war er ausgehend von seinem Höchststand im Jahr 2015 von 8,6 Prozent kontinuierlich geschrumpft. Im laufenden Jahr wird der Leistungsbilanzsaldo gemäß unserer Prognose auf 8,3 Prozent steigen. Maßgeblich ist, dass die volumenmäßigen Exporte stärker zunehmen als die Importe. Dies ist allerdings hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Erholung der Exporte zum Ende des ersten Quartals wohl bereits deutlich weiter fortgeschritten sein wird, als die der Importe, die erst im zweiten Quartal wieder an Fahrt aufnehmen wird. Gleichzeitig wirkt eine Verschlechterung der Terms of Trade einem noch stärkeren Anstieg entgegen. Im Jahr 2022 geht der Leistungsbilanzsaldo dann wieder auf 6,8 Prozent zurück. Der Saldo der Vermögenseinkommen aus dem Ausland hat dabei keinen größeren Einfluss auf die Veränderung Leistungsbilanz.

Zweite Welle führt zur W-Konjunktur bei der heimischen Absorption

Die heimische Absorption steht auch im laufenden Jahr im Zeichen der Corona-Pandemie. Während im Verlauf der ersten Welle sowohl die Investitionen als auch die private Konsumausgaben einbrachen, konzentrieren sich die Einbußen derzeit vor allem auf den privaten Konsum. Bereits im vierten Quartal gingen die privaten Konsumausgaben im Zuge der Geschäftsschließungen im Einzelhandel, Gastgewerbe und einzelnen kontaktintensiven Dienstleistungen mit 3,3 Prozent deutlich zurück. Da die Shutdown-Maßnahmen größtenteils im gesamten ersten Quartal beibehalten wurden, während sie im vierten Quartal die Konsumaktivität nur zeitweise gedämpft hatten, zeichnet sich für den Jahresauftakt ein noch deutlicherer Rückgang ab. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften dann das Niveau vom zweiten Quartal des vergangenen Jahres sogar unterschreiten, als der Tiefpunkt bereits im April erreicht worden war und im Mai eine kräftige Erholung eingesetzt hatte. Mit dem Zurückdrängen der Corona-Pandemie wird es ähnlich wie im vergangenen Jahr zu einer kräftigen Erholung kommen, die unseren Annahmen zufolge im zweiten Quartal einsetzen wird. Die Bruttoanlageinvestitionen zeigen sich bislang anders als in der ersten Welle recht robust. Insbesondere die Unternehmen fahren ihre Investitionen offenbar nicht abermals deutlich zurück, gibt es doch mittlerweile angesichts wirksamer Impfstoffe eine klare Perspektive für das nachhaltige Zurückdrängen der Pandemie und dadurch eine größere Planungssicherheit. Im Quartalsverlauf wird die heimische Absorption mit dem doppelten Einbruch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres sowie im Winterhalbjahr 2021/2022 gefolgt von jeweils kräftigen Erholungen wohl einer W-Formation folgen (Abbildung 12). In diesem Jahr wird sie aufgrund des schwachen Jahresauftakts insgesamt wohl nur um 1,4 Prozent zulegen, nach dem Einbruch von 4,2 Prozent im vergangenen Jahr. Die im Sommerhalbjahr einsetzende Erholung wird sich vor allem in der Zuwachsrate von 6,3 Prozent im Jahr 2022 widerspiegeln.

Kasten 2:**Hochfrequenzdaten aus der Schifffahrt als Indikator für den deutschen Außenhandel**

Einschlägige Frühindikatoren für die Entwicklung des Außenhandels werden in der Regel monatlich und häufig mit Verzögerung publiziert. So liegen die Monatswerte zum Warenhandel erst sechs Wochen nach Ablauf des Berichtszeitraums vor; eine ähnliche Verzögerung gilt für die Auftragseingänge aus dem Ausland. Umfragebasierte Frühindikatoren, wie die ifo Konjunkturindikatoren, werden zwar im gleichen Monat veröffentlicht, bilden aber lediglich die qualitative Einschätzung der Unternehmen vor allem bis zur Monatsmitte ab. Für den drastischen Einbruch der internationalen Handelsaktivität im Frühjahr des Jahres 2020 infolge der Shutdown-Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie lieferten die konventionellen Indikatoren daher zunächst kaum Informationen. Vor diesem Hintergrund können zeitnah verfügbare Hochfrequenzdaten besonders nützlich sein, vor allem für die Diagnose der laufenden Entwicklung (Nowcast).

Für den internationalen Warenhandel eignet sich die Auswertung von Schiffspositionsdaten, mit denen sich Bewegungen aller Frachtschiffe weltweit verfolgen lassen. Denn Containerschiffe, Tanker und Massengutfrachter befördern rund 80 Prozent des weltweiten Handelsvolumens bzw. 70 Prozent des Werts aller gehandelten Güter (UNCTAD 2018). Das Automatische Identifikationssystem (AIS) erhebt durch Radiosignale hochfrequente Positionsdaten aller Frachtschiffe weltweit. Diese Daten wurden bereits in mehreren Studien, unter anderem des Internationalen Währungsfonds, genutzt. So entwickeln Arslanalp et al. (2019) einen Handelsindikator basierend auf AIS-Daten für maltesische Häfen. Cerdeiro et al. (2020) zeigen, dass die Tiefgangsveränderungen der in die Häfen einlaufenden und aus den Häfen auslaufenden Frachtschiffe mit den Importen und Exporten der Länder, in denen die Häfen liegen, korreliert.

In einer neuen Studie des IfW Kiel erweitert Stamer (2021) diese Forschungsarbeiten und macht die Schiffspositionsdaten unter anderem für die Analyse des deutschen Außenhandels nutzbar. Dafür erhält das IfW Kiel wöchentlich aktualisierte Positionsdaten für alle Containerschiffe weltweit beginnend mit dem Jahr 2015 von der Firma FleetMon. Dabei stellt der Datenanbieter tägliche Positionen der Frachtschiffe auf See sowie sogenannte Portcalls zur Verfügung. Während die Positionen sowohl an der Küste als auch auf hoher See aufgefangen werden, halten Portcalls die Ankunft und Abfahrten in Häfen fest. Insgesamt handelt es sich um etwa 2 Millionen Positionen und 500.000 Hafenankünfte pro Jahr. Die Positionsdaten beinhalten den aktuellen Tiefgang sowie Kurs des Schiffes, die Portcalls den Tiefgang des Schiffes bei Ankunft und Abfahrt. Aus diesem Datensatz leitet Stamer (2021) etwa 1.200 monatliche Zeitreihen ab, beispielsweise die aggregierte Auslastung von Containerschiffen aus dem Hamburger Hafen oder die Auslastung von Schiffen in der Nordsee.

Die Methode der Partial Least Squares (PLS), ein Faktormodell verwandt mit der Principal Component Regression, wählt für jede Zielvariable aus der großen Anzahl von schiffsdatenbasierten Zeitreihen die jeweils wichtigsten erklärenden Variablen aus und erstellt so ein Modell für monatliche internationale Handelsströme. Als Zielvariable dienen die saisonbereinigten monatlichen Zuwachsraten der Importe oder Exporte eines beliebigen Landes – inklusive Binnenstaaten – oder einer supranationalen Organisation wie der Europäischen Union. Auch bilaterale Handelsflüsse können als Zielvariable eingesetzt werden. Die Schätzung des Modells ist in jeder Kalenderwoche mit aktuellen Daten möglich und kann für die Prognose des laufenden Monats (Nowcast) wie auch der Folgemonate verwendet werden. Ergebnis des PLS-Modells ist somit eine Prognose der monatlichen Zuwachsrate basierend ausschließlich auf Schiffspositionsdaten. Diese Prognose kann auch als Indikator interpretiert und flexibel in konventionelle Prognosemodelle eingebaut werden. Die folgenden Analysen beschränken sich auf den mit dem PLS-Modell erstellten Nowcast (IfW Kiel Handelsindikator).

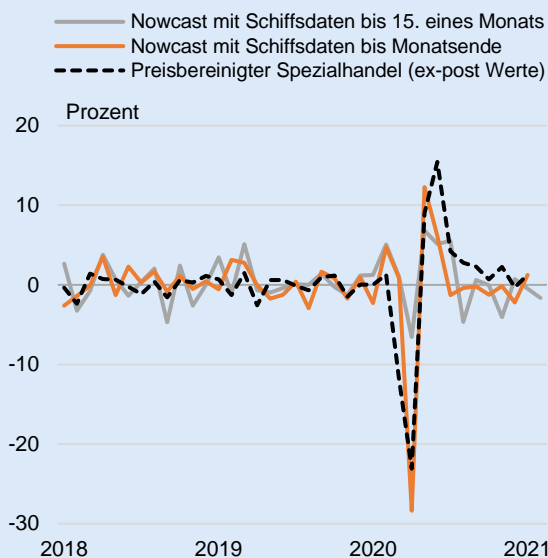
Für den deutschen Außenhandel wählt die PLS-Methode aus dem umfassenden monatlichen Schiffsdatensatz neben Zeitreihen zu Häfen wie Hamburg, Kiel, Bremen oder Rotterdam auch Positionen in Nord- und Ostsee sowie dem Mittelmeer aus. Weitere Häfen in Europa und anderen Weltregionen gehen ebenfalls in das Modell ein und spiegeln die europäische bzw. globale wirtschaftliche Aktivität wider. Als Zielvariablen werden die preisbereinigten monatlichen Importe und Exporte in Abgrenzung des Spezialhandels verwendet. Der IfW Kiel Handelsindikator wird zu zwei Zeitpunkten erstellt, nämlich unter Verwendung der Schiffsdaten einschließlich des 15. Tages eines Monats sowie unter Verwendung der Schiffsdaten bis zum Monatsende. Um die Berechnung des Indikators in der Praxis zu simulieren, werden vergangene Werte mit Hilfe einer "out-of-sample"-Analyse prognostiziert. Für die Modellierung des PLS-Systems werden dabei alle Observationsen einbezogen mit Ausnahme jener Monatsobservation, die geschätzt werden soll.^a

Die resultierenden IfW Kiel Handelsindikatoren für den preisbereinigten monatlichen Warenhandel weisen einen deutlichen Gleichlauf mit den Zuwachsraten des Spezialhandels auf, insbesondere wenn die Schiffsdaten bis zum Monatsende für die Schätzung verwendet werden (Abbildungen K2-1 und K2-2). Dies trifft sowohl auf die Exporte als auch auf die Importe zu, obwohl der Anteil des Seeverkehrs am Gesamtwert des Warenhandels nur rund ein Fünftel beträgt.^b Maßgeblich hierfür dürfte sein, dass durch

die Auswahl der Häfen und Positionen Proxys sowohl für die deutsche wirtschaftliche Aktivität, als auch für die europäische und globale Konjunktur in die Berechnung einfließen.

Abbildung K2-1

Nowcast und ex-post Werte der preisbereinigten monatlichen Exporte in Abgrenzung des Spezialhandels

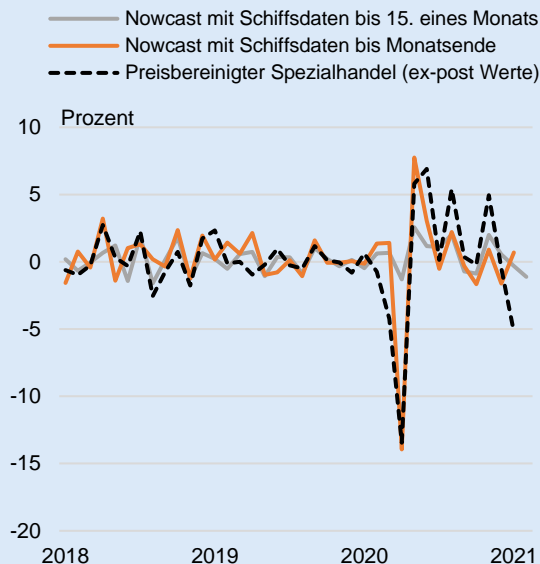


Monatsdaten.

Quelle: Destatis, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K2-2

Nowcast und ex-post Werte der preisbereinigten monatlichen Importe in Abgrenzung des Spezialhandels



Monatsdaten.

Quelle: Destatis, Berechnungen des IfW Kiel.

Auch der Einbruch des Warenhandels im Zuge der ersten Corona-Welle im Frühjahr des Jahres 2020 wird von den schiffsdatenbasierten Indikatoren mit zunehmender Datenverfügbarkeit nachvollzogen. Vor allem der starke Rückgang im April wird unter Einbeziehung der Schiffsdaten bis zum Monatsende gut prognostiziert, wobei der Rückgang der Exporte etwas überzeichnet wird. Der Rückgang der Exporte im März wird dagegen noch nicht durch das Modell erfasst. Dieser ist vor allem auf den Rückgang der Exporte auf dem Landweg zurückzuführen, wohingegen die nominalen Warenexporte auf dem Seeweg im März nur rund 4,5 Prozent unter ihrem Vorjahresniveau lagen und erst im Folgemonat um knapp ein Drittel einbrachen. Die Einschränkungen des internationalen Warenhandels aufgrund der Lockdown-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie schlugen sich daher erst im April im Indikator nieder. Dies gilt auch für die Importe.

Zur Evaluierung der Prognosegüte des IfW Kiel Handelsindicators für die monatlichen deutschen Warenexporte werden ARX-Modelle mit jeweils einem konventionellen Frühindikator für den deutschen Export geschätzt:

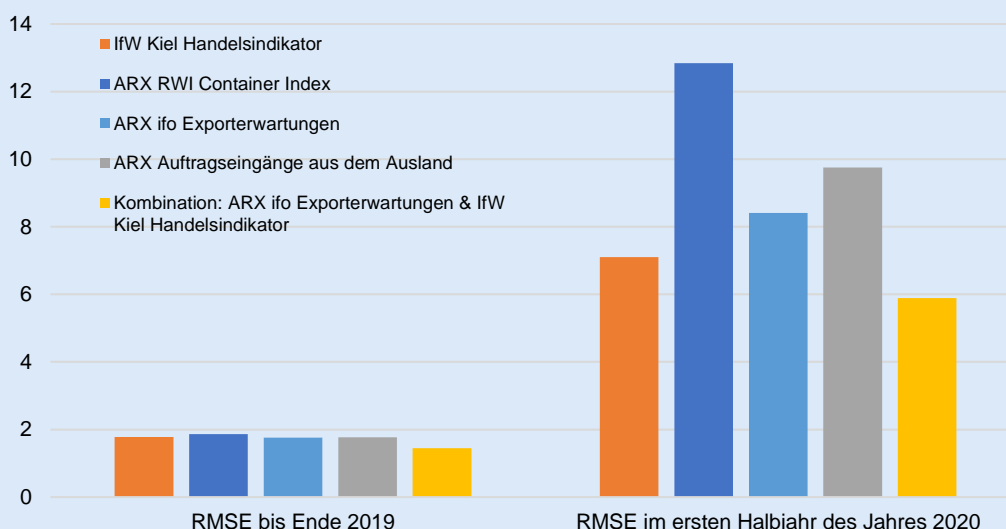
$$y_t = \alpha + \sum_{i=1}^3 \beta_i y_{t-i} + \sum_{i=0}^3 \gamma_i x_{t-i} + \varepsilon_t$$

Dabei entspricht y_t der Zuwachsrate der monatlichen, preisbereinigten Exporte in Abgrenzung des Spezialhandels zum Zeitpunkt t und x_t dem jeweiligen konventionellen Frühindikator. Es werden die ifo Exporterwartungen, die Auftragseingänge aus dem Ausland sowie der RWI/ISL-Containerumschlag-Index, der im Hinblick auf die Datengrundlage dem IfW Kiel Handelsindikator am ähnlichsten ist, für die Evaluierung der Prognosegüte verwendet. Auch hier wird die „leave-one-out“-Methodik angewendet. Dabei wird die Anzahl der Lags für jede Schätzung neu mittels des AIC-Kriteriums ausgewählt. Die ARX-Modelle mit den konventionellen Frühindikatoren werden jeweils für den gesamten Zeitraum ihrer Verfügbarkeit geschätzt. Denn ein Nachteil der IfW Kiel Handelsindikatoren ist, dass die zugrunde liegenden Schiffsdaten erst ab dem Jahr 2015 verfügbar sind. Zur Evaluierung werden die Prognosen der ARX-Modelle mit dem IfW Kiel Handelsindikator unter Verwendung der Schiffsdaten bis zum Monatsende verglichen.

Der Root Mean Square Error (RMSE) des IfW Kiel Handelsindikators für die monatlichen deutschen Warenexporte im Zeitraum von 2015 bis 2019 ist vergleichbar mit dem der konventionellen Frühindikatoren (Abbildung K2-3). Die mittlere Prognose aus dem IfW Kiel Handelsindikator und dem ARX-Modell mit den ifo Exporterwartungen weist dagegen im Vergleich einen merklich niedrigeren RMSE auf. Der IfW Kiel Handelsindikators für die monatlichen deutschen Warenexporte stellt demnach eine wertvolle Ergänzung zu anderen Frühindikatoren dar. Im ersten Halbjahr des Jahres 2020 – also während der großen Schwankungen des internationalen Warenverkehrs aufgrund des Corona-Schocks – weist der IfW Kiel Handelsindikator einen deutlich niedrigeren RMSE auf als die konventionellen Frühindikatoren.^c Erneut ist im Vergleich der vorliegenden Modelle der RMSE am niedrigsten, wenn eine mittlere Prognose aus dem IfW Kiel Handelsindikator und einem ARX-Modell mit den ifo Exporterwartungen gebildet wird.

Abbildung K2-3

Root Mean Square Error verschiedener Prognosemodelle vor und während des Corona-Schocks



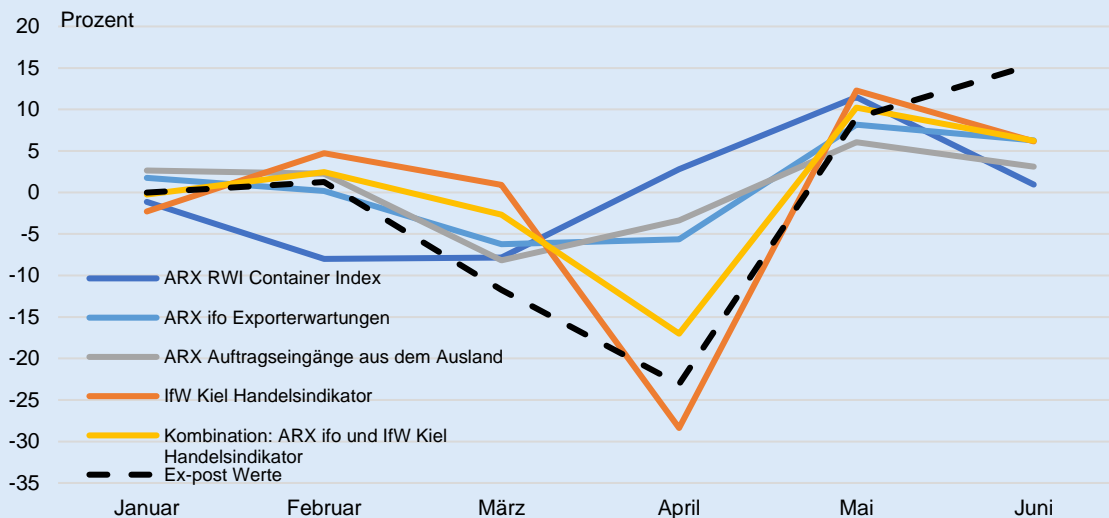
Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

Auch für die deutschen Warenimporte enthält der entsprechende IfW Kiel Handelsindikator wertvolle Informationen, insbesondere da es vergleichsweise wenige Frühindikatoren für den Import gibt. Mit einem RMSE von 1,2 in den Jahren 2015 bis 2019 weist er einen geringeren Wert auf als ein ARX-Modell mit dem RWI/ISL-Containerumschlag-Index (1,4) sowie mit dem ifo Importklima (1,6). Im ersten Halbjahr des Jahres 2020 erreicht der IfW Kiel Handelsindikator für die monatlichen deutschen Warenimporte einen Fehlerwert von 5,2 und damit ebenfalls geringere Werte als Vergleichsmodelle mit dem RWI/ISL-Containerumschlag-Index (7,7) und dem ifo Importklima (7,1). Der deutliche Rückgang der Warenimporte im Januar des laufenden Jahres wurde jedoch nicht vom IfW Kiel Handelsindikator angezeigt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die IfW Kiel Handelsindikatoren für den deutschen Warenhandel eine wertvolle Ergänzung zu konventionellen Frühindikatoren darstellen. Die Indikatoren bilden die Aktivität im internationalen Handel mittels hochfrequenter Schiffspositionsdaten ab und machen damit Informationen verfügbar, die bislang kaum in Konjunkturanalysen und -prognosen genutzt werden konnten. Damit sind die IfW Kiel Handelsindikatoren ein Beispiel dafür, wie hochfrequente „Big Data“ für die makroökonomische Analyse eingesetzt werden können (siehe auch Ademmer et al. 2021a). Aufgrund der nahezu tagesaktuellen Verfügbarkeit der Daten sind die IfW Kiel Handelsindikatoren insbesondere auch in Krisenzeiten, in denen hohe Unsicherheit herrscht und traditionelle Indikatoren oft erst mit größerer Verzögerung Signale liefern, nützlich. Hinzu kommt, dass die Methodik auf eine Vielzahl an Zielvariablen angewendet werden kann und so spezifische Handelsindikatoren für die Exporte und Importe verschiedener Länder erstellt werden können, was eine hohe Vergleichbarkeit zwischen den Ländern verspricht.

Abbildung K2-4

Prognosen verschiedener Modelle für die Warenausfuhren vor und während des Corona-Schocks

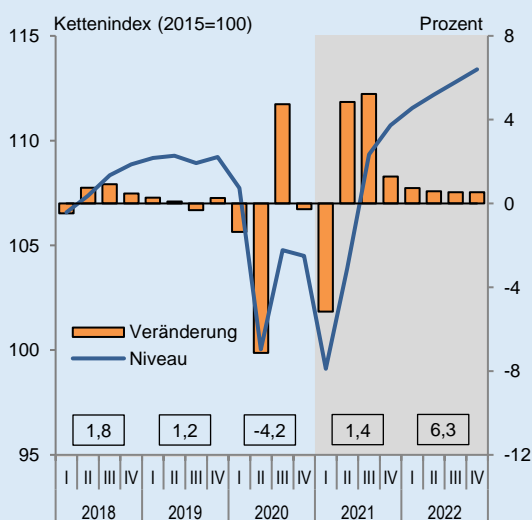


^a Grund für die Anwendung dieser sogenannten „leave-one-out“-Methode ist der kurze Zeitraum der Datenverfügbarkeit.

^b Der Anteil des Seeverkehrs am Gesamtwert des Warenhandels mit Drittstaaten beträgt rund 50 Prozent, innerhalb der Europäischen Union ist er mit unter 5 Prozent deutlich geringer. Der Anteil des Seeverkehrs an den gesamten Warenexporten ist mit 22 Prozent etwas höher als an den Warenimporten mit 18 Prozent. Der Großteil des Warenhandels entfällt mit rund 55 Prozent auf den Straßenverkehr, gefolgt vom Luftverkehr (12 Prozent). Die Anteile basierend auf Daten aus dem Jahr 2019.

^c Dies gilt auch, wenn keine autoregressiven Terme, die bei abrupten Veränderungen die Prognosegüte reduzieren können, in die Vergleichsmodelle der konventionellen Frühindikatoren einbezogen werden.

Abbildung 12: Letzte inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

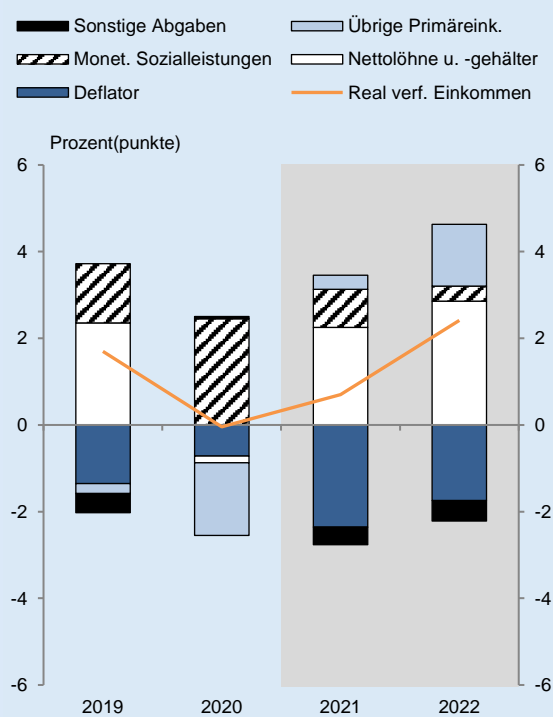
Die verfügbaren Einkommen ziehen im Verlauf des Jahres wieder kräftig an. Im vergangenen Jahr wurden die pandemiebedingten Einbußen bei der Lohnsumme und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte zu großen Teilen durch die höheren monetären Sozialleistungen – insbesondere aufgrund des Kurzarbeitergelds – sowie über Hilfszahlungen an Soloselbstständige und Kleinstunternehmer abgedeckt. In der Summe legten die verfügbaren Einkommen sogar um 0,7 Prozent zu; diese Rate lag freilich deutlich unter denen der Vorjahre von mehr als 3 Prozent (Abbildung 13). Mit der im zweiten Quartal einsetzenden Erholung wird sich dieses Muster umkehren: Während die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wieder kräftig anziehen, werden die Hilfszahlungen zurückgefahren, und die monetären Sozialleistungen deutlich weniger stark ausgeweitet. Neben dem abnehmenden Kurzarbeitergeld trägt dazu auch bei, dass bei den Renten praktisch eine Nullrunde ansteht. In diesem Jahr werden

die Einkommen der privaten Haushalte spürbar durch Steueranpassungen erhöht – insbesondere der für viele Steuerpflichtige entfallende Solidaritätszuschlag schlägt hier zu Buche. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr um 3,1 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 wird sich dieser Anstieg voraussichtlich auf 4,2 Prozent beschleunigen, vor allem weil mit der sich fortsetzenden konjunkturellen Erholung die Lohnsumme sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wohl in höherem Tempo steigen werden. Die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen wird dabei vor allem in diesem Jahr durch die höheren Preisanstiege für Konsumausgaben von 2,4 Prozent nach 0,7 Prozent im Vorjahr gedämpft. Für das Jahr 2022 rechnen wir mit einem Anstieg des Deflators der privaten Konsumausgaben von 1,7 Prozent.

Die privaten Konsumausgaben erholen sich rasch von ihrem Einbruch zu Jahresbeginn.

Die Maßnahmen zum Infektionsschutz werden im ersten Quartal insbesondere bei solchen Verwendungszwecken des Konsums zu harschen Rückgängen führen, die bereits im zweiten sowie im vierten Quartal des vergangenen Jahres besonders betroffen waren. Dazu zählen insbesondere die von Geschäftsschließungen unmittelbar betroffenen Sparten wie „Bekleidung und Schuhe“, „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“. Anders als zuvor dürfte es zudem auch bei den Ausgaben für „Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt“ zu einem merklichen Rückgang kommen; darauf deuten die bis zum Januar vorliegenden monatlichen Einzelhandelsumsätze hin. Da sich die Maßnahmen nahezu über das ganze erste Quartal erstrecken, zeichnet sich bei diesen Sparten, die im vierten Quartal 2020 einen Anteil von knapp 40 Prozent an den gesamten privaten Konsumausgaben hatten, ein abermaliger Einbruch ab. Sofern die Ausgaben für diese Konsumzwecke in etwa wieder auf ihr im April 2020 verzeichnetes Niveau zurückfallen, werden die privaten Konsumausgaben dadurch allein im ersten Quartal um knapp 11 Prozent gedämpft. Auch wenn wir bei den verbleibenden Sparten insgesamt mit leichten Anstiegen rechnen, verbleibt ein Rückgang der privaten Konsumausgaben im ersten Quartal von 10 Prozent (Abbildung 14). Hierzu dürfte die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn beigetragen haben. So ist es insbesondere bei Einrichtungsgegenständen und bei Pkw-Käufen gegen Jahresende 2020 offenbar zu Vorzieheffekten gekommen; darauf deuten die Einzelhandelsumsätze hin. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften sich dann im Sommerhalbjahr rasch erholen und im dritten Quartal nahezu das Vorkrisenniveau erreichen. Gleichwohl wird der private Konsum im Jahresdurchschnitt aufgrund des geringen Niveaus zu Jahresbeginn wohl kaum mehr als stagnieren, nach einem Rückgang von 6,1 Prozent im Vorjahr. Die Erholung wird sich erst im Jahresergebnis für 2022 vollständig zeigen, für das wir mit einem Anstieg von 10 Prozent rechnen.

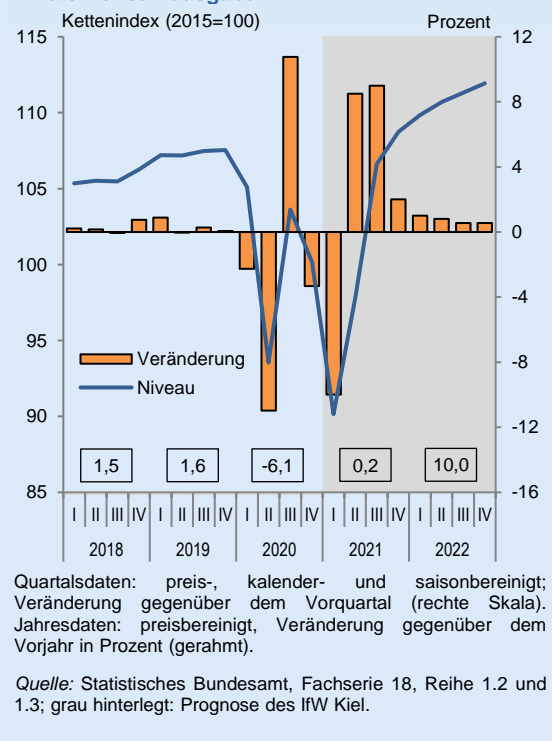
Abbildung 13:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

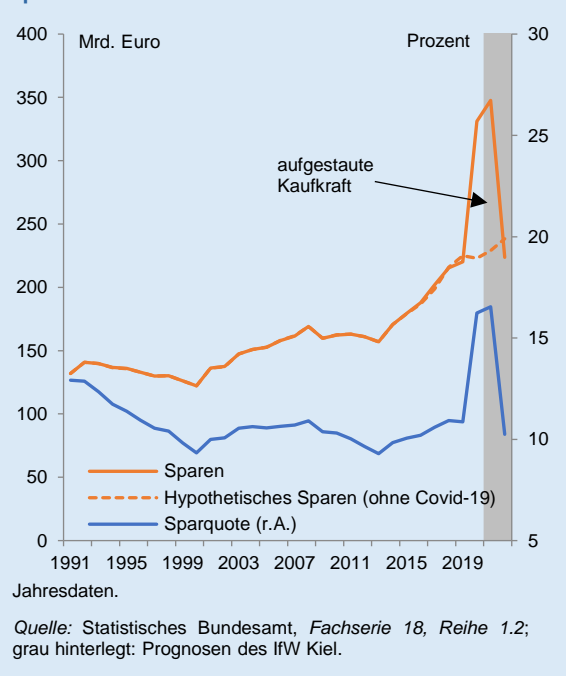
Abbildung 14:
Private Konsumausgaben



Die Sparquote wird angesichts der aufgestauten Kaufkraft ihr Vorkrisenniveau unterschreiten. Infolge der eingeschränkten Konsummöglichkeiten sind seit dem Beginn der Pandemie beträchtliche Teile des verfügbaren Einkommens zusätzlich in die Ersparnis geflossen. In diesem Zuge ist die Sparquote von knapp 11 Prozent im Jahr 2019 auf mehr als 16 Prozent im Jahr 2020 gestiegen. Mit dem Zurückdrängen der Pandemie wird sich die Sparquote voraussichtlich rasch wieder normalisieren. Hierbei stellt sich die Frage, in welchem Umfang und zeitlichem Muster die zusätzliche Ersparnis in Höhe von rund 10 Prozent des verfügbaren Jahreseinkommens für private Konsumausgaben aufgewendet wird, in welchem Umfang es also zu Nachholeffekten kommt (Abbildung 15). Für diese Prognose unterstellen wir, dass zunächst nur ein Teil der aufgestauten Kaufkraft in den privaten Konsum fließt und die Sparquote im Jahr 2022 knapp 1 Prozentpunkt unterhalb ihres Vorkrisenniveaus liegen wird. So dürften Teile der aufgestauten Kaufkraft für Immobilien oder Wertpapieranlagen aufgewendet werden bzw. auf anderem Wege dauerhaft die Ersparnis erhöhen, zumal größere Teile davon offenbar bei Haushalten mit einer ohnehin hohen Sparneigung

angefallen sind (Bundesbank 2020). Zudem könnten insbesondere Soloselbstständige und Kleinunternehmen, deren Ersparnisse während der Krise angegriffen wurden, mit der anlaufenden Geschäftstätigkeit zunächst mehr sparen als vor der Pandemie, um ihre finanziellen Reserven wieder aufzufüllen. Insgesamt besteht aber eine erhebliche Unsicherheit, inwieweit die aufgestaute Kaufkraft für private Konsumausgaben aufgewendet werden wird.

Abbildung 15:
Sparen



Die zweite Welle hinterlässt kaum Spuren bei den Unternehmensinvestitionen. Während der ersten Welle der Pandemie waren die Investitionen der Unternehmen um mehr als 10 Prozent eingebrochen. Neben Lieferengpässen und anderen pandemiebedingten Einschränkungen dürfte insbesondere der unsichere wirtschaftliche Ausblick viele Unternehmen dazu bewegen haben, ihre Investitionen zumindest vorübergehend massiv zurückzufahren. Trotz der kräftigen Erholung im dritten Quartal verblieb im Jahresergebnis ein Minus von 6,6 Prozent. Für die zweite Welle zeichnet sich kein abermaliger Einbruch bei den Unternehmensinvestitionen ab; die Erholung wird dadurch nur verzögert. Im vierten Quartal stagnierten die Unternehmensinvestitionen und für das erste Quartal kündigt sich ein kleiner

Rücksetzer vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen an (Abbildung 16). So waren die Umsätze der Investitionsgüterhersteller im Inland im Dezember und Januar rückläufig und auch die inländischen Auftragseingänge für Investitionsgüter sind zuletzt etwas gesunken. Insgesamt wird der Rückgang im ersten Quartal aber im Vergleich zur ersten Welle der Pandemie recht gering ausfallen. Dazu trägt bei, dass angesichts des robusten Auslandsgeschäfts die Industrie ihre Investitionen wohl nicht deutlich zurückgefahren hat. Zudem ist die Planungssicherheit vieler Unternehmen für Absätze und Erträge nun ungleich höher als während der ersten Welle, da es durch die Entwicklung wirksamer Impfstoffe nun wahrscheinlicher ist, dass sich die wirtschaftlichen Beschränkungen durch die Pandemie in absehbarer Zeit auflösen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Erholung bei den Unternehmensinvestitionen voraussichtlich ab dem zweiten Quartal in hohem Tempo fortsetzen. Zwar dürfte die Investitionstätigkeit bei vielen Unternehmen in den derzeit noch besonders betroffenen Handels- und Dienstleistungsbranchen vorerst noch verhalten ausfallen, da ihre Eigenkapitalbasis in vielen Fällen durch die Pandemie wohl deutlich geschwächt worden ist. In diesen

Branchen fällt jedoch nur ein recht kleiner Teil der gesamten Investitionen an, so dass sie das Gesamtbild nicht dominieren werden. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr wohl um 4,2 Prozent und im Jahr 2022 um 5 Prozent steigen (Tabelle 7).

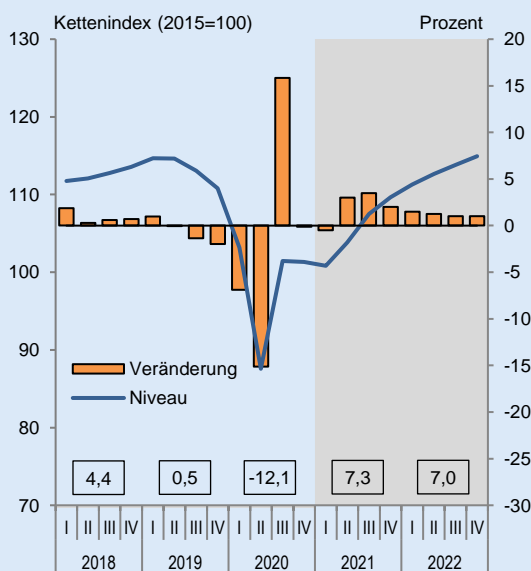
Tabelle 7:
Bruttoanlageinvestitionen

	2019	2020	2021	2022
Gesamt	2,5	-3,1	2,9	4,3
Unternehmensinvestitionen	1,5	-6,6	4,2	5,0
Ausrüstungen	0,5	-12,1	7,3	7,0
Wirtschaftsbau	2,4	-0,8	-0,8	2,8
Sonstige Anlagen	2,7	-1,1	3,0	3,1
Wohnungsbau	4,0	2,8	1,0	3,5
Öffentlicher Bau	6,0	3,2	0,7	2,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	3,8	1,9	0,5	3,2

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 16:
Ausrüstungsinvestitionen

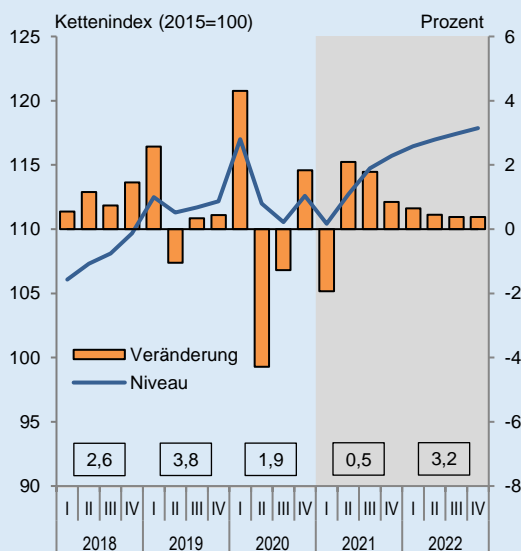


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Bauinvestitionen ziehen nach einem Rücksetzer zu Jahresbeginn wieder an. Bislang sind die Bauinvestitionen durch die Corona-Pandemie kaum beeinträchtigt worden. Trotz der teils deutlichen Rückgänge im Sommerhalbjahr lagen sie im Jahr 2020 im Durchschnitt um knapp 2 Prozent über ihrem Vorjahresniveau (Abbildung 17). Insbesondere bei den Wohnungsbauinvestitionen und bei den öffentlichen Investitionen spiegelten sich die günstigen Rahmenbedingungen in recht hohen Zuwachsraten wider. Für das erste Quartal zeichnet sich ein deutlicher Rückgang ab, auch weil die Bauproduktion im Januar geradezu eingebrochen ist. Dazu beigetragen haben wohl auch Vorzieheffekte angesichts der Mehrwertsteuererhöhung zum Jahreswechsel. Dafür sprechen zumindest die kräftigen Schwankungen der Produktion im Ausbaugewerbe im Dezember und Januar. Zudem haben viele Unternehmen davon berichtet, dass ihre Produktion zu Jahresbeginn durch ungünstige Witterungsbedingungen behindert worden ist. Auch wenn Unternehmensbefragungen darauf hindeuten, dass die Produktion bereits im Februar wieder gestiegen ist, wird für das erste Quartal insgesamt wohl ein deutlicher Rückgang bei den Bauinvestitionen zu verzeichnen sein. Im

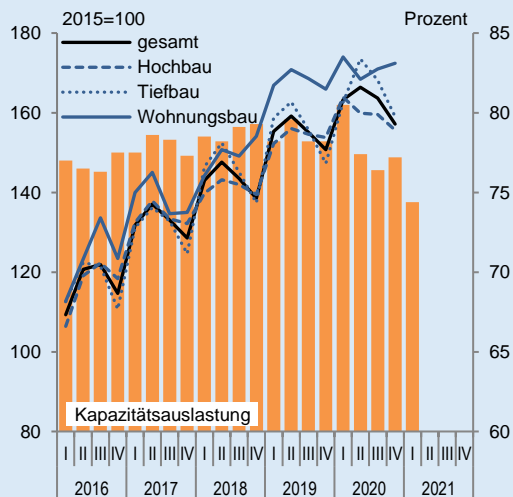
Abbildung 17:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 18:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): preisbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo, Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

weiteren Prognosezeitraum werden insbesondere die äußerst anregenden Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau – darunter die günstigen Finanzierungsbedingungen, der recht hohe Bedarf an neuem Wohnraum sowie die Erholung auf dem Arbeitsmarkt – zu hohen Zuwachsraten führen. Dies zeigt sich auch in den wieder deutlich aufwärts gerichteten Auftragseingängen und den hohen Auftragsbeständen (Abbildung 18). Auch die öffentlichen Investitionen dürften zunächst wieder kräftig anziehen, zumal zahlreiche bereits angestoßene Projekte noch der Umsetzung harren. Hier dürfte sich alsbald jedoch die deutlich verschlechterte Kassenlage insbesondere bei vielen Kommunen negativ bemerkbar machen, so dass die öffentlichen Investitionen im Verlauf des Jahres 2022 voraussichtlich nur noch wenig ausgeweitet werden. Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr wohl um 0,5 Prozent und im kommenden Jahr um 3,2 Prozent zulegen.

Sondereffekte prägen Verbraucherpreisinflation

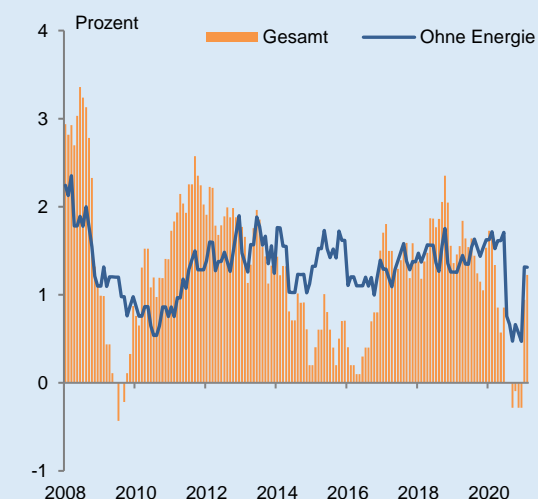
Der Ölpreis lässt das Corona-Tal hinter sich. Der Preis für ein Fass der Sorte Brent war im vergangenen Jahr zeitweilig unter 20 Dollar gefallen, inzwischen hat er mit knapp 70 Dollar aber seinen Vorkrisenwert überschritten. Der jüngste Preisanstieg dürfte dabei auch darauf zurückzuführen sein, dass im Kreise der OPEC-Länder jüngst noch einmal Förderbeschränkungen verkündet worden waren und dass im Zuge der veränderten Mehrheitsverhältnisse in der US-Politik unter Umständen die Schieferölproduktion in den Vereinigten Staaten zukünftig an Bedeutung verlieren wird.

Die Inflation wird aktuell durch Sondereffekte in die Höhe getrieben. Während der Verbraucherpreisindex (VPI) im Dezember mit 0,2 Prozent im Vormonatsvergleich noch eine moderate Zuwachsrate aufwies, schnellte er im Januar mit 1,3 Prozent dann so kräftig nach oben wie seit fast 30 Jahren nicht mehr (Abbildung 19). Dies lag insbesondere an den Sondereffekten, die sich vor allem in diesem Monat bemerkbar

machten (vgl. Fiedler und Kooths 2021). Noch stärker fiel der Umschwung beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) aus, dessen Veränderungsrate im Vormonatsvergleich über den Jahreswechsel von 0,1 auf 1,7 Prozent sprang. Für die Divergenz zwischen den beiden Inflationsmaßen ist vor allem die Neugewichtung des Warenkorbs beim HVPI, die sich aufgrund der in der Pandemie stark veränderten Ausgabenmuster ergaben, verantwortlich.² Dieser Effekt ist aber vorübergehender Natur und wird sich im späteren Jahresverlauf umkehren. Auch im Februar stiegen die Verbraucherpreise unter Einwirkung der Sondereffekte kräftig. Dies übersetzt sich in eine Vorjahresrate von zuletzt 1,2 Prozent, gegenüber -0,3 Prozent im Dezember. Maßgeblich für den Umschwung bei den Inflationsraten zu Jahresbeginn waren vor allem das Ende der temporären Mehrwertsteuersenkung sowie die zusätzliche CO₂-Besteuerung, die für sich genommen wohl für Preisanstiege im Vorperiodenvergleich von 1,2 bzw. 0,4 Prozent verantwortlich zeichnen. Im weiteren Verlauf dürften auch Basiseffekte vonseiten des Ölpreises sichtbar werden. Insgesamt erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg des VPI um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Unterjährig dürften die Inflationsraten sogar die 3-Prozent-Schwelle überschreiten. Im kommenden Jahr, für das nur noch geringe Sondereffekte eingestellt sind, dürfte die Teuerung dann auf 1,8 Prozent zurückgehen (Abbildung 20). Zusätzliche kurzfristige Impulse für die Preise könnten sich nach Ende der pandemiebedingten Beschränkungen in dem Maße ergeben, in dem die Haushalte ihre zusätzliche Ersparnis, die sie während der Shutdowns mangels Ausgabemöglichkeiten bildeten, dann allmählich für Konsumausgaben verwenden. In unserer Inflationsprognose ist ein Gesamteffekt von bis zu 0,5 Prozentpunkten für die Vormonatsraten im Verlauf des Prognosezeitraums angelegt. Sofern größere Teile der aufgestauten Kaufkraft kurzfristig verausgabt werden, könnte die Inflation deutlich stärker in die Höhe schießen.

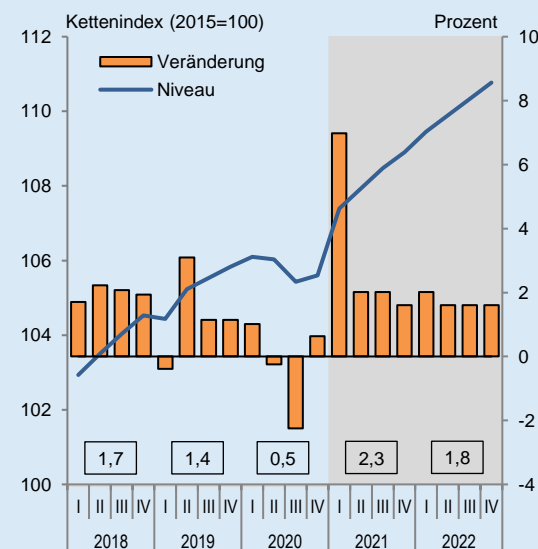
² Insbesondere ergibt sich ein Sondereffekt aufgrund des ausgeprägten Saisonmusters der Komponente Pauschalreisen und der Verkettung des HVPI, durch die (imputierte) Preisanstiege im Jahresverlauf bis

Abbildung 19:
Verbraucherpreise gesamt und ohne Energie



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vormonatsmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 20:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Dezember mit dem alten, höheren Gewicht, der Rückgang von Dezember auf Januar aber nur mit dem neuen, niedrigeren Gewicht eingerechnet werden (Deutsche Bundesbank 2021).

Effektivverdienste stark von Kurzarbeit beeinflusst

Die Tarifverdienstzuwächse bleiben zunächst verhalten. Die Tarifverhandlungen im vergangenen Jahr waren zwar geprägt von der tiefen Wirtschaftskrise. Viele Verträge stammten jedoch aus der Zeit davor, so dass die Tarifverdienste (laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) noch mit einer Rate von 2,1 Prozent zulegten, nach 2,9 Prozent im Jahr 2019 (Tabelle 8). Da die Tarifverträge aus der Vorkrisenzeit nach und nach auslaufen und durch Verträge mit niedrigeren Abschlussraten ersetzt werden, erwarten wir für das laufende Jahr einen weiteren Rückgang des Tarifverdienstanstiegs auf 1,7 Prozent. In einigen gewichtigen Bereichen ist bereits eine Verlangsamung angelegt, wie z.B. im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden, aber auch im öffentlichen Dienst der Länder, wo erst im Herbst 2021 neu verhandelt wird. Hinsichtlich der laufenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie gehen wir indes nicht von einer erneuten Nullrunde aus, sondern von einem Abschluss mit moderater Zuwachsrate, da die Industrie weitaus weniger von der zweiten Pandemiewelle betroffen ist als von der ersten. Das Wiederanziehen der wirtschaftlichen Aktivität im weiteren Verlauf des Jahres wird sich erst mit größerer Verzögerung bei den Tarifverdiensten widerspiegeln. Für das Jahr 2022 rechnen wir mit einer nur moderaten Beschleunigung des Tarifverdienstanstiegs auf 2,1 Prozent.

Der erneute Anstieg der Kurzarbeit verzögert die Erholung der Effektivverdienste. Nachdem die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im zweiten Quartal 2020 saison- und kalenderbereinigt um 4,6 Prozent gefallen waren, legten sie im dritten Quartal um 4,2 Prozent kräftig zu. Dieser Verlauf entspricht nahezu vollständig dem zeitlichen Muster der Inanspruchnahme der Kurzarbeit (Groll 2020). Im Schlussquartal 2020 stiegen die Effektivverdienste nur noch vergleichsweise wenig, da mit der erneuten Einführung von Shutdown-Maßnahmen der Abbau der Kurzarbeit zum Erliegen kam; im Monatsverlauf kam es ab November sogar zu einem erneuten Anstieg der Kurzarbeit. Für das Gesamtjahr 2020 ergibt sich für die Effektivverdienste eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr (-0,1 Prozent). Im

Tabelle 8:
Löhne und Produktivität

	2019	2020	2021	2022
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,2	1,7	2,1
Effektivlöhne	3,2	3,5	1,4	1,2
Lohndrift	0,3	1,4	-0,3	-0,9
Lohnkosten	3,3	4,1	0,8	1,2
Arbeitsproduktivität	0,0	-0,2	2,2	0,6
Lohnstückkosten	3,3	4,3	-1,3	0,6
Lohnstückkosten (real)	1,1	2,7	-2,7	-1,0
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,1	1,7	2,1
Effektivlöhne	2,9	-0,1	3,3	3,7
Lohndrift	0,0	-2,2	1,6	1,6
Lohnkosten	3,0	0,5	2,8	3,8
Arbeitsproduktivität	-0,3	-3,9	3,8	3,0
Lohnstückkosten	3,4	4,6	-1,0	0,6
Lohnstückkosten (real)	1,1	2,9	-2,3	-0,9

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Verlauf des ersten Quartals dürfte die Kurzarbeit weiter ausgeweitet worden sein. Zum einen zeigten im Januar Unternehmen bei den Arbeitsagenturen abermals mehr Kurzarbeit an als im Dezember, und auch laut monatlicher Konjunkturumfrage des ifo Instituts nahmen in den befragten Unternehmen sowohl die Zahl der Kurzarbeiter als auch der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter im Januar und Februar zu, wenngleich die Ausweitung im Vergleich zur ersten Welle im Frühjahr 2020 geringer ausfällt. Entsprechend dürften die Pro-Kopf-Effektivverdienste im ersten Quartal des laufenden Jahres wohl leicht gesunken sein. Mit Wiedereinsetzen der wirtschaftlichen Erholung ab dem zweiten Quartal wird die Kurzarbeit voraussichtlich wieder rasch sinken und die Effektivverdienste entsprechend dynamisch zulegen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Verdienste je Arbeitnehmer von 3,3 Prozent (2021) und 3,7 Prozent (2022).

Die realen Lohnstückkosten bilden sich rasch zurück. Da die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen deutlich sank, während die Lohnkosten je Arbeitnehmer sogar leicht stiegen, legten die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr mit 4,6 Prozent kräftig zu, und damit deutlich schneller als die heimische Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts). Nach bereits überdurchschnittlich hohen Anstiegen in den beiden vorangegangenen Jahren erreichten die realen Lohnstückkosten damit ein Niveau, das zuletzt Anfang der 2000er Jahre verzeichnet wurde (Abbildung 21). Im laufenden und im kommenden Jahr werden sie sich mit der Erholung der Arbeitsproduktivität allerdings wieder schnell zurückbilden und wohl nahe ihrem historischen Durchschnitt liegen.

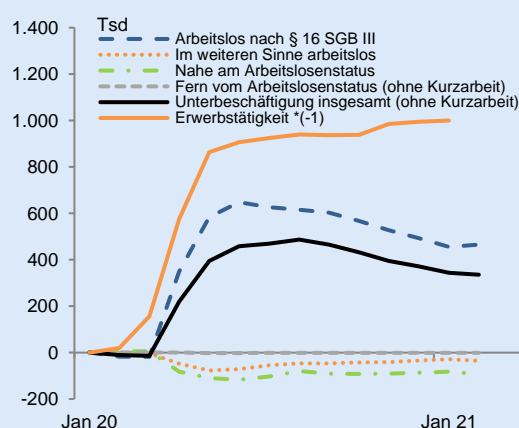


Erholung der Erwerbstätigkeit braucht Zeit

Die Erwerbstätigkeit hat sich bis zuletzt nicht von ihrem Einbruch im vergangenen Jahr erholt. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen zwischen März und Mai des vergangenen Jahres eingebrochen war, stieg sie nur ausgesprochen verhalten. Vor dem Hintergrund der erneuten Shutdown-Maßnahmen seit November

stagnierte sie bis einschließlich Januar (jüngster Wert). Berücksichtigt man, dass die Erwerbstätigkeit ohne Corona-Krise aller Voraussicht nach weiter zugelegt hätte, fand bislang keinerlei Erholung bei der Erwerbstätigkeit statt. Im Januar lag die Zahl der Erwerbstätigen um schätzungsweise eine Million (2,2 Prozent) unterhalb des Niveaus, das ohne Corona-Krise zu erwarten gewesen wäre (Abbildung 23). Die relativ am stärksten betroffene Gruppe sind die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten; diese haben mangels Sozialversicherungspflicht keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Nachdem sich ihre Zahl in den Sommermonaten teilweise erholt hatte, fiel sie seit November erneut und lag im Dezember (jüngster Wert) um schätzungsweise 300 000 Personen (6,6 Prozent) unterhalb des hypothetischen Niveaus ohne Corona-Krise. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung war von der ersten Corona-Welle aufgrund der massiven Ausweitung der Kurzarbeit mit einem Minus von in der Spitze 1,8 Prozent weitaus weniger stark von einem Stellenabbau betroffen. Von den Shutdown-Maßnahmen im Herbst zeigte sie sich zudem – zumindest bis einschließlich Dezember – vergleichsweise unbeeindruckt. Während im Frühjahr des

Abbildung 22:
Corona-Effekt auf Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung



Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung gegenüber Januar 2020, abzüglich durchschnittliche Vormonatsveränderung zwischen Januar und Dezember 2019; Erwerbstätigkeit: mit -1 multipliziert. Unterbeschäftigung insgesamt (ohne Kurzarbeit): Summe aus arbeitslos nach § 16 SGB III, im weiteren Sinne arbeitslos, nahe am Arbeitslosenstatus und fern vom Arbeitslosenstatus (ohne Kurzarbeit).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

vergangenen Jahres in fast allen Wirtschaftszweigen sozialversicherungspflichtige Stellen abgebaut wurden, war zum Jahresende nur das Gastgewerbe erneut betroffen; in vielen anderen Branchen wurden Stellen hingegen teils spürbar aufgebaut. Nichtsdestotrotz liegt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt mit schätzungsweise 510 000 Personen (1,5 Prozent) immer noch deutlich unterhalb des hypothetischen Niveaus ohne Corona-Krise.

Der Stellenabbau schlug sich nur teilweise in der registrierten Arbeitslosigkeit nieder.

Im Februar waren saisonbereinigt 2,75 Mill. Personen als arbeitslos registriert (Quote: 6,0 Prozent). Dies sind schätzungsweise 465 000 Arbeitslose mehr als ohne Corona-Krise (Abbildung 22). Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit ist somit nur knapp halb so hoch wie der gesamtwirtschaftliche Stellenverlust von schätzungsweise einer Million. Allerdings trug zum Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit bei, dass das Pandemiegeschehen die Durchführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie administrative Prozesse bei den Arbeitsagenturen beeinträchtigte.³ In der Folge wurden viele Personen neu als arbeitslos registriert, die zuvor bereits de facto arbeitslos waren. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist durch diese Sondereffekte somit überzeichnet, und die Diskrepanz zwischen dem Rückgang der Erwerbstätigkeit und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit noch größer. Ein Grund, warum sich der gesamtwirtschaftliche Stellenverlust nur zu einem Teil in der Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hat, dürfte sein, dass mit den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten und den Selbständigen viele Personen betroffenen sind, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld aus dem Versicherungssystem und vielfach keinen Anspruch auf Grundsicherung mangels Bedürftigkeit haben. Darüber hinaus zogen laut monatlicher Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamts zwischen Januar und November per Saldo knapp 90 000 Personen weniger

nach Deutschland als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, was für sich genommen das Erwerbspersonenpotenzial verringerte. Auch dürfte die inländische Erwerbsbeteiligung aufgrund der verschlechterten Lage am Arbeitsmarkt einen Dämpfer erlitten haben.

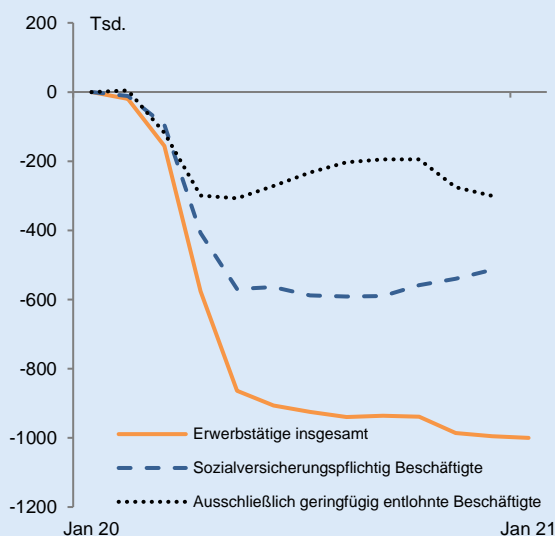
Die Arbeitszeit je Arbeitnehmer wurde zuletzt insbesondere durch pandemiebedingte Arbeitsausfälle gedämpft.

Nach ihrem Rekordhoch von knapp 6 Mill. Personen sank die Zahl der Kurzarbeiter zwischenzeitlich auf 2 Mill. im Oktober. Nachdem im November vor dem Hintergrund stark steigender Neuinfektionen erneut Shutdown-Maßnahmen ergriffen wurden, stieg die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Mill. im Dezember (jüngster Wert). Nach Schätzungen des ifo Instituts legte sie im Januar und Februar weiter zu auf 2,8 Mill. Personen. Darüber hinaus nahm der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter von 38 Prozent im Oktober auf zuletzt über 50 Prozent erneut zu. Das durch Kurzarbeit ausgefallene Arbeitsvolumen war zuletzt nichtsdestotrotz nur halb so hoch wie im Frühjahr des vergangenen Jahres. Obwohl es im Durchschnitt des vierten Quartals ungefähr auf demselben Niveau lag wie im dritten Quartal, sank die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum saison- und kalenderbereinigt mit 2,2 Prozent recht deutlich. Dies dürfte maßgeblich auf einen erhöhten Krankenstand sowie ausgefallene Arbeitszeit infolge von Quarantäne, Schul- und Kitaschließungen zurückzuführen sein (IAB-Arbeitszeitrechnung, Wanger und Weber 2021). Während im ersten Quartal der krankheits- und quarantänebedingte Arbeitsausfall aufgrund der gesunkenen Infektionszahlen an Bedeutung verloren haben dürfte, dürften die Schul- und Kitaschließungen zu weiteren Arbeitsausfällen geführt haben. In Verbindung mit einer gestiegenen Kurzarbeit gehen wir daher von einem erneuten Rückgang der Arbeitszeit im ersten Quartal aus.

³ Ein Teil des erhöhten Niveaus der registrierten Arbeitslosigkeit ist weiterhin darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Kontaktbeschränkungen der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik deutlich zurückgefahren wurde; für die Dauer der Maßnahme sind die Teilnehmer nicht als arbeitslos registriert. Darüber

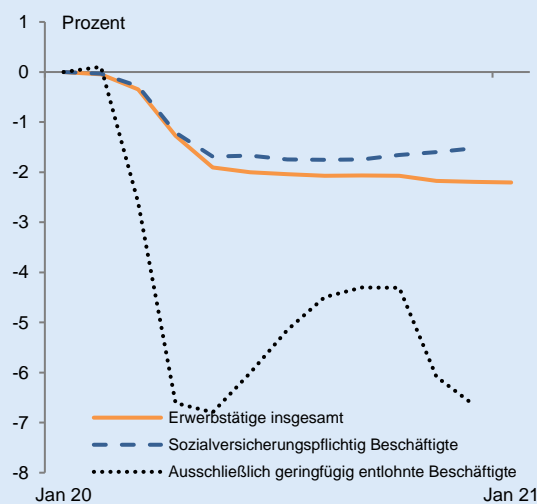
hinaus kam es aufgrund einer geringeren Kontaktdichte von Vermittlern zu sogenannten Bestandsarbeitslosen zu weniger Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit wegen mangelnder Verfügbarkeit, Arbeitsunfähigkeit und fehlender Mitwirkung.

Abbildung 23:
Corona-Effekt auf Erwerbstätigkeit



Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung gegenüber Januar 2020, abzüglich durchschnittliche Vormonatsveränderung zwischen Januar und Dezember 2019.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.



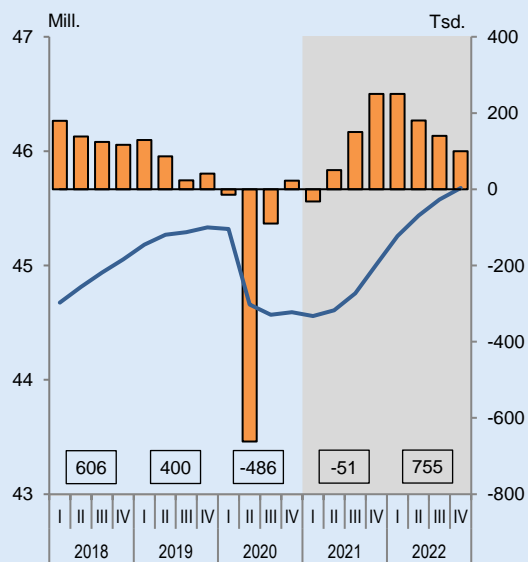
Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung gegenüber Januar 2020 in Prozent, abzüglich durchschnittliche Vormonatsveränderung zwischen Januar und Dezember 2019 in Prozent.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

Die Erwerbstätigkeit wird sich vorerst nur langsam erholen. Für das erste Quartal rechnen wir mit einem leichten Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen. Angesichts der Shutdown-Maßnahmen wird die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sowie die der Selbständigen voraussichtlich weiter abnehmen, und der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung dürfte vorübergehend an Tempo verlieren. So hat sich laut ifo Beschäftigungsbarometer die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen insbesondere im Dienstleistungsbereich seit November wieder eingetrübt. Die im zweiten Quartal wiedereinsetzende wirtschaftliche Erholung wird zunächst über einen Anstieg der Arbeitszeit realisiert werden, in dem die Kurzarbeit und pandemiebedingte Arbeitsausfälle sinken werden. Gegen Ende des Jahres dürfte dann auch die Erholung der Erwerbstätigkeit an Fahrt gewinnen (Abbildung 24). Im Jahresdurchschnitt 2021 verbleibt allerdings wohl ein leichtes Minus gegenüber dem Vorjahr von 50 000 Erwerbstätigen, nach dem Einbruch von 490 000 im Jahr 2020. Für das Jahr 2022 ergibt sich hingegen ein Anstieg von 750 000 Erwerbstätigen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im zweiten Quartal stagnieren, nach einem Rückgang im ersten Quartal

(Abbildung 25). Mit der Erholung der Erwerbstätigkeit wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2021 mit 5,9 Prozent noch auf demselben Niveau liegen wie im Vorjahr. Im Jahr 2022 sinkt sie unserer Prognose zufolge dann auf 5,3 Prozent (Tabelle 9).

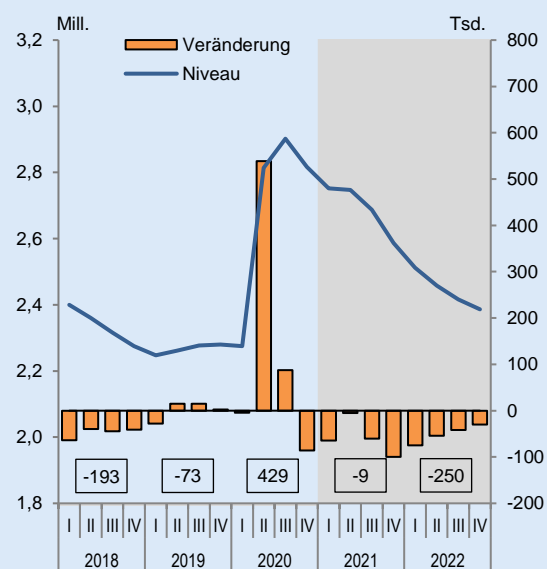
Abbildung 24:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 25:
Arbeitslose



Quartalsdaten: Saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 9:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2018	2019	2020	2021	2022
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.229	62.596	59.636	60.479	63.007
Erwerbstätige (Inland)	44.868	45.268	44.782	44.731	45.486
Selbständige	4.224	4.152	3.998	3.832	3.865
Arbeitnehmer (Inland)	40.645	41.117	40.784	40.899	41.621
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.964	33.518	33.578	33.876	34.408
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.671	4.579	4.288	4.157	4.346
Pendlersaldo	142	146	106	119	145
Erwerbstätige (Inländer)	44.727	45.123	44.677	44.612	45.341
Arbeitnehmer (Inländer)	40.503	40.971	40.679	40.780	41.476
Registrierte Arbeitslose	2.340	2.267	2.695	2.687	2.436
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,2	5,0	5,9	5,9	5,3
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,2	2,9	4,0	4,2	3,5

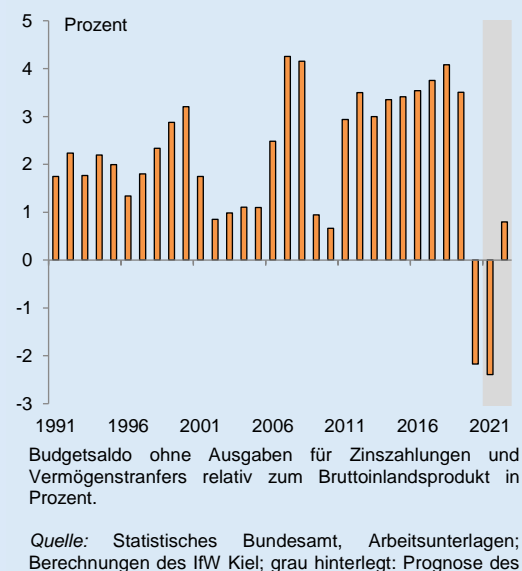
Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 12; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Strukturelle Budgetdefizite auch nach Ende der Corona-Krise

Der Primärsaldo ohne geleistete Vermögens-transfers wies im Jahr 2020 relativ zur Wirtschaftsleistung das erste Defizit seit der Wiedervereinigung auf. Das Budgetdefizit, wie auch das Primärdefizit lagen in den Jahren 1995 und 2010 höher. Allerdings waren beide Jahre durch die Übernahme der Treuhandanstalt bzw. maroder Banken durch den Staat durch Einmal-effekte, die bei den geleisteten Vermögenstran-sfers unterstellt wurden, belastet. Werden Zins-ausgaben und Vermögenstransfers außenvor gelassen, wird deutlich, wie außergewöhnlich das Jahr 2020 war (Abbildung 26). Selbst wenn die pandemiebedingten Unternehmenshilfen zu den Vermögenstransfers gezählt würden, wäre das Jahr 2020 in der gesamtdeutschen Historie das einzige mit einem negativen Wert für den modifizierten Budgetsaldo. Neben dem durch den Konjunkturereinbruch und temporären Steuer-senkungen bewirkten Rückgang der Staatsein-nahmen waren deutliche Zunahmen bei monetären Sozialleistungen (Kurzarbeit), Subventionen (Unternehmenshilfen) und den Vorleistungskäu-fen (Unterstützung von Krankenhäusern in der Pandemie und weitere Gesundheitsausgaben) maßgeblich für dieses Ergebnis. Insgesamt lag das Defizit bei knapp 140 Mrd. Euro (4,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Der Brut-toschuldenstand nahm deutlich stärker zu als durch die Finanzierung des Budgetdefizits al-leine. So lag zum einen die Nettokreditaufnahme von Bund und Länder höher als die in der Finanz-statistik ausgewiesenen Defizite des Finanzie-rungssaldos – wohl auch um Liquiditätsreserven aufzubauen – und zum anderen hat der Privat-sektor im Zuge der Corona-Maßnahmen Kredite der staatlichen Förderbanken im Jahr 2020 in deutlich höherem Ausmaß in Anspruch genom-men als in den Vorjahren. Die Finanzierung die-ser Kredite wird dem Bruttoschuldenstand des Staates zugeordnet. Das Jahr 2020 dürfte mit ei-nem Bruttoschuldenstand von knapp 2,4 Bill. Euro (71 Prozent in Relation zum Bruttoinlands-produkt) abgeschlossen haben.

Abbildung 26:
Modifizierter Budgetsaldo



Im Jahr 2021 werden die Ausgaben des Staates kräftig anziehen, wenn auch mit geringem Tempo als im Vorjahr. Die Vorleistungskäufe sind im Jahr 2020 bereits deutlich in die Höhe geschossen (+11 Prozent) und steigen im Jahr 2021 nochmals an, da zum einen Unterstützungszahlungen an Krankenhäuser zumindest im laufenden Halbjahr andauern und zum anderen zusätzliche Ausgaben für die Impfkampagne (Aufbau von Impfzentren) anstehen. Zudem verteuert der Anstieg der Mehrwertsteuersätze die Käufe des Staates. Zu einem deutlichen Plus kommt es auch bei den sozialen Sachleistungen, da hier die Ausgaben für Impfstoffe und Corona-Tests auflaufen werden. Zugleich dürfte sich die Bereitstellung regulärer medizinischer Leistungen wie Krankenhausbehandlungen oder Kuren normalisieren und die damit verbundenen Ausgaben im Verlauf steigen. Die monetären Sozialleistungen werden trotz der Einführung der Grundrente und der Kindergelderhöhung eher verhalten zulegen, da im Jahresdurchschnitt die Zahl der Kurzarbeiter sinkt und die Rentner im Westen zur Mitte des Jahres vor einer Nullrunde stehen. Die Subventionen dürften mit zweistelligen Raten zulegen, da zum einen die pandemiebedingten Unternehmenshilfen weiter zulegen und zum anderen ein Anstieg der EEG-Umlage durch Zahlungen des Staates verhindert wird. Die Arbeitnehmerentgelte steigen etwas

langsamer als im Vorjahr, weil sich die Dynamik der Tarife verringert hat. Vorerst dürfte der Aufbau von Beschäftigung beim Staat aber fortgesetzt werden. Die Ausgaben für laufende Transfers werden wohl kräftig steigen, da die Beiträge zur EU merklich anziehen. Ein deutliches Plus dürfte es auch bei den Vermögenstransfers geben, da zahlreiche Ausgaben, die im Rahmen des „Zukunftspakets“ oder von erheblichen Rücklagen aufweisenden Energie- und Klimafonds getätigt werden, im System der VGR als Investitionszuschüsse gezählt werden dürften. Zusätzliche Zahlungen für den Ausbau des Schienennetzes und den Strukturwandel in der Autoindustrie dürften sich ebenfalls hier zeigen. Die Investitionen des Staates werden hingegen wohl nur stagnieren, was dem witterungsbedingt schwachen Jahresauftakt bei den öffentlichen Bauinvestitionen und den starken Schwankungen unterliegenden Ausrüstungsinvestitionen geschuldet sein dürfte. Die Zinsausgaben (geleistete Vermögenseinkommen) sind weiter rückläufig. Insgesamt steigen die Ausgaben auf 1793 Mrd. Euro. Die Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt bleiben damit in etwa konstant auf einem Rekordwert von etwa 51 Prozent (Tabelle 10).

Die Einnahmen des Staates steigen im Jahr 2021 mit der konjunkturellen Belebung spürbar. Insbesondere die Steuereinnahmen werden im Jahresverlauf von der konjunkturellen Belebung profitieren. Der Einfluss von Rechtsänderungen hält sich hingegen nahezu die Waage. Der Wiederanstieg der Umsatzsteuer inklusive des Effekts, der mit der Verschiebung des Zahltermins der Einfuhrumsatzsteuer zusammenhängt, dominiert zwar; doch wurden zum 1. Januar der Solidaritätszuschlag für einen weiten Teil der Steuerpflichtigen abgeschafft und der Einkommensteuertarif gesenkt. Die Beitragseinnahmen steigen mit der Erholung am Arbeitsmarkt deutlich. Zudem haben viele gesetzliche Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge angehoben. Insgesamt fällt der Anstieg geringer aus als der des nominalen Bruttoinlandsprodukts, da zwar die Beiträge aus regulärer Beschäftigung ähnlich kräftig zulegen, aber die aus Kurzarbeit sinken. Die sonstigen Einnahmen des Staates steigen ebenfalls schwächer als das Bruttoinlandsprodukt. Zwar dürften die Mauteinnahmen und diverse Einnahmen aus Gebühren mit dem

Auslaufen der pandemiebedingten Beschränkungen deutlich steigen (Schanklizenzen, Kosten für Reisepässe etc.), doch entfällt der Bundesbankgewinn im laufenden und wohl auch im kommenden Jahr. Insgesamt dürften die Einnahmen um 4 ½ Prozent auf 1631 Mrd. Euro steigen, was 46,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht. Das Budgetdefizit wird im Jahr 2021 nochmal höher ausfallen als im Jahr zuvor und sich wohl auf 163 Mrd. Euro belaufen (4,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Im Jahr 2022 dürften die Ausgaben des Staates das erste Mal seit dem Jahr 2011 sinken.

Maßgeblich ist vor allem das deutliche Minus bei den Subventionen, auch wenn diese wohl deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen werden. Zudem rechnen wir mit einem kräftigen Rückgang der Ausgaben zur Pandemiebekämpfung, so dass die Vorleistungskäufe ebenfalls sinken. Bei den sozialen Sachleistungen gehen wir allerdings von einem moderaten Anstieg aus, da die Minderausgaben bei Impfungen und Tests durch Mehrausgaben in den übrigen Gesundheits- und Pflegebereichen überkompensiert werden. Durch den Wegfall der epidemischen Situation dürfte die Nachfrage nach Krankenhaus- und Arztbesuchen wieder deutlich zulegen. Einen schwachen Anstieg der Ausgaben wird es angesichts der jüngsten Tarifverhandlungsergebnisse wohl bei den Arbeitnehmerentgelten geben. Ebenso rechnen wir bei den sonstigen Übertragungen angesichts der derzeitigen Planungen der EU-Beitragszahlungen nur mit einem geringen Plus. Ebenfalls schwach dürfte der Anstieg bei den monetären Sozialleistungen angesichts des weiteren Abbaus der Kurzarbeit, des Wegfalls des Kinderbonus und dem Nachhall der schwachen Rentenanpassung in der Mitte des Vorjahrs sein. Deutlich zulegen dürften die Investitionen des Staates sowie die Vermögensübertragungen. Investive Ausgaben dürften von den Vorgaben des „Zukunftspakets“ über mehrere Jahre profitieren. Die Zinsausgaben werden infolge negativer Renditen auf neu begebene Bundeswertpapiere über nahezu alle Laufzeiten weiter deutlich sinken. Insgesamt rechnen wir mit einem leichten Rückgang der Staatsausgaben auf 1786 Mrd. Euro (47,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Tabelle 10:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2018	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	1.553,8	1.610,6	1.563,0	1.630,7	1.736,7
➤ <i>relativ zum BIP</i>	46,3	46,7	46,9	46,4	46,5
Steuern	801,2	827,1	773,4	814,4	869,1
➤ <i>relativ zum BIP</i>	23,9	24,0	23,2	23,2	23,3
Sozialbeiträge	572,6	597,5	607,9	627,6	664,0
➤ <i>relativ zum BIP</i>	17,1	17,3	18,2	17,9	17,8
Sonstige Einnahmen	180,1	186,0	181,7	188,8	203,6
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,4	5,4	5,5	5,4	5,4
Ausgaben	1.492,2	1.558,1	1.702,6	1.793,4	1.785,6
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,5	45,2	51,1	51,0	47,8
Arbeitnehmerentgelt	259,6	271,5	283,4	294,3	302,3
Vorleistungen	173,4	181,9	202,6	209,9	204,5
Soziale Sachleistungen	285,7	300,4	311,8	332,3	343,3
Bruttoinvestitionen	78,7	86,2	92,5	93,0	98,5
Geleistete Vermögenseinkommen	31,1	27,5	21,8	19,2	17,6
Monetäre Sozialleistungen	520,3	545,4	593,1	609,9	616,5
Subventionen	29,5	30,8	69,8	85,2	45,8
Sonstige laufende Übertragungen	70,8	74,2	83,0	92,6	94,7
Vermögensübertragungen	44,1	41,0	45,4	57,8	63,2
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,2	-1,2	-1,2
Finanzierungssaldo	61,6	52,5	-139,6	-162,7	-48,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	1,8	1,5	-4,2	-4,6	-1,3
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1011,4	1044,5	998,0	1046,4	1117,1
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.010,3	1.043,4	996,8	1.045,3	1.115,9
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	965,8	1.000,7	1.103,8	1.177,6	1.157,1
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	847,5	878,0	962,5	1.024,5	1.010,5
Transfers an die Sozialversicherung	118,3	122,7	141,3	153,1	146,5
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	45,6	43,8	-105,9	-131,2	-40,0
Einnahmen der Sozialversicherung	661,9	690,0	717,6	748,0	776,8
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	543,6	567,2	576,3	594,9	630,2
Ausgaben der Sozialversicherung	645,9	681,3	751,3	779,5	785,6
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	644,7	680,2	750,2	778,4	784,5
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	16,0	8,7	-33,7	-31,5	-8,8

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

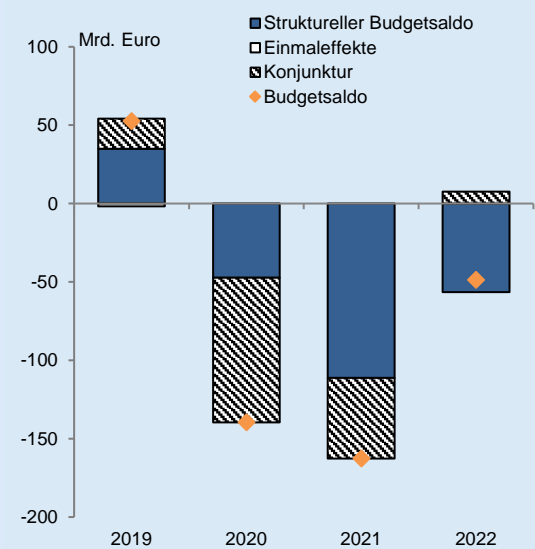
Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des Ifw Kiel; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Im kommenden Jahr werden die Staatseinnahmen kräftig zulegen. Die Steuereinnahmen dürften stark mit 6 ½ Prozent zulegen. Insbesondere bei den Unternehmenssteuern ist nach zwei schwachen Jahren mit einem Spurt zu rechnen. Die Sozialbeiträge nehmen mit den Bruttolöhnen und -gehältern deutlich zu. Ein sehr ausgeprägtes Plus dürfte es bei den sonstigen Einnahmen des Staates geben, da wir hier mit erstmals nennenswerten Zahlungen aus der ARF der EU rechnen. Insgesamt dürften die Einnahmen mit über 6 Prozent auf 1737 Mrd. Euro steigen. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt bleiben sie ähnlich hoch wie im Vorjahr. Das Budgetdefizit sinkt wohl deutlich auf 49 Mrd. Euro (1,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Das strukturelle Budgetdefizit nimmt im Jahr 2021 weiter zu und verbleibt 2022 auf deutlich höherem Niveau als vor der Krise. Da sich die konjunkturelle Lage im Jahr 2021 bessert, zugleich aber das Budgetdefizit weiter zunimmt, steigt das strukturelle Defizit von 1,4 auf 3,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 27). Der Anstieg fällt stärker aus als die in den Budgetwirkungen der identifizierten finanzpolitischen Maßnahmen implizieren, da sich im laufenden Jahr die Besserung der konjunkturellen Situation nicht so zügig in das Steuer- und Transfersystem übersetzt. Im Jahr 2022 dürfte das strukturelle Defizit deutlich entsprechend des Restriktionsgrads der finanzpolitischen Maßnahmen sinken. Es bleibt allerdings über der im

Fiskalpakt der EU aufgestellten Zielgröße von 0,5 Prozent, und zudem gab es im wiedervereinigten Deutschland keine Dreijahresphase mit so ausgeprägten strukturellen Defiziten wie in den Jahren 2020 bis 2022.

Abbildung 27:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Mit dem Programm „Next Generation EU“ ist der Bund Verbindlichkeiten eingegangen, die nicht im Bruttoschuldenstand abgebildet werden.⁴ In Preisen von 2018 hat das gesamte Programm ein Volumen von 750 Mrd. Euro. Die Auszahlungen erfolgen bis einschließlich 2026. Berücksichtigt man Preissteigerungen bis dahin, dürfte das Gesamtvolumen etwa 820 Mrd. Euro ausmachen, von denen ca. 430 Mrd. als Zuschüsse gewährt werden (Heinemann 2020, BT-Anhörung). Der andere Teil wird in Form von Darlehen an Mitgliedsländer ausgereicht, die die Empfänger zurückzahlen müssen. Der deutsche Anteil bei der Finanzierung des EU-Haushalts macht etwa 20 Prozent aus. Entsprechend beläuft sich der deutsche Anteil bei Haftung bzw.

⁴ Im sogenannten Maastricht-Schuldenstand, der hier berichtet und prognostiziert wird, sind typischerweise keine Verbindlichkeiten von eigenständigen Europäischen Organisationen bzw. ein möglicher deutscher Anteil abgebildet. Eine Ausnahme bilden die Schulden der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), da diese nicht hinreichend autonom organisiert ist. Die Schuldtitel der EFSF werden anteilig dem

Finanzierung des EU-Programms auf gut 160 Mrd. bzw. 85 Mrd. Euro, was nach Abschluss der Auszahlungsphase und vollständiger Umsetzung des Programms etwa 4 ¼ Prozent bzw. 2 ¼ Prozent relativ zum Bruttoinlandsprodukt sein dürften. Die zu tilgenden 85 Mrd. Euro werden sich in den Jahren 2028 bis 2058 in höheren EU-Beiträgen niederschlagen (knapp 3 Mrd. Euro pro Jahr). Die Zinsen für die Schuldenaufnahme der EU werden im Übrigen aus dem allgemeinen EU-Haushalt geleistet. Den absehbaren Belastungen von 85 Mrd. Euro in der Phase der Jahre 2028 bis 2058 stehen Zahlungseingänge in den Jahren 2021 bis 2026 von geschätzt 24 Mrd. Euro in Preisen des Jahres 2018 bzw. von etwa 26 Mrd. Euro in laufenden Preisen gegenüber.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die Unsicherheit über den Pandemieverlauf ist weiterhin der wichtigste Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Der in dieser Prognose abgebildete zweite Anlauf der gesamtwirtschaftlichen Erholung hängt maßgeblich davon ab, dass die Pandemie eingedämmt wird und in der Folge die Infektionsschutzmaßnahmen im Verlauf des Sommerhalbjahres auslaufen. Diese Setzung stützt sich vor allem auf den Fortgang der Impfkampagne. Sollten sich dabei größere Abweichungen ergeben – z. B. durch Lieferengpässe bei der Impfstoffversorgung oder Komplikationen mit Blick auf Wirksamkeit oder Nebenwirkungen – würde voraussichtlich wieder zu Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gegriffen, die die kontaktintensiven Branchen länger beeinträchtigen. Im Ergebnis käme die Erholung abermals aus dem Tritt. Sollte hingegen die Eindämmung der Pandemie durch Impfung und vermehrtes Testen reibungsloser vorstatten gehen als hier unterstellt, könnte die Wertschöpfung in den konsumnahen Wirtschaftsbereichen früher und kräftiger anziehen.

Bruttoschuldenstand Deutschlands zugerechnet. Wegen der größeren rechtlichen Eigenständigkeit gilt dies zum Beispiel für den Nachfolger der EFSF den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ESM) nicht. Dafür hat Deutschland allerdings eine Kapitaleinlage geleistet. Erst wenn das Eigenkapital des ESM aufgebraucht wäre, würde die Haftungsfrage relevant werden.

Es ist unklar, ob in den kontaktintensiven Branchen eine Insolvenzwelle bevorsteht, woraus angebotsseitige Risiken für den Erholungsprozess resultieren. Obwohl Vertreter der betroffenen Branchen zunehmend vor der Gefahr von Insolvenzen und Geschäftsaufgaben warnen, gibt die amtliche Insolvenzstatistik bislang keinerlei Hinweise auf eine pandemiebedingte Insolvenzwelle. Im Gegenteil sind die Insolvenzzahlen im bisherigen Verlauf der Krise stark rückläufig (monatliche Daten liegen bis einschließlich November 2020 vor), was vor allem der zwischenzeitlich ausgesetzten Insolvenzantragspflicht geschuldet sein dürfte. Die tatsächliche Lage der von Geschäftsbehinderungen betroffenen Unternehmen dürfte daher brisanter sein, als es die Insolvenzstatistik suggeriert. Dies gilt umso mehr, als die Infektionsschutzmaßnahmen vor allem solche Branchen treffen, die gewöhnlich keine ausgeprägten Schwankungen in ihrer Geschäftstätigkeit erfahren und daher eher geringere Eigenkapitalpuffer aufgebaut haben dürften. Käme es noch zu einer größeren Welle von Insolvenzen bzw. Geschäftsaufgaben in diesen vulnerablen Branchen, würde dies den Erholungsprozess angebotsseitig behindern und die wiederanziehende Nachfrage größere Preis- und geringere Mengeneffekte zur Folge haben als in dieser Prognose unterstellt.

Das größte Aufwärtsrisiko – sowohl für die konjunkturelle Entwicklung als auch für die Verbraucherpreisinflation – besteht in der bei den privaten Haushalten aufgestauten Kaufkraft. Gemäß der vorliegenden Prognose sparen die privaten Haushalte in den Jahren 2020 und 2021 zusammengenommen fast 230 Mrd. Euro mehr als sie es entsprechend ihrem Ausgabenverhalten aus der Zeit vor der Krise getan hätten – dies entspricht rund 12 Prozent der jährlichen Konsumausgaben aus dem Vorkrisenjahr 2019. Im Wesentlichen schlägt sich hierin nieder, dass viele Konsumgelegenheiten infolge von Infektionsschutzmaßnahmen zwischenzeitlich nicht bestanden bzw. als zu riskant wahrgenommen wurden. Wir unterstellen in Form einer vorsichtigen Setzung, dass die privaten Haushalte nur einen kleinen Teil (16 Mrd. Euro) der während der Pandemiezeit zusätzlich gebildeten Ersparnis hauptsächlich in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums für nachholende Käufe auflösen. Sollten die Konsumenten auf einen deutlich

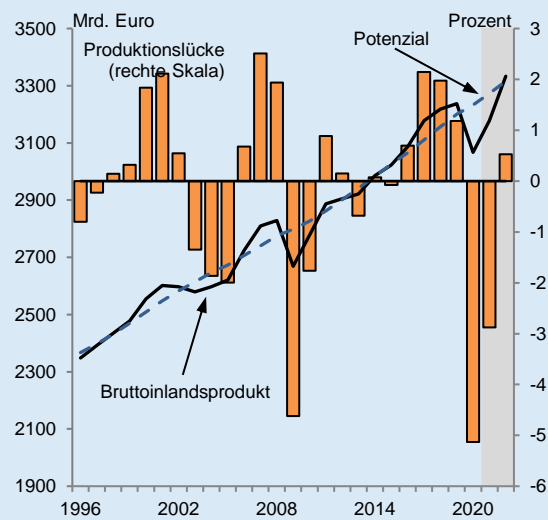
größeren Teil davon zurückgreifen, würden die nominalen Konsumausgaben noch stärker zulegen als in dieser Prognose unterstellt. Da die konsumnahen Wirtschaftsbereiche allein schon dadurch deutlich angeregt werden, dass die privaten Haushalte zum früheren Sparverhalten zurückkehren, normalisiert sich dort die Kapazitätsauslastung. Zusätzliche Nachfrage durch den verstärkten Abbau zuvor aufgestauter Kaufkraft würde dann vor allem in den Dienstleistungsbereichen zu einem stärkeren Preisauftrieb führen.

Der Erholungsprozess in Deutschland bedarf keiner Hilfe durch ein Konjunkturprogramm.

Die deutsche Wirtschaft findet ausweislich der dieser Prognose zugrundeliegenden Potenzialschätzung (Ademmer et al. 2021b) bereits im kommenden Jahr zur Normalauslastung zurück (Abbildung 28). Während die industrielle Aktivität in Deutschland vor allem durch das außenwirtschaftliche Umfeld angeregt wird, rührt die erwartete Expansion der bislang noch darbenen konsumnahen Dienstleistungsbereiche daher, dass die Infektionsschutzmaßnahmen nach und nach entfallen. Kaufkraft zum Ausschöpfen der dort bestehenden Kapazitäten ist nicht zuletzt infolge der automatischen Stabilisatoren ausreichend vorhanden, und die allermeisten kontaktintensiven Dienstleistungen, die vor der Krise marktfähig waren, sind bei den Verbrauchern weiterhin begehrt. So hat das sprunghafte Anziehen der Konsumausgaben ab Mai des vergangenen Jahres deutlich gemacht, wie schnell die Expansionskräfte nach einer Unterbrechung der Konsumaktivität anspringen, sobald die Bremsen gelockert werden. Das in den Vereinigten Staaten aufgelegte Fiskalprogramm ist für Deutschland kein Vorbild, weil die hierzulande sehr wirksamen automatischen Stabilisatoren dort wesentlich schwächer ausgeprägt sind und daher mehr diskretionäres Handeln erfordern. Unabhängig davon ist der Umfang dieses Programms auch für die dortigen Verhältnisse überdimensioniert.

Ein branchenübergreifender Ausgleich der pandemiebedingten Lasten steht weiterhin aus; bereits die Ankündigung einer adäquaten Schlussabrechnung hätte potenzialschonende Wirkung. Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen haben die Unternehmen je nach Geschäftsmodell sehr unterschiedlich betroffen. Je stärker der

Abbildung 28:
Potenzial und Produktion



Jahresdaten; Bruttoinlandsprodukt, Potential: preisbereinigt (verkettete Volumenwerte, Referenzjahr 2015).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose.

Bezug zu kontaktintensiver Aktivität, desto größer waren typischerweise die pandemiebedingten Verluste. Die verschiedenen Corona-Hilfsprogramme für die Unternehmen (Soforthilfen, Überbrückungshilfen I-III, November-/Dezemberhilfen, Neustarthilfe) haben diese Unwucht nur unzureichend ausgleichen können, zum Teil wurden sie aufgrund ihrer bürokratischen Ausgestaltung kaum abgerufen. So sind als Überbrückungshilfe über alle, mehrfach ausgeweiteten Programme hinweg bislang kaum mehr als 4 Mrd. Euro gewährt worden. Kritikwürdig ist bei den bisherigen Programmen vor allem die Bezugsgröße, nach der sich die Höhe der Zuschüsse richtet. Statt auf den pandemiebedingten Einbruch der Betriebsergebnisse abzustellen, wie es das Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen vorsieht (Felbermayr und Kooths 2020), wurden Zuschüsse bislang pauschal, anteilig auf bestimmte Fixkostenkomponenten oder als Umsatzerersatz gewährt. Die bereitgestellten Liquiditätshilfen (zu denen auch der ausgeweitete steuerliche Verlustrücktrag zählt) sind zwar ein wichtiges stabilisierungspolitisches Instrument, aber sie kompensieren nicht die ungleiche Erosion des Eigenkapitals. Die Pandemiebekämpfung stellt ein gesamtwirtschaftliches Ziel dar und sollte daher auch von der Allgemeinheit nach den für die Besteuerung

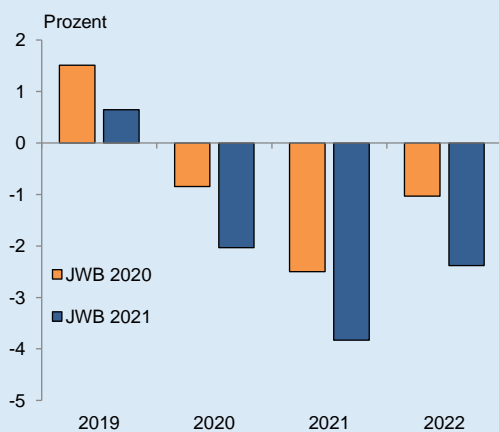
maßgeblichen Kriterien getragen werden. Neben Aspekten der fairen Lastverteilung ist ein sachgerechter Lastenausgleich auch aus stabilisierungspolitischer Sicht sinnvoll. Denn so würde verhindert, dass Unternehmen mit marktfähigen Geschäftsmodellen infolge der pandemiebedingten Eigenkapitalerosion oder einer daraus resultierenden Liquiditätslücke infolge geringerer Kreditwürdigkeit aufgegeben werden und so das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial Schaden nimmt. Bereits die Ankündigung eines branchenübergreifenden Ausgleichsmechanismus (vorzugsweise nach dem Kieler Modell) würde die Kreditwürdigkeit der Unternehmen stärken und den kreditgebenden Banken die Planung erleichtern. Im Ergebnis würde so bereits die Ankündigung das Risiko einer Insolvenzwelle unter den von den Pandemiefolgen besonders betroffenen Unternehmen mindern. Diese werden aber gebraucht, um den Erholungsprozess zu tragen.

Um das fiskalische Regelwerk EU-weit ohne übermäßigen Konsolidierungsdruck wieder in Kraft setzen zu können, bietet sich eine temporäre Modifikation des Konjunkturbereinigungsverfahrens an. Das Wiedereinsetzen der EU-Fiskalregeln, die für die Jahre 2020 und 2021 mit Rückgriff auf die Ausweichklausel ausgesetzt wurden, kann in den Ländern, bei denen sich infolge der Corona-Krise eine stärkere Revision der Potenzialschätzung ergibt, einen kurzfristig unnötig starken Konsolidierungsstress erzeugen. Gleichzeitig ist aber in diesen Ländern eine Aussetzung der Schuldenregel über das Jahr 2021 hinaus angesichts der konjunkturellen Erholung nicht zu begründen. Entschärfen ließe sich dieses Problem, indem die tendenziell prozyklische Anpassung der Potenzialschätzung – und damit das Konjunkturbereinigungsverfahren – temporär modifiziert wird. Hierzu schlägt das IfW Kiel vor, auf die tendenziell höheren Potenzialschätzungen aus der unmittelbaren Vorkrisenzeit zurückzugreifen, sofern zuvor von der Ausweichregel Gebrauch gemacht wurde (Gern et al. 2020). Diese lassen mehr Spielraum für konjunkturelles Gegensteuern und würden so den akuten Konsolidierungsdruck mindern. Da die Auswirkung der Pandemie auf das Produktionspotenzial unklar ist und die interruptive Natur des Corona-Schocks dafür spricht, dass zuvor marktfähige Produktionsstrukturen nicht in großem Stil

obsolet geworden sind, ist eine solche Vorgehensweise ökonomisch begründbar. Offizielle Potenzialschätzungen liegen aus der Vorkrisenzeit nur bis zum Jahr 2024 vor. Darin liegt kein Nachteil. Dieser Übergangszeitraum reicht aus, um finanzpolitisch auf die neue Lage zu reagieren. Ein darüber hinausgehendes Aufschieben der Konsolidierung wäre nicht ratsam. Denn sollten sich die laufenden Potenzialschätzungen bis dahin (trotz zwischenzeitlich höherer fiskalischer Spielräume) nicht wieder der Vorkrisenschätzung angenähert haben, müsste die Finanzpolitik ohnehin auf das dann dauerhaft niedrigere Potenzialniveau reagieren und hätte auch ausreichend Zeit dafür. Für Deutschland würde diese Verfahrensänderung bedeuten, dass das ausgewiesene strukturelle Finanzierungsdefizit für das Jahr 2022 von 89 Mrd. Euro auf 38 Mrd. Euro sinkt (Abbildung 29).

zur Krisenbekämpfung ergriffenen Maßnahmen auch über die Zeit der Pandemie hinaus mit Blick auf die strukturellen Budgetpositionen deutlich geändert. So weist der gesamtstaatliche Haushaltssaldo im kommenden Jahr ein strukturelles Defizit von 1,6 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung auf – nach einem Überschuss von 0,9 Prozent im Vorkrisenjahr 2019. Hierbei schlagen unter anderem die Beschlüsse aus dem „Zukunftspaket“ zu Buche, mit denen bestimmte industrie- und klimapolitische Ziele verfolgt werden. Mit der Rückkehr zur Normalauslastung ist eine abermalige Aussetzung der Schuldenbremse für das kommende Jahr sachlich nicht begründbar. Daher stellt sich die Frage, wie mit der im fiskalischen Regelwerk vorgesehenen Obergrenze für die strukturellen Haushaltsdefizite umzugehen ist. Angesichts erheblicher Rücklagen des Bundes in Höhe von rund 50 Mrd. Euro sowie diverser Rücklagen und Sondervermögen der Länder (Boysen-Hogrefe und Clausen 2020) können die Vorgaben der in finanzstatistischer Abgrenzung formulierten nationalen Schuldenbremse auch ohne ein drastisches fiskalisches Umsteuern erfüllt werden. Demgegenüber ergäbe sich aus der EU-Fiskalregel, denen die Abgrenzung der VGR zugrunde liegt, insgesamt ein Konsolidierungsbedarf in Höhe von 1,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (40 Mrd. Euro), von denen jedes Jahr mindestens 0,5 Prozentpunkte in den Folgejahren abgebaut werden müssen.⁵ Diese Größenordnung sollte in einem Staatshaushalt von einnahmeseitig über 1700 Mrd. Euro (46,6 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung) konsolidierbar sein, zumal die Staatsquote einnahme- wie ausgabeseitig im kommenden Jahr – jenseits der Krisenphasen (Finanzkrise, Corona-Pandemie) – immer noch gesamtdeutsche Höchstwerte aufweist.

Abbildung 29:
Strukturelle Budgetsalden



Strukturelle Budgetsalden basierend auf den Potenzialschätzungen aus den Jahreswirtschaftsbereichten 2020 und 2021 (JWB 2020 und JWB 2021). Zugrundeliegende Budgetsalden der Jahre 2021 und 2022 entsprechen der aktuellen Prognose des IfW Kiel.

Quelle: BMWi (2020, 2021), Statistisches Bundesamt, Prognosen und Berechnungen des IfW Kiel.

Finanzpolitisch stellt sich der nächsten Bundesregierung primär die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung. Die Finanzpolitik hat ihren Kurs im vergangenen Jahr unabhängig von den

⁵ Für diese Einschätzung ist maßgeblich, dass wir das Potenzial im Vergleich zu Schätzungen z.B. der Bundesregierung mit der Krise nur wenig revidiert haben.

Unsere aktuelle Potenzialschätzung weist keine größeren Abweichungen zur letzten Vorkrisenschätzung der Bundesregierung auf (BMWi 2020).

Kasten 3:**Prognosen des IfW Kiel und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2020**

Die Corona-Pandemie hat im Jahr 2020 zu deutlich größeren Prognosefehlern als üblich geführt. Sie hat die Konjunkturanalyse dabei in mehrerer Hinsicht erschwert. Gerade zu Beginn war schwer einschätzbar in welchen Bereichen und welchem Ausmaß es zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen kommen wird, da bislang wenig Erfahrungswerte vorlagen und die globale Dimension die Abschätzung zusätzlich erschwerte. Zudem hing die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich vom weiteren Pandemieverlauf und damit zusammenhängend von den öffentlichen und privaten Maßnahmen zum Infektionsschutz im In- und Ausland ab. All dies war jedoch nicht vorhersehbar und ging jeweils in Form von Annahmen und Setzungen in die Prognosen ein. Schließlich haben die Frühindikatoren und Modelle, die in normalen Zeiten für die kurze Frist eine recht hohe Aussagekraft bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung besitzen, im vergangenen Jahr teilweise erheblich an Prognosegüte eingebüßt. Dazu beigetragen hat, dass sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie teils auf Branchen (z.B. konsumnahe Dienstleistungen) konzentrierten, für die kaum aussagekräftige Frühindikatoren vorliegen. Da diese Branchen normalerweise nur eine recht geringe Bedeutung für die konjunkturellen Schwankungen haben, kommt ihnen in Standardmodellen nur ein kleines Gewicht zu. Ferner fällt der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und qualitativen Stimmungsindikatoren, die für Deutschland eine hohe Prognosegüte aufweisen, in Krisenzeiten offenbar deutlich anders aus als in normalen Zeiten, und diese Änderungen können während einer Krise nur schwer abgeschätzt werden. Auch nach der Pandemie wird dieser Umstand für die Anwender von Prognosemodellen noch bedeutsam sein, etwa mit Blick auf die Auswahl, Evaluation und Schätzung von Modellen (Lenza und Primiceri 2020).

Die vielfältigen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass die für die wirtschaftliche Vorausschau verwendeten Methoden und Indikatoren im Verlauf des Jahres angepasst wurden. So haben zu Beginn der Pandemie detaillierte entstehungsseitige Prognosen, die es insbesondere erlauben, absehbaren wirtschaftlichen Einbrüchen in besonders betroffenen Branchen bei der gesamtwirtschaftlichen Prognose Rechnung zu tragen, ein deutlich höheres Gewicht erhalten (Prognosezentrum 2020; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020). Während der zweiten Welle zeichnete sich frühzeitig ab, dass sich die wirtschaftlichen Auswirkungen vor allem auf die privaten Konsumausgaben und die damit verbundenen Branchen konzentrieren würden. Deshalb haben wir im Winter und in der vorliegenden Prognose (Kasten 1) den Verlauf der besonders betroffenen Verwendungszwecke des privaten Konsums anhand der bereits vorliegenden Frühindikatoren, der bisherigen Erfahrungen mit den Auswirkungen der Pandemie sowie der Annahmen über den weiteren Pandemieverlauf fortgeschrieben, um so die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen abzuschätzen. Zudem haben unkonventionelle Indikatoren, die zum Teil erst nach dem Beginn der Pandemie entwickelt worden sind, in den Prognosen ein höheres Gewicht erhalten. Dazu zählen beispielsweise Mobilitätsindikatoren (Google 2021; Statistisches Bundesamt 2021a), Logistik-Indikatoren - wie die Lkw-Fahrleistung (Statistisches Bundesamt 2021b; Cox et al. 2018) und Schiffspositionsdaten (Kasten 2; Stamer 2021) - oder der Stromverbrauch (Ademmer et al. 2021c).^a Im Vergleich zu konventionellen Frühindikatoren liegen sie früher vor, mitunter sogar nahezu tagesaktuell und decken zum Teil Wirtschaftsaktivitäten ab, die statistisch bislang kaum ausgeleuchtet wurden. Zwar lassen sich aus vielen dieser Indikatoren nur schwer quantitative Prognosen ableiten, da sie nur für recht kurze Zeiträume vorliegen und es dadurch erschwert wird, sie mit empirischen Modellen auszuwerten. Insgesamt haben sie aber wertvolle Beiträge für die Konjunkturanalyse geliefert

Vor diesem Hintergrund fielen die Prognosefehler für das Bruttoinlandsprodukt und die Verwendungskomponenten für das vergangene Jahr durchgehend deutlich höher aus als im langjährigen Durchschnitt. Unmittelbar nach unserer Frühjahrsprognose, bei der für uns das Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs noch nicht absehbar war, haben wir im März 2020 einen kurzen aktualisierten Ausblick auf Basis einer entstehungsseitigen Abschätzung der voraussichtlichen Auswirkungen der Pandemie veröffentlicht und dabei verschiedene Szenarien entwickelt (Prognosezentrum 2020). Das V-Szenario, das einen raschen Rückprall der wirtschaftlichen Aktivität unterstellte, lag mit einem prognostizierten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 Prozent deutlich näher am tatsächlichen Ergebnis als das von einer etwas später einsetzenden Erholung ausgehende U-Szenario mit einem Rückgang von 9 Prozent. Im Mai haben wir ein weiteres Prognose-Update erstellt, das eine vollständige, detaillierte Durchrechnung enthielt und für das erstmals aussagekräftige Frühindikatoren vorlagen, die das Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs im März und April abbilden konnten. Diese Prognose ähnelte in den Grundzügen unserer Prognose vom Sommer, die das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zumindest in der Tendenz richtig abbildete (Tabelle 1). Freilich fielen die Prognosefehler auch bei dieser Prognose im historischen Maßstab ungewöhnlich hoch aus. Besonders groß war die Fehleinschätzung bei den Ausrüstungsinvestitionen, für die wir angesichts der hohen Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf und großer finanzieller Einbußen vieler Unternehmen von einer deutlich zögerlicheren Erholung ausgegangen waren. Auch in den folgenden beiden Prognosen, für die die Prognosefehler weiter zurückgegangen sind, waren

unsere Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt zu pessimistisch. Im Herbst waren wir zwar von einem kräftigen positiven Rückprall der Konjunktur im dritten Quartal ausgegangen, hatten den tatsächlichen Anstieg um 8,5 Prozent aber recht deutlich unterschätzt. In unserer Winter-Prognosen hatten wir erwartet, dass die zweite Welle der Pandemie, die Konjunktur im vierten Quartal etwas stärker bremsen würde.

Tabelle K3-1:

Prognosen des IfW Kiel und tatsächliche Entwicklung für das Jahr 2020

	Statistisches Bundesamt	Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose		Winterprognose	
	Ist-Wert	Prognose	Fehler (2)-(1)	Prognose	Fehler (4)-(1)	Prognose	Fehler (6)-(1)	Prognose	Fehler (8)-(1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutsche Wirtschaft:									
Inländische Verwendung	-4,2	1,0	5,2	-4,1	0,1	-3,8	0,4	-4,5	-0,3
Privater Konsum	-6,1	0,4	6,5	-7,8	-1,7	-7,1	-1,0	-6,3	-0,2
Staatlicher Konsum	3,3	2,3	-1,0	2,8	-0,5	3,7	0,4	4,1	0,8
Ausrüstungen	-12,1	-3,6	8,5	-22,1	-10,0	-15,9	-3,8	-11,7	0,4
Bauten	1,9	3,4	1,5	0,8	-1,1	2,1	0,2	2,5	0,6
Sonst. Anlageinvestitionen	-1,1	1,9	3,0	-1,7	-0,6	-2,2	-1,1	-1,2	-0,1
Vorratsveränderungen	-0,8	0,1	0,9	1,1	1,9	0,3	1,1	-1,2	-0,4
Außenbeitrag	-0,9	-1,0	-0,1	-2,9	-2,0	-1,9	-1,0	-0,9	0,0
Ausfuhr	-9,4	-1,0	8,4	-12,5	-3,1	-11,5	-2,1	-9,8	-0,4
Einfuhr	-8,5	1,2	9,7	-7,2	1,3	-8,4	0,1	-8,9	-0,4
Bruttoinlandsprodukt	-4,9	-0,1	4,8	-6,8	-1,9	-5,5	-0,6	-5,2	-0,3
Weltwirtschaft:									
Bruttoinlandsprodukt									
USA	-3,5	1,5	5,0	-5,8	-2,3	-4,3	-0,8	-3,6	-0,1
Euroraum ex. Deutschland	-7,5	-1,2	6,3	-9,3	-1,8	-9,0	-1,5	-7,9	-0,4
Weltwirtschaft	-3,3	1,5	5,3	-4,7	-0,9	-4,5	-0,7	-3,8	-0,5
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	1,0	-0,8	-1,8	0,5	-0,5	1,7	0,7	1,1	0,1
Exportmärkte	-4,8	0,9	5,7	-6,0	-1,2	-5,4	-0,6	-5,3	-0,5
Nachrichtlich:									
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)		65,7	-	63,5	-	63,3	-	63,9	-

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognosen des IfW Kiel.

^a Der IfW-Datenmonitor (2021) liefert einen aktuellen Überblick über viele dieser Indikatoren. Für eine ausführliche Analyse zu den Potenzialen von Big Data für die makroökonomische Analyse, siehe Ademmer et al. (2021a).

Literatur

- Ademmer, M., Beckmann J., Bode, E., Boysen-Hogrefe, J., Funke, M., Hauber, P., Heidland, T., Hinz, J., Jannsen, N., Kooths, S., Söder, M., Stamer, V., und U. Stolzenburg (2021a). Big Data in der makroökonomischen Analyse. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik Nr. 32. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Im Erscheinen.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Meuchelböck und U. Stolzenburg (2021). Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2021. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 78 (2021|Q1), Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Ademmer, M., N. Jannsen und H. Mahlkow (2021c). Auswirkungen des zweiten Shutdowns. Wirtschaftsdienst 101(1): 67-68.
- Arslanalp, S., Marini, M., und P. Tumbarello (2019). Big data on vessel traffic: Nowcasting trade flows in real time. IMF Working Paper No. 19/275.
- BMWi (2020). Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2020. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.
- BMWi (2021). Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2021. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, D. Groll, S. Kooths und U. Stolzenburg (2021). Euroraum im Frühjahr 2021: Erholung in den Startlöchern. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 76 (2021|Q1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Meuchelböck und U. Stolzenburg (2020a). Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur: Interimsprognose im Frühjahr 2020. Kiel Policy Briefs, Spezial Corona-Update 3. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., und M. Clausen (2020). Zum strukturellen Budgetdefizit im Jahr 2022 und den Vorgaben der Schuldenbremse. IfW-Box 2020.21, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Cerdeiro, D. A., Komaromi, A., Liu, Y., und M. Saeed (2020). World seaborne trade in real time: A proof of concept for building ais-based nowcasts from scratch. IMF Working Paper No. 20/57.
- Cox, M. Berghausen, S. Linz, C. Fries und J. Völker (2018). Digitale Prozessdaten aus der LKW-Mauterhebung – Neuer Baustein der amtlichen Konjunkturstatistik. WISTA –Wirtschaft und Statistik 6 | 2018: 11-32
- Deutsche Bundesbank (2020). Zum Sparverhalten privater Haushalte in der Pandemie. Monatsbericht Dezember: 28-29.
- Deutsche Bundesbank (2021): Monatsbericht. Februar 2021.
- Fiedler, S. und S. Kooths (2021): Verbraucherpreise im Zeichen multipler Sonderfaktoren. Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jahrgang 101, Heft 3.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths, S. Meuchelböck und U. Stolzenburg (2021). Weltwirtschaft im Frühjahr 2021: In der Erholung. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 75 (2021|Q1), Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gern, K.-J., S. Kooths und U. Stolzenburg (2020). When and How to Deactivate the SGP General Escape Clause? In-depth analysis requested by the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs, Brussels.
- Google (2021). Mobilitätsberichte zur Coronakrise. Via Internet (12.3.2021) <https://www.google.com/covid19/mobility/>.
- Groll, D. (2020). Zum Beitrag der Kurzarbeit zur Arbeitszeit- und Lohndynamik im Zuge der Corona-Krise. IfW-Box 2020.20.
- Heinemann, F. (2020). Die Überdeckung der Next Generation EU-Schulden im Entwurf des neuen EU-Eigenmittelbeschlusses: Ausmaß und Haftungskonsequenzen. Manuskript erarbeitet anlässlich der Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 26.10.2020. ZEW Mannheim.
- IfW-Datenmonitor (2021). Datenmonitor zur Corona-Krise. Via Internet (12.3.2021) <https://www.ifw-kiel.de/de/themen-dossiers/corona-krise/datenmonitor-corona-krise/>.
- Lenza, M. und G.E. Primiceri (2020). How to estimate a VAR after March 2020. ECB Working Paper Series 2461.
- Prognosezentrum (2020). Update Konjunkturbericht: Deutsches BIP dürfte 2020 zwischen 4,5 und 9 Prozent einbrechen. Via Internet (08.09.2020): <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2020/update-konjunkturbericht-deutsches-bip-duerfte-2020-zwischen-4-5-und-9-prozent-einbrechen>.

- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020). Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2020, München.
- Stamer, V. (2021). Thinking outside the container: A machine learning approach to forecasting trade flows. Kiel Working Paper No. 2179. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Statistisches Bundesamt (2021a). Corona-Statistiken: Gesellschaftliche Auswirkungen. Via Internet (12.3.2021) <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Gesellschaft/kontextinformationen-gesellschaft.html#Mobi>.
- Statistisches Bundesamt (2021b). Lkw-Fahrleistungsindex. Via Internet (12.3.2021) <https://www.destatis.de/DE/Service/EXDAT/Datensaetze/lkw-maut-artikel.html>.
- UNCTAD (2018). Review of Maritime Transport 2018. United Nations, New York and Geneva.
- Wanger, S., und E. Weber (2021): Schul- und Kitaschließungen, Krankheit, Quarantäne – die coronabedingten Arbeitsausfälle der Erwerbstätigen steigen auf 59,2 Millionen Arbeitstage, In: IAB-Forum 8. Februar 2021, Via Internet (12.3.2021) <https://www.iab-forum.de/schul-und-kitaschliessungen-krankheit-quarantaene-die-coronabedingten-arbeitsausfaelle-der-erwerbstaetigen-steigen-auf-592-millionen-arbeitstage/>.

Tabellenanhang

Tabelle 11:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2022

	2019	2019	2020	2021	2022
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	-4,9	3,7	4,8
Private Konsumausgaben		1,6	-6,1	0,2	10,0
Konsumausgaben des Staates		2,7	3,3	2,3	-0,4
Anlageinvestitionen		2,5	-3,1	2,9	4,3
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	-12,1	7,3	7,0
Bauinvestitionen		3,8	1,9	0,5	3,2
Sonstige Anlagen		2,7	-1,1	3,0	3,1
Vorratsveränderung		-0,7	-0,8	0,1	0,0
Inländische Verwendung		1,2	-4,2	1,4	6,3
Ausfuhr		1,0	-9,4	12,8	5,6
Einfuhr		2,6	-8,5	8,7	9,2
Außenbeitrag		-0,6	-0,9	2,3	-1,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.449,1	2,8	-3,4	5,1	6,5
Private Konsumausgaben	1.806,9	2,9	-5,4	2,6	11,9
Konsumausgaben des Staates	704,5	5,1	6,6	5,0	0,8
Anlageinvestitionen	748,0	5,5	-1,7	5,1	6,7
Ausrüstungsinvestitionen	240,1	1,9	-10,9	8,4	8,1
Bauinvestitionen	373,7	8,4	3,6	3,5	6,6
Sonstige Anlagen	134,2	4,2	0,4	4,5	5,0
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-10,3	-57,4	-55,7	-58,0
Inländische Verwendung	3.249,1	3,1	-3,4	3,8	8,1
Ausfuhr	1.617,4	1,7	-9,7	14,2	6,8
Einfuhr	1.417,4	2,4	-10,7	12,5	10,8
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		199,9	194,0	243,4	203,8
Bruttonationaleinkommen	3.542,8	2,8	-3,3	4,9	6,4
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		2,2	1,6	1,4	1,6
Private Konsumausgaben		1,4	0,7	2,4	1,7
Konsumausgaben des Staates		2,3	3,2	2,6	1,3
Ausrüstungsinvestitionen		1,4	1,3	0,9	1,0
Bauinvestitionen		4,4	1,7	3,0	3,3
Sonstige Anlagen		1,4	1,4	1,5	1,8
Ausfuhr		0,8	-0,4	1,3	1,1
Einfuhr		-0,1	-2,4	3,5	1,5
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,4	0,5	2,3	1,8
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.564,1	2,2	-2,8	5,0	5,3
Arbeitnehmerentgelt	1.845,9	4,2	-0,2	3,1	5,6
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		72,0	73,9	72,5	72,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	718,2	-2,7	-9,3	10,4	4,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.969,8	3,0	0,7	3,1	4,2
Sparquote (Prozent)		10,9	16,2	16,5	10,2
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.521,6	4,1	-0,8	3,6	5,5
Effektivlohn, Stundenbasis		3,2	3,5	1,4	1,2
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,3	4,3	-1,3	0,6
Produktivität, Stundenbasis		0,0	-0,2	2,2	0,6
Arbeitslose (1 000)		2.267	2.695	2.687	2.436
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,0	5,9	5,9	5,3
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		45.268	44.782	44.731	45.486
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		52,5	-139,6	-162,7	-48,8
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,5	-4,2	-4,6	-1,3
Öffentliche Schulden (Prozent)		59,5	71,7	72,4	68,8

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	- 1,1	- 0,1	1,7	- 0,9	0,7	1,7	1,7
Arbeitsvolumen	- 4,7	1,4	4,2	- 0,8	3,5	6,7	1,9
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 3,7	1,5	2,5	0,1	2,8	4,9	0,3
Produktivität ¹	- 0,2	2,2	0,6	3,0	1,4	1,1	0,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 4,9	3,7	4,8	2,2	5,0	7,8	2,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 460,1	2 541,5	2 757,2	1 185,9	1 355,6	1 344,4	1 412,8
Private Haushalte ²	1 709,3	1 753,5	1 962,8	799,2	954,3	957,4	1 005,4
Staat	750,8	788,0	794,4	386,7	401,3	387,0	407,4
Anlageinvestitionen	735,5	772,9	825,0	363,8	409,1	394,8	430,3
Ausrüstungen	213,9	231,7	250,5	106,7	125,0	118,5	132,1
Bauten	387,0	400,5	426,7	190,3	210,2	206,3	220,5
Sonstige Anlageinvestitionen	134,6	140,7	147,8	66,8	73,8	70,0	77,7
Vorratsveränderung ³	- 57,4	- 55,7	- 58,0	- 23,6	- 32,1	- 25,0	- 33,0
Inländische Verwendung	3 138,3	3 258,7	3 524,2	1 526,1	1 732,6	1 714,2	1 810,0
Außenbeitrag	194,0	243,4	203,8	145,4	98,0	113,2	90,6
Exporte	1 460,1	1 667,5	1 781,3	806,2	861,3	881,1	900,1
Importe	1 266,1	1 424,1	1 577,5	660,8	763,3	767,9	809,5
Bruttoinlandsprodukt	3 332,2	3 502,1	3 728,1	1 671,6	1 830,6	1 827,4	1 900,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 2,0	3,3	8,5	- 1,0	7,4	13,4	4,2
Private Haushalte ²	- 5,4	2,6	11,9	- 4,2	9,0	19,8	5,4
Staat	6,6	5,0	0,8	6,4	3,6	0,1	1,5
Anlageinvestitionen	- 1,7	5,1	6,7	3,0	7,0	8,5	5,2
Ausrüstungen	- 10,9	8,4	8,1	8,9	7,9	11,0	5,6
Bauten	3,6	3,5	6,6	- 0,7	7,6	8,4	4,9
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	4,5	5,0	5,1	4,0	4,8	5,3
Inländische Verwendung	- 3,4	3,8	8,1	- 0,6	8,1	12,3	4,5
Exporte	- 9,7	14,2	6,8	14,6	13,8	9,3	4,5
Importe	- 10,7	12,5	10,8	6,7	18,0	16,2	6,1
Bruttoinlandsprodukt	- 3,4	5,1	6,5	3,2	6,9	9,3	3,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 292,2	2 312,1	2 468,8	1 088,2	1 224,0	1 214,0	1 254,7
Private Haushalte ²	1 614,6	1 618,3	1 780,4	741,9	876,4	873,0	907,4
Staat	676,5	692,3	689,3	344,7	347,7	341,4	347,9
Anlageinvestitionen	662,7	682,0	711,5	322,3	359,7	342,1	369,4
Ausrüstungen	204,9	220,0	235,5	101,3	118,6	111,4	124,1
Bauten	330,7	332,2	342,7	158,7	173,5	166,9	175,8
Sonstige Anlageinvestitionen	124,9	128,6	132,6	61,4	67,2	63,2	69,4
Inländische Verwendung	2 920,0	2 962,0	3 147,9	1 397,9	1 564,1	1 543,7	1 604,1
Exporte	1 426,4	1 608,4	1 698,8	781,1	827,3	843,1	855,8
Importe	1 274,4	1 385,0	1 512,0	647,4	737,5	738,3	773,7
Bruttoinlandsprodukt	3 073,8	3 186,1	3 338,5	1 530,1	1 655,9	1 649,6	1 688,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 3,4	0,9	6,8	- 2,8	4,4	11,6	2,5
Private Haushalte ²	- 6,1	0,2	10,0	- 5,6	5,7	17,7	3,5
Staat	3,3	2,3	- 0,4	3,2	1,5	- 1,0	0,1
Anlageinvestitionen	- 3,1	2,9	4,3	1,5	4,2	6,2	2,7
Ausrüstungen	- 12,1	7,3	7,0	7,8	7,0	10,0	4,6
Bauten	1,9	0,5	3,2	- 2,4	3,2	5,1	1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	- 1,1	3,0	3,1	3,5	2,4	3,0	3,3
Inländische Verwendung	- 4,2	1,4	6,3	- 2,4	5,2	10,4	2,6
Exporte	- 9,4	12,8	5,6	13,8	11,8	7,9	3,4
Importe	- 8,5	8,7	9,2	3,9	13,3	14,0	4,9
Bruttoinlandsprodukt	- 4,9	3,7	4,8	2,2	5,0	7,8	2,0

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,7	2,4	1,7	1,5	3,1	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	3,2	2,6	1,3	3,0	2,1	1,0	1,4
Anlageinvestitionen	1,5	2,1	2,3	1,5	2,7	2,2	2,4
Ausrüstungen	1,3	0,9	1,0	1,1	0,9	1,0	1,0
Bauten	1,7	3,0	3,3	1,7	4,2	3,1	3,5
Exporte	-0,4	1,3	1,1	0,7	1,8	1,3	1,0
Importe	-2,4	3,5	1,5	2,7	4,2	1,9	1,1
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,4	1,6	1,0	1,8	1,4	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 386,8	2 449,5	2 584,5	1 191,9	1 257,7	1 268,3	1 316,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	331,9	334,4	354,1	160,6	173,8	172,0	182,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 509,4	1 563,2	1 649,3	737,4	825,8	786,2	863,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	545,4	551,9	581,1	293,8	258,1	310,1	271,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	382,6	468,0	535,9	180,7	287,3	246,8	289,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 769,4	2 917,6	3 120,4	1 372,6	1 544,9	1 515,1	1 605,4
Abschreibungen	657,8	676,3	703,4	336,2	340,1	349,7	353,7
Bruttonationaleinkommen	3 427,1	3 593,9	3 823,8	1 708,8	1 885,1	1 864,7	1 959,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 492,7	2 616,6	2 755,4	1 246,2	1 370,4	1 344,2	1 411,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	651,3	719,0	751,9	348,1	370,8	385,9	366,0
Arbeitnehmerentgelt	1 841,4	1 897,6	2 003,4	898,1	999,5	958,2	1 045,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,6	2,6	5,5	0,6	4,6	6,4	4,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	0,7	5,9	-0,6	2,1	7,1	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	-0,8	3,6	5,5	2,3	4,7	6,6	4,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,1	3,3	3,7	2,9	3,7	4,7	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	1,2	5,3	-2,8	6,2	5,5	5,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-20,1	22,3	14,5	23,5	21,6	36,5	0,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,6	5,4	7,0	3,1	7,4	10,4	3,9
Abschreibungen	2,8	2,8	4,0	2,2	3,5	4,0	4,0
Bruttonationaleinkommen	-3,3	4,9	6,4	2,9	6,7	9,1	3,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	-2,8	5,0	5,3	4,1	5,8	7,9	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-9,3	10,4	4,6	10,7	10,1	10,9	-1,3
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	3,1	5,6	1,8	4,2	6,7	4,6

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 530,2	1 585,5	1 647,4	761,7	823,9	792,4	854,9
Nettolöhne und -gehälter	1 017,2	1 061,8	1 120,3	496,8	565,0	530,9	589,3
Monetäre Sozialleistungen	654,5	671,8	678,8	338,4	333,4	336,2	342,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	141,5	148,1	151,7	73,5	74,6	74,6	77,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	545,4	551,9	581,1	293,8	258,1	310,1	271,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-92,5	-93,9	-100,0	-46,4	-47,5	-49,5	-50,5
Verfügbares Einkommen	1 983,0	2 043,6	2 128,5	1 009,1	1 034,5	1 053,0	1 075,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,6	58,1	28,0	29,6	28,3	29,9
Konsumausgaben	1 709,3	1 753,5	1 962,8	799,2	954,3	957,4	1 005,4
Sparen	331,1	347,6	223,8	237,9	109,7	123,9	99,9
Sparquote (%) ⁶	16,2	16,5	10,2	22,9	10,3	11,5	9,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	3,6	3,9	3,8	3,4	4,0	3,8
Nettolöhne und -gehälter	-0,3	4,4	5,5	3,5	5,2	6,9	4,3
Monetäre Sozialleistungen	8,0	2,7	1,0	4,8	0,5	-0,7	2,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,5	4,7	2,4	6,2	3,3	1,5	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	1,2	5,3	-2,8	6,2	5,5	5,0
Verfügbares Einkommen	0,7	3,1	4,2	2,0	4,1	4,4	4,0
Konsumausgaben	-5,4	2,6	11,9	-4,2	9,0	19,8	5,4
Sparen	50,3	5,0	-35,6	29,6	-25,7	-47,9	-8,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	773,4	814,4	869,1	390,3	424,1	416,5	452,6
Sozialbeiträge	607,9	627,6	664,0	302,3	325,2	322,3	341,7
Vermögenseinkommen	19,1	16,1	15,7	8,7	7,3	8,5	7,1
Sonstige Transfers	23,8	27,1	28,6	12,9	14,3	13,6	15,0
Vermögenstransfers	15,2	17,7	22,0	7,3	10,4	9,4	12,6
Verkäufe	123,5	127,7	137,2	58,3	69,4	63,3	73,9
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 563,0	1 630,7	1 736,7	780,0	850,8	833,7	903,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	514,8	542,6	548,2	264,4	278,2	264,2	283,9
Arbeitnehmerentgelt	283,4	294,3	302,3	141,5	152,8	145,6	156,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,8	19,2	17,6	10,1	9,1	9,3	8,3
Subventionen	69,8	85,2	45,8	54,6	30,6	21,3	24,5
Monetäre Sozialleistungen	593,1	609,9	616,5	307,5	302,4	305,1	311,4
Sonstige laufende Transfers	83,0	92,6	94,7	45,4	47,2	46,3	48,5
Vermögenstransfers	45,4	57,8	63,2	23,6	34,2	26,0	37,2
Bruttoinvestitionen	92,5	93,0	98,5	40,4	52,6	42,0	56,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,7
Insgesamt	1 702,6	1 793,4	1 785,6	887,0	906,4	859,4	926,2
Finanzierungssaldo	- 139,6	- 162,7	- 48,8	- 107,0	- 55,7	- 25,7	- 23,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	- 6,5	5,3	6,7	0,6	10,0	6,7	6,7
Sozialbeiträge	1,7	3,2	5,8	2,4	4,0	6,6	5,1
Vermögenseinkommen	- 13,1	- 15,8	- 2,5	- 24,4	- 2,8	- 2,3	- 2,8
Sonstige Transfers	- 5,3	13,8	5,5	14,5	13,1	5,7	5,3
Vermögenstransfers	10,4	16,5	24,3	4,3	27,1	29,0	21,0
Verkäufe	- 1,1	3,4	7,4	0,7	5,9	8,6	6,5
Sonstige Subventionen	- 15,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	- 3,0	4,3	6,5	1,2	7,4	6,9	6,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,6	5,4	1,0	6,8	4,1	- 0,1	2,1
Arbeitnehmerentgelt	4,4	3,9	2,7	3,9	3,9	2,9	2,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 20,7	- 11,9	- 8,3	- 13,0	- 10,8	- 7,9	- 8,8
Subventionen	126,6	22,0	- 46,2	37,7	1,4	- 60,9	- 20,0
Monetäre Sozialleistungen	8,7	2,8	1,1	5,2	0,5	- 0,8	3,0
Sonstige laufende Transfers	12,0	11,6	2,3	12,8	10,4	1,9	2,6
Vermögenstransfers	10,7	27,4	9,3	36,1	22,1	10,2	8,7
Bruttoinvestitionen	7,4	0,5	5,9	- 1,5	2,1	3,9	7,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	9,3	5,3	- 0,4	7,5	3,3	- 3,1	2,2

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2020					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 013,9	2 023,0	359,9	631,0	-	
2 – Abschreibungen	657,8	382,4	81,9	193,5	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 356,1	1 640,6	278,0	437,5	- 194,0	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 839,4	1 318,1	283,4	237,8	13,4	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,6	16,7	0,3	9,6	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	66,2	44,3	0,1	21,7	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	556,4	350,2	- 5,6	211,9	- 207,3	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 841,4	-	-	1 841,4	11,4	
9 – Geleistete Subventionen	69,8	-	69,8	-	5,0	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	346,5	-	346,5	-	7,1	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	614,3	574,0	21,8	18,5	187,4	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	709,2	338,1	19,1	352,0	92,4	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 769,4	114,3	268,3	2 386,8	- 288,9	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,5	75,4	-	342,1	9,9	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ..	426,9	-	426,9	-	0,5	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	742,8	-	-	742,8	3,8	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	743,8	135,0	607,9	0,9	2,8	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	662,1	68,2	593,1	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	654,5	-	-	654,5	8,3	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	359,4	189,9	83,0	86,6	59,3	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	308,5	171,4	23,8	113,3	110,3	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 721,1	87,3	650,8	1 983,0	- 240,6	
23 – Konsumausgaben	2 460,1	-	750,8	1 709,3	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,4	-	57,4	-	
25 = Sparen	261,0	29,9	- 100,0	331,1	- 240,6	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	77,5	18,0	45,4	14,1	4,0	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	66,3	28,3	15,2	22,9	15,1	
28 – Bruttoinvestitionen	678,1	362,5	92,5	223,1	-	
29 + Abschreibungen	657,8	382,4	81,9	193,5	-	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	0,5	- 1,2	0,7	- 0,0	
31 = Finanzierungssaldo	229,4	59,6	- 139,6	309,5	- 229,4	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 721,1	87,3	650,8	1 983,0	- 240,6	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	474,7	-	474,7	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	474,7	-	-	474,7	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 721,1	87,3	176,1	2 457,7	- 240,6	
38 – Konsum 2)	2 460,1	-	276,2	2 184,0	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,4	-	57,4	-	
40 = Sparen	261,0	29,9	- 100,0	331,1	- 240,6	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 167,4	2 141,6	373,5	652,3	-	
2 – Abschreibungen	676,3	393,1	84,5	198,8	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 491,1	1 748,5	289,1	453,5	- 243,4	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 895,6	1 356,2	294,3	245,1	14,9	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,3	21,8	0,3	13,2	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	66,6	45,4	0,1	21,1	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	626,7	415,9	- 5,5	216,3	- 258,3	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 897,6	-	-	1 897,6	12,9	
9 – Geleistete Subventionen	85,2	-	85,2	-	5,0	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	386,2	-	386,2	-	7,5	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	620,8	584,1	19,2	17,6	195,1	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	713,1	343,8	16,1	353,2	102,8	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 917,6	175,6	292,4	2 449,5	- 335,2	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,7	76,0	-	341,7	11,0	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ..	428,2	-	428,2	-	0,5	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	763,1	-	-	763,1	3,9	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	764,0	135,6	627,6	0,9	3,0	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	679,3	68,5	609,9	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	671,8	-	-	671,8	8,1	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	371,3	190,7	92,6	88,0	63,6	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	321,8	179,8	27,1	115,0	113,0	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 872,2	155,9	672,8	2 043,6	- 289,8	
23 – Konsumausgaben	2 541,5	-	788,0	1 753,5	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,6	-	57,6	-	
25 = Sparen	330,7	98,3	- 115,3	347,6	- 289,8	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	90,7	18,1	57,8	14,8	4,1	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	78,9	34,9	17,7	26,3	15,9	
28 – Bruttoinvestitionen	717,2	393,0	93,0	231,2	-	
29 + Abschreibungen	676,3	393,1	84,5	198,8	-	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,9	- 1,4	- 1,2	0,8	1,9	
31 = Finanzierungssaldo	280,0	116,7	- 162,7	326,0	- 280,0	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 872,2	155,9	672,8	2 043,6	- 289,8	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	506,0	-	506,0	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	506,0	-	-	506,0	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 872,2	155,9	166,8	2 549,5	- 289,8	
38 – Konsum 3)	2 541,5	-	282,0	2 259,5	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,6	-	57,6	-	
40 = Sparen	330,7	98,3	- 115,3	347,6	- 289,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2022					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 364,8	2 280,5	383,7	700,6	-	
2 – Abschreibungen	703,4	410,0	86,6	206,8	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 661,4	1 870,5	297,1	493,8	- 203,8	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 001,4	1 440,4	302,3	258,7	15,5	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	36,8	22,3	0,3	14,1	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	32,3	26,2	0,1	6,0	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	655,5	434,0	- 5,4	226,9	- 219,3	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 003,4	-	-	2 003,4	13,5	
9 – Geleistete Subventionen	45,8	-	45,8	-	5,0	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	410,9	-	410,9	-	7,7	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	653,4	619,1	17,6	16,7	212,2	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	749,8	363,3	15,7	370,9	115,7	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 120,4	178,2	357,7	2 584,5	- 299,6	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,1	84,0	-	363,1	11,7	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ..	458,3	-	458,3	-	0,5	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	799,9	-	-	799,9	4,1	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	801,1	136,2	664,0	0,9	3,0	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	686,1	68,8	616,5	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	678,8	-	-	678,8	7,9	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	377,7	193,5	94,7	89,4	66,0	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	327,8	181,7	28,6	117,5	115,8	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 075,6	149,8	797,4	2 128,5	- 254,8	
23 – Konsumausgaben	2 757,2	-	794,4	1 962,8	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,1	-	58,1	-	
25 = Sparen	318,5	91,6	3,0	223,8	- 254,8	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	97,0	18,2	63,2	15,6	8,2	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	88,5	38,9	22,0	27,7	16,6	
28 – Bruttoinvestitionen	767,0	420,9	98,5	247,7	-	
29 + Abschreibungen	703,4	410,0	86,6	206,8	-	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,9	- 1,4	- 1,2	0,8	1,9	
31 = Finanzierungssaldo	248,2	102,8	- 48,8	194,2	- 248,2	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 075,6	149,8	797,4	2 128,5	- 254,8	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	522,8	-	522,8	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	522,8	-	-	522,8	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 075,6	149,8	274,6	2 651,3	- 254,8	
38 – Konsum 2)	2 757,2	-	271,6	2 485,6	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,1	-	58,1	-	
40 = Sparen	318,5	91,6	3,0	223,8	- 254,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.